



DER DEUTSCHE ROHSTOFFHUNGER

und seine menschenrechtlichen Folgen im Globalen Süden



IMPRESSUM

Herausgeberin:

Christliche Initiative Romero e. V. (CIR)
Schillerstraße 44a · D-48155 Münster
Webseite: www.ci-romero.de
E-Mail: cir@ci-romero.de
Telefon +49 (0) 251 / 67 44 13 - 0

Redaktion:

Christian Wimberger, Thorsten Moll (V. i. S. d. P.)

Lektorat:

Anne Schirmmacher

Layout, Illustrationen & Covergestaltung:

Sarah Heuzeroth | www.sarah-heuzeroth.de

Münster, September 2019

Diese Publikation wurde mit Unterstützung von Engagement Global im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ermöglicht. Für den Inhalt ist allein die Christliche Initiative Romero e. V. verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt von Engagement Global gGmbH oder dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angesehen werden.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Gefördert durch:

Brot
für die Welt

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

Inhalt

4..... Einleitung

6..... Die Perspektiven der Studie

6..... Imperiale Lebensweise

7..... Extraktivismus – massive Ausbeutung der Natur für Industrieländer

9..... Buen Vivir – das Gute Leben

10..... Wirtschaft und Menschenrechte

12..... Die Fallstudien

12..... Kupfer und Molybdän aus Mexiko

12..... Bedeutung der Massenrohstoffe und Wege nach Deutschland

14..... Auswirkungen der Rohstoffproduktion

21..... Lieferbeziehungen von Thyssenkrupp und Aurubis

24..... Palmöl aus Guatemala

24..... Bedeutung des Massenrohstoffs und Wege nach Deutschland

27..... Auswirkungen der Rohstoffproduktion

32..... Lieferbeziehungen von Vandemoortele, ADM und Edeka

37..... Fazit: Warum ein Lieferkettengesetz notwendig ist



„Was aber gegen die Natur ist, ist ungerecht, schlecht und ohne Bestand.“
Alexander von Humboldt¹

Einleitung

Alexander von Humboldt reiste von 1799 bis 1804 durch Lateinamerika. Neben seinen Naturstudien beschäftigte sich der Forscher auch damit, wie der Mensch die Natur nutzt. Schon vor über 200 Jahren beschrieb er die Folgen einer entgrenzten Rohstoffausbeutung. Er zeigte auf, dass mit der Ausbeutung der Natur auch soziale Ungerechtigkeit einhergeht, etwa wenn Menschen für den Bergbau versklavt werden oder Monokulturen für den Export die kleinbäuerliche Lebensmittelproduktion verdrängen. Alexander von Humboldt betrachtete zusammenhängende Fragen, die wir heute den Bereichen des Umweltschutzes, der Menschenwürde und der Gerechtigkeit zuordnen.² Seine Beobachtungen ermöglichen uns eine Sicht dieser Verbindungen in einer anderen Zeit als der unsrigen. Es war der Beginn des Zeitalters des Imperialismus im 19. Jahrhundert, in dem wenige, vor allem europäische Staaten die letzten Flecken der Welt in Kolonien aufteilten und sie rücksichtslos ausbeuteten. Trotz der zeitlichen Ferne weisen seine Analysen aber erstaunliche Ähnlichkeiten auf zu den heutigen Problemen im Zusammenhang mit der Produktion von und dem Handel mit Rohstoffen.

Nur die Ausmaße sind heute ganz andere. Unternehmen und Staaten konkurrieren weltweit um den Zugang zu Rohstoffen. In vielen Ländern werden für geringste Konzentrationen an Metallerzen und seltenen Erden riesige Tagebaue ausgehoben oder für Plantagen Regenwald abgeholzt. Vieles deutet darauf hin, dass der Bedarf an Rohstoffen weiter steigen wird. So geht die OECD davon aus, dass sich die weltweite Nachfrage nach Metallen bis 2060 fast verdoppeln wird.³ Die menschenrechtlichen Folgen treten schon jetzt deutlich hervor: Der Widerstand von betroffenen Menschen wird immer aggressiver unterdrückt. Davon zeugen besonders drastisch die Zahlen der ermordeten Umweltaktivist*innen weltweit.⁴

Seitdem die Vereinten Nationen die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte veröffentlicht haben, ist das Bewusstsein für Menschenrechtsverstöße im Zusammenhang mit Wirtschaftstätigkeiten gestiegen. Viele Staaten haben freiwillige Aktionspläne verabschiedet. Der Zusammenhang zwischen der Nachfrage nach billigen Rohstoffen und Menschenrechtsverletzungen bleibt aber oft abstrakt. Nicht nur aufgrund der räumlichen Trennung und der komplexen Lieferketten, sondern auch, weil sich viele Menschen die Auswirkungen von

Mega-Rohstoffprojekten nur schwer vorstellen können. Oder vielleicht auch, weil das Ausblenden negativer Aspekte Teil der Normalität der Produktions- und Konsumweise in den Ländern des Nordens ist.⁵

Die vorliegende Studie rückt die Rohstoffe Kupfer bzw. Molybdän und Palmöl in den Fokus. Ihnen ist gemeinsam, dass es sich um Massenrohstoffe handelt, die in verschiedenen Industriezweigen verarbeitet werden und auf vielfältige Weise in unserem Alltag vorhanden sind. Dennoch ist die Möglichkeit einzelner Konsument*innen gering, eine Achtung der Menschenrechte bei ihrer Produktion sicherzustellen. Die Rohstoffe sind oft nur in kleinen Mengen in Alltagsprodukten wie Smartphones, Nahrungsmitteln oder Biokraftstoff enthalten. Konsument*innen können keinen Überblick behalten, woher die zwanzig in einem Smartphone enthaltenen Metalle stammen oder aus welchen Ländern das in Kosmetikprodukten enthaltene Palmöl importiert wurde. Aber Importeure und weiterverarbeitende Unternehmen können genau das leisten.

Die Studie schildert zwei Fälle, die mit der deutschen Industrie und damit auch mit unserer Lebensweise in Verbindung stehen: der Kupfer- und Molybdänerzabbau im mexikanischen Bundesstaat Sonora und die Palmölproduktion in Guatemala. Ziel dieser Studie ist es, einen anschaulichen Eindruck davon zu vermitteln, was es für Menschen bedeutet, massiv von der Produktion von Rohstoffen betroffen zu sein. Deutsche Unternehmen importieren solche Rohstoffe – in diesem Fall Palmöl sowie Kupfer- und Molybdänerz – und verarbeiten sie zu Vorprodukten wie raffiniertes Palmöl und reines Metall. Letztlich werden die Rohstoffe in Konsumprodukten wie Smartphones und Waschmaschinen bzw. Nahrungsmittel und Kosmetikartikel verarbeitet. Auch für unsere Mobilität spielen die Rohstoffe eine wichtige Rolle (z. B. Kupfer für Bahnüberleitungen oder Palmöl in Biodiesel).

Die Auswirkungen reichen von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen wie der Schädigung der Gesundheit bis hin zu scheinbar subtileren und schleichenden Veränderungen. Letztere können z. B. Veränderungen von Lebensgewohnheiten und sozialen Beziehungen sein, die schrittweise Zerstörung der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, neue Konflikte und die Art, wie die Menschen ihre Umwelt wahrnehmen. Hinzu kommt, dass die betroffenen Gemeinden kaum Informa-

tionen über die Auswirkungen des Rohstoffabbaus und die Pläne der Unternehmen erhalten. Dies löst oft ein Gefühl der Hilflosigkeit aus: Zu den Gesundheitsschädigungen und der schrittweisen Veränderung ihrer Umwelt kommt aufgrund des Mangels an Informationen der Eindruck, ihre Welt nicht mehr zu verstehen und in ihr nicht mehr zuhause zu sein. In Gesprächen mit Menschen, die von extraktiven Großprojekten betroffen sind, kommt immer wieder das Gefühl zum Ausdruck, dass sie ihre Umwelt und das eigene Leben nicht mehr selbst gestalten können. In beiden hier in dieser Studie vorgestellten Fällen finden sich die Menschen aber nicht lethargisch mit ihrer Situation ab. Vielmehr versuchen sie, die Kontrolle über das Territorium und ihr Leben wiederzugewinnen und ihr soziales Leben wiederherzustellen. Sie organisieren sich selbst und leisten auf verschiedenen Wegen Widerstand.

Die vorliegende Studie beschreibt einerseits den Zusammenhang zwischen dem Produktionsmodell in Deutschland und dem Extraktivismus in Lateinamerika und andererseits die Auswirkungen des Extraktivismus vor Ort. Dazu wird auf zwei Konzepte zurückgegriffen: die „imperiale Lebensweise“ und das „Gute Leben“ („Buen Vivir“). Ullrich Brand und Markus Wissen beschreiben in ihrem Buch „Imperiale Lebensweise“⁶, wie das kapitalistische Produktions- und Konsummodell scheinbar unbegrenzt auf Ressourcen zugreift und negative soziale und ökologische Auswirkungen auslagert. Wir stellen diesem Konzept die Idee des Guten Lebens mit ihrer Betonung des sozialen Zusammenhangs und der Beziehungen der Menschen zur Natur gegenüber, um die durch die Menschenrechtsverletzungen verursachten Veränderungen zu verdeutlichen.

Massenrohstoffe erfordern verbindliche menschenrechtliche Sorgfalt

Die beiden vorgestellten Fälle zeigen, dass Unternehmen gesetzlich verpflichtet werden müssen, menschenrechtliche Sorgfalt in ihren Lieferketten umsetzen. Vor diesem Hintergrund formuliert die Studie auch Anforderungen an ein solches Gesetz. Sie legt dar, dass soziale und ökologische Standards gleichermaßen wichtig sind und welche Maßnahmen ein Gesetz von Unternehmen fordern muss, um die Einhaltung von Rechten sicherzustellen. Abschließend blicken wir noch darüber hinaus: Langfristig können die Menschen- und Umweltrechtsverletzungen beim Rohstoffabbau nur wirksam bekämpft werden, wenn zusätzlich zur Prüfung der Lieferketten der Verbrauch von Rohstoffen absolut reduziert wird. Die Studie leistet so auch einen Beitrag für die Debatte über eine „Rohstoffwende“ als gesellschaftliches Ziel.

Das kapitalistische Produktionsmodell greift unbegrenzt auf Rohstoffe zu und lagert negative Folgen aus.



1 Reisetagebuch, Reise von Honda nach Bogotá, 23.06. – 08.07.1801
2 Vgl. Wulf, Andrea (2016): Alexander von Humboldt und die Erfindung der Natur, München, S. 141 - 144
3 OECD (2019): Global Material Resources Outlook to 2060. Economic drivers and environmental consequences, S. 3.
4 Für das Jahr 2017 dokumentiert Global Witness 201 Morde an Umweltaktivist*innen weltweit.
5 Vgl. Brand, Ullrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, S. 13.
6 Vgl. Fußnote 3.

Die Perspektiven der Studie

Imperiale Lebensweise – Leben auf Kosten anderer

Mit dem Begriff der imperialen Produktions- und Lebensweise beschreiben Ullrich Brand und Markus Wissen den Lebensstil, der insbesondere für die Gesellschaften des Globalen Nordens charakteristisch ist und der sich durch einen überproportionalen Zugriff auf die global verfügbaren Ressourcen auszeichnet. Dies geschieht beispielsweise durch den hohen Fleischkonsum oder häufige Flugreisen – Handlungsweisen also, die für viele Menschen im Norden zu einem „Guten Leben“ gehören. Gleichzeitig und als Konsequenz der imperialen Lebensweise werden die sozialen und ökologischen Verhältnisse anderenorts negativ beeinflusst, etwa indem der Zugriff der Menschen im Globalen Süden auf lebensnotwendige Ressourcen wie Boden und Wasser stark eingeschränkt wird. Die imperiale Lebensweise ist also ausschließend und nicht für alle Menschen möglich.

Die imperiale Lebensweise basiert auf dem systema-

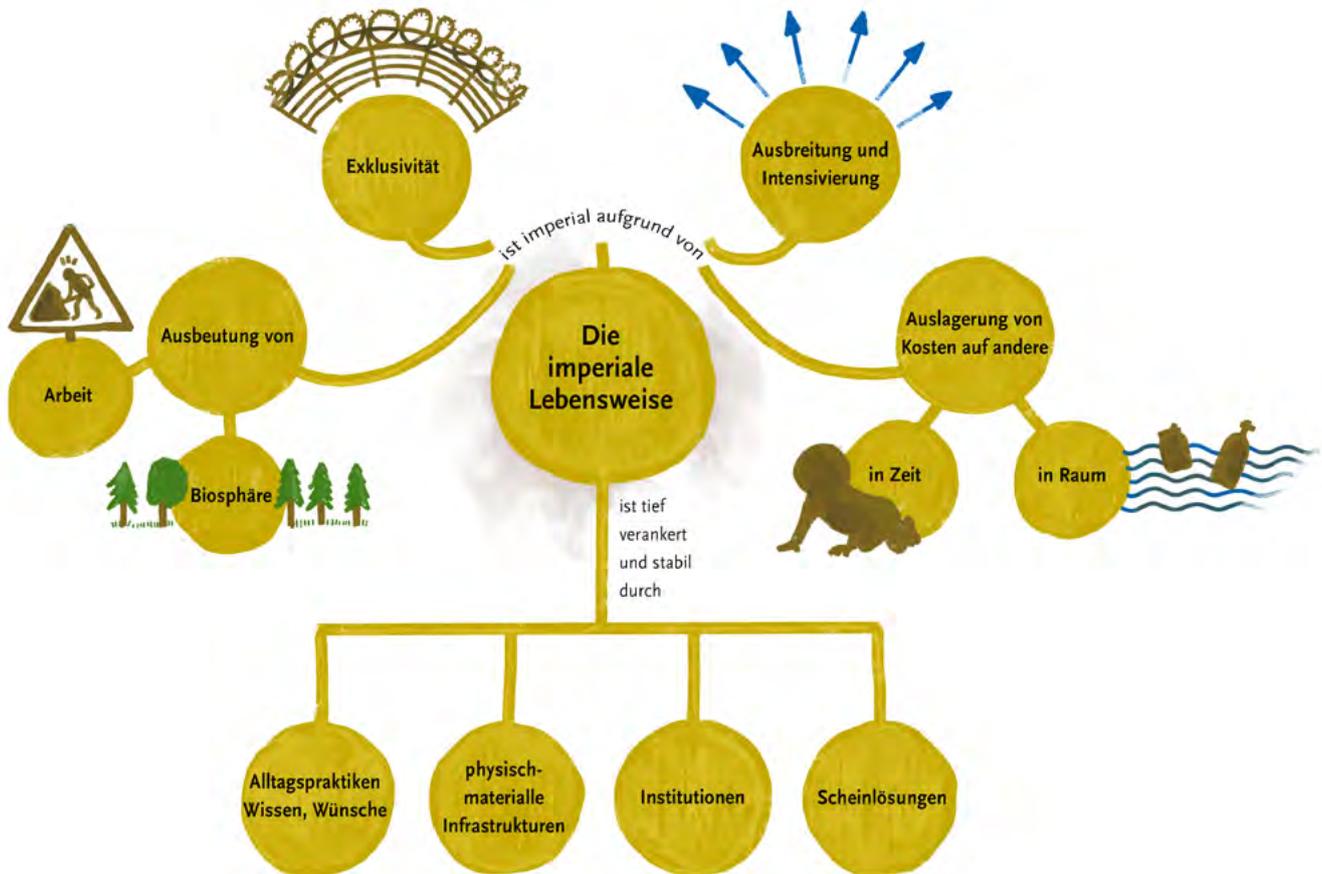
tischen Zugriff auf billige Ressourcen. Diese sind deshalb so billig, weil die wahren sozialen und ökologischen Kosten der Produkte räumlich und zeitlich ausgelagert, also externalisiert werden. Sie müssen sowohl von der Umwelt und von Menschen anderenorts, als auch – wie im Falle des Klimawandels – von späteren Generationen getragen werden. Mit anderen Worten: Die imperiale Lebensweise geht auf Kosten anderer. Sie basiert insbesondere auf der Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Süden, aber beispielsweise auch in den Schlachtfabriken Deutschlands. Folglich können wir uns nur aufgrund unwürdiger Arbeitsbedingungen und einem zerstörerischen Umgang mit der Natur unseren Lebensstil erst leisten.

Es ist wichtig zu betonen, dass dabei nicht von einer Bösartigkeit der Menschen im Globalen Norden ausgegangen werden sollte. Vielmehr ist die imperiale Lebensweise durch viele Waren des täglichen Bedarfs allgegenwärtig in unserem Alltag verankert (siehe Abbildung 1), dazu ist sie unsichtbar und entzieht sich unserem Bewusstsein.

Abbildung 1: Oft befinden sich nur kleine Mengen problematischer Rohstoffe in Produkten des alltäglichen Bedarfs.



Abbildung 2: Die imperiale Lebensweise



Dem Smartphone sehen wir die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, unter denen es hergestellt wurde, ebenso wenig an wie die Umweltkatastrophen, die durch den Kupferbergbau verursacht werden.

Die Auswirkungen der imperialen Lebensweise sind dennoch vielen Menschen bekannt. Allerdings scheint es gewissermaßen gesellschaftlicher Konsens zu sein, diese Konsequenzen zu verdrängen und so zu leben, als ob diese Lebensweise akzeptabel sei. Durch unsere Handlungen im Alltag akzeptieren und leben wir sie. Der Begriff der imperialen Lebensweise bleibt aber nicht beim Konsum und dem Alltagshandeln stehen. Er umfasst auch die kapitalistische Produktions- und Arbeitsweise. Die imperiale Lebensweise ist kapitalgetrieben und vom Profitstreben der Unternehmen motiviert. Es ist auch der kapitalistische Wettbewerb um Profite und letztlich das Überleben der Unternehmen, der zur Ausbeutung von Mensch und Umwelt führt.

Der Begriff der imperialen Lebensweise zielt somit nicht darauf ab, mit dem Finger auf die Verbraucher*innen zu zeigen und die Verantwortung bei ihnen zu suchen. Es wird auch kaum gelingen, die genannten Probleme alleine über den Konsum zu beseitigen. Die in dieser Studie behandelten Rohstoffe Kupfer, Molybdän und Palmöl zeichnen sich beispielsweise dadurch aus, dass sie in unzähligen

gen Waren des täglichen Bedarfs in häufig sehr kleinen Mengen vorkommen, man ihren Kauf oft nicht bemerkt und somit auch kaum vermeiden kann. Deswegen geht es vielmehr darum, das dahinterstehende System zu kritisieren und Strukturen zu verändern. Dafür sind gesetzliche Regelungen notwendig, durch die Unternehmen dazu gebracht werden, Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte in ihren Lieferketten einzuhalten. Hier muss angesetzt werden, um eine einfache Externalisierung der sozialen und ökologischen Kosten zu verhindern – oder mit anderen Worten: um ein Leben zu leben, das nicht auf Kosten anderer geht.¹

Extraktivismus – massive Ausbeutung der Natur für Industrieländer

In der entwicklungspolitischen Fachsprache wird der Begriff Extraktivismus seit einigen Jahren häufig benutzt. Er bezieht sich auf die enormen Auswirkungen, die die Produktion von Rohstoffen für die Volkswirtschaften Lateinamerikas und anderer Regionen des Globalen Südens hat. Was verbirgt sich genau hinter diesem sperrigen Begriff? Der uruguayische Sozialwissenschaftler Eduardo Gudynas definiert Extraktivismus so:

Extraktivismus ist ein bestimmter Typ der Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die in großem Ausmaß und mit hoher Intensität betrieben wird. Mindestens 50 Prozent dieser Ressourcen sind als Rohstoffe, die nicht verarbeitet oder nur minimal verarbeitet werden, für den Export bestimmt.²

Die Länder des Südens produzieren die Rohstoffe größtenteils nicht für sich selbst, sondern für die Industriestaaten.

Diese Definition ist für die Studie aus zweierlei Hinsicht interessant. Erstens hebt sie die Bedeutung des Weltmarktes und des Exports hervor. Die Länder des Globalen Südens produzieren die Rohstoffe größtenteils nicht für sich selbst, sondern für die Industriestaaten, die sie in enormen Mengen nachfragen und für die Aufrechterhaltung der imperialen Lebensweise benötigen. Damit macht Gudynas indirekt darauf aufmerksam, dass die importierenden Unternehmen und die Regierungen des Nordens ihren Teil zu den enormen Umweltfolgen und Menschenrechtsverletzungen beitragen. Zweitens bezieht sich die Definition nicht nur auf metallische Rohstoffe sondern auch auf agrarische Rohstoffe wie Palmöl oder Zuckerrohr. Diese Perspektive erlaubt es, die Gemeinsamkeiten bei der Produktion der Rohstoffe und den Folgen zu überblicken.

Die intensive Produktion von Rohstoffen für den Export zieht sich durch die gesamte Geschichte Lateinamerikas. Schon während der Kolonialzeit hat die spanische Krone die Kolonien auf die Produktion von Rohstoffen festgelegt. Die Indigo-Felder und Bergwerke, auf die Alexander von Humboldt während seiner Reise durch Lateinamerika zu Beginn des 19. Jahrhunderts traf und deren ausbeuterische Arbeitsbedingungen und Umweltfolgen der Naturforscher kritisierte, waren also auch Formen des Extraktivismus.³

Heute sind in den lateinamerikanischen Gesellschaften zwei Formen des Extraktivismus anzutreffen: Es gibt den klassischen Extraktivismus (in Kolumbien, Ecuador, Honduras, Guatemala, teilweise Mexiko), in dem meist rechte Regierungen transnationalen Konzernen erlauben, die Rohstoffe unter niedrigen Umweltstandards und Steuersätzen abzubauen und die Gewinne weitgehend ins Ausland zu transferieren. Eine neue Form des Extrak-

tivismus (Neo-Extraktivismus) besteht hingegen darin, dass linke Regierungen versuchen, die Kontrolle über die Rohstoffvorkommen zurückzugewinnen. Die Einnahmen verteilen sie teilweise um und nutzen sie für die Armutsbekämpfung. In beiden Fällen stellen die Regierungen den Extraktivismus als Entwicklungsweg dar, der Wohlstand für die gesamte Bevölkerung bringen soll. In Wirklichkeit hat dieses Entwicklungsmodell hauptsächlich negative Folgen für die ganze Gesellschaft. Beispielsweise sind die Volkswirtschaften den Preisentwicklungen der Rohstoffe ausgeliefert: Sobald die Preise sinken, sinken auch die Einnahmen. Aufgrund der hohen Gewinne, die bei der Rohstoffproduktion aber zunächst zu erwarten sind, verdrängen die Monokulturen und Bergbauprojekte andere, nachhaltigere Wirtschaftssektoren. Zudem fördern sie Korruption, wenn Politiker*innen z. B. von den Konzernen bestochen werden, damit sie Konzessionen vergeben oder die Umweltfolgen verschleiern.

Am gravierendsten sind die Folgen aber für die Gemeinden, die im Umkreis der Monokulturen oder der Bergwerke leben. Eduardo Gudynas weist darauf hin, dass die Rohstoffproduktion oft mit enormer Gewalt⁴ einhergeht – sowohl gegen die Menschen als auch gegen die Natur. Einwohner*innen werden von Unternehmen und Regierungen gewaltsam vertrieben. Oft werden Aktivist*innen ermordet, wenn sie Widerstand leisten, wie die jährlichen Berichte der NGO Global Witness zeigen, die die Morde weltweit dokumentiert. Gudynas versteht auch die gesundheitlichen Folgen für Menschen, die von Regierungen und Unternehmen in Kauf genommen werden, um die Rohstoffprojekte rücksichtslos durchzusetzen, als Gewalt. Die vorliegende Studie zeigt auf, wie die Gemeinden durch den Bergbau in Mexiko und der Palmölproduktion in Guatemala von diesen Menschenrechtsverletzungen betroffen sind.

Der Extraktivismus kann somit als komplementäres Gegenstück zur imperialen Lebensweise des Nordens im globalen Süden verstanden werden: Von der Naturausbeutung profitieren die Industrie und die Konsument*innen im Norden sowie (transnationale) Rohstoffkonzerne und Eliten im globalen Süden. Die betroffenen Gemeinden leiden häufig unter Gewalt, Armut, Krankheiten und Umweltverschmutzung.

Abbildung 3: Die im Süden gewonnen Rohstoffe werden häufig exportiert und landen beispielsweise in deutschen Supermärkten

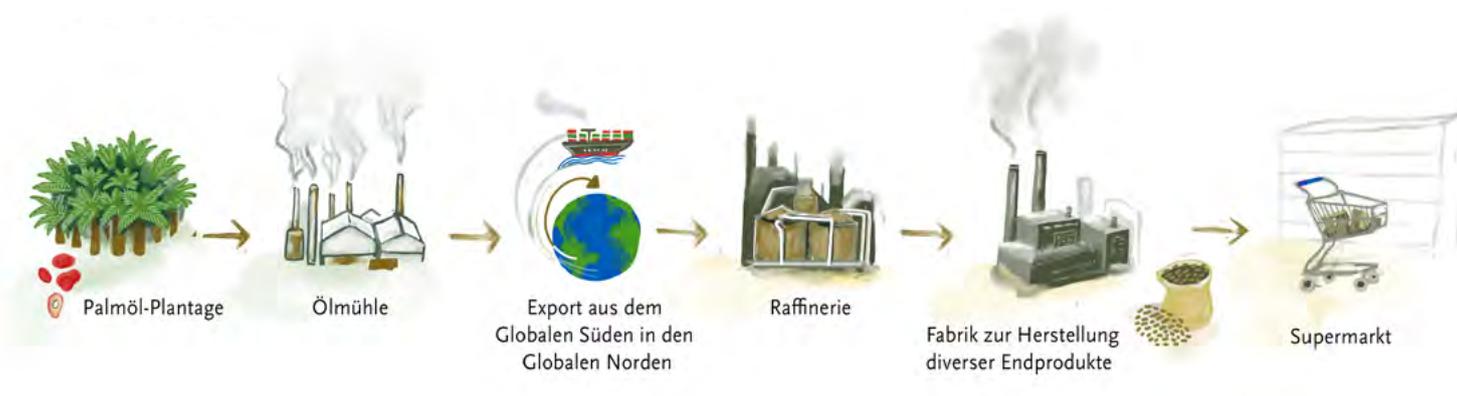
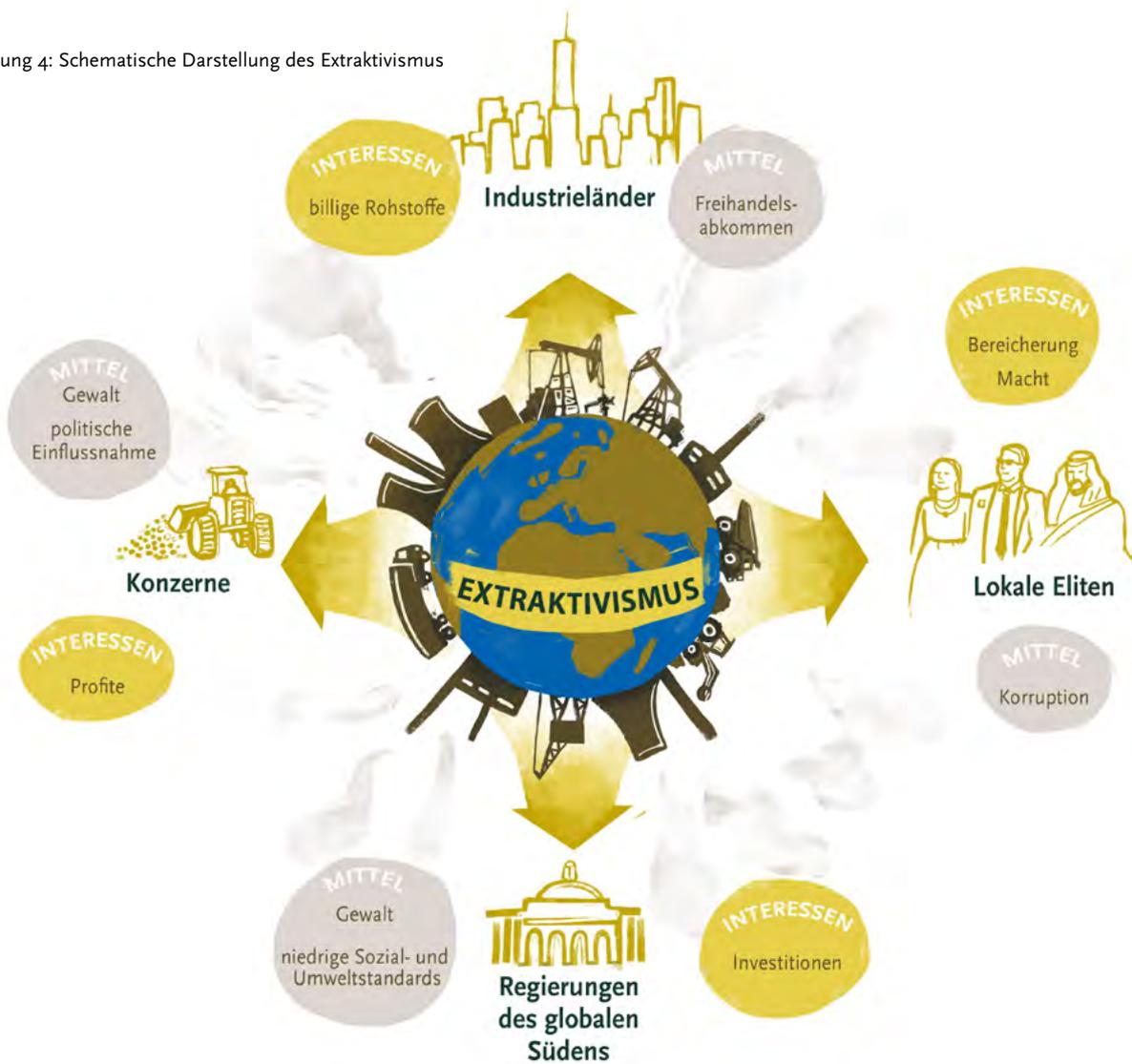


Abbildung 4: Schematische Darstellung des Extraktivismus



Buen Vivir – das Gute Leben

In den 1990er-Jahren haben sich in vielen Ländern Lateinamerikas indigene Bewegungen organisiert, die gegen Diskriminierung und für politische Teilhabe kämpfen. In Bolivien verhalf eine solche Bewegung 2005 sogar dem indigenen Präsidenten Evo Morales zu seinem Amt. In der Auseinandersetzung mit westlichen Werten stellten diese Bewegungen teilweise auch die Frage nach dem Guten Leben, dem „Buen Vivir“. Die Antworten der indigenen Bewegung sind vielschichtig, sie können aber anhand folgender Aspekte zusammengefasst werden: Die Bewegung um das „Buen Vivir“ lehnt die individualistische Weltsicht ab, in der die Natur ein Objekt ist, über das der Mensch herrscht. Vielmehr ist ein Gutes Leben nur in Harmonie mit der Natur, die als Subjekt gilt, und innerhalb der Gemeinschaft erreichbar.⁵ Entwicklung wird in dieser Philosophie nicht pauschal abgelehnt. Sie grenzt sich aber gegen die westliche Vorstellung von Entwicklung als immer fortwährendem Wirtschaftswachstum und

Die Bewegung des Buen Vivir sucht die Harmonie mit der Natur und innerhalb der Gesellschaft.

einer zunehmenden Technisierung der Gesellschaft, also einer Entfernung von der Natur, ab.⁶ Die Idee des „Buen Vivir“ hat nicht den Charakter einer Aussteiger-Ideologie. Sie hat vielmehr den politischen Anspruch, die Gesellschaft zu verändern. Das zeigt sich z. B. daran, dass „Buen Vivir“ 2008 in die Verfassung Ecuadors aufgenommen wurde. In der Präambel wird „eine neue Art des staatsbürgerlichen Zusammenlebens, in Diversität und Harmonie mit der Natur, um das Gute Leben, das sumak kawsay zu erreichen“ proklamiert.⁷ Aktivist*innen, wie der ehemalige Energieminister Ecuadors Alberto Acosta, wollen dieses Konzept auch in Europa verbreiten.

Die auf Extraktivismus basierende imperiale Lebensweise ist mit dieser Idee des Guten Lebens nur schwer zu vereinbaren. Wie bereits erwähnt und wie auch die vorliegende Studie zeigt, beeinflusst und verhindert der Rohstoffhunger der Gesellschaften des Globalen Nordens das (Gute) Leben im Globalen Süden. Auch wenn sich die Gemeinden, die in Mexiko vom Bergbau oder den Ölpalmplantagen in Guatemala betroffen sind, nicht auf die Idee des Buen Vivir berufen, macht diese Perspektive die Veränderungen deutlich, welche die extraktiven Projekte für die Menschen bringen.

Wirtschaft und Menschenrechte

Will man die negativen Auswirkungen des Extraktivismus und der imperialen Lebensweise verhindern und geht man davon aus, dass dies alleine über den Konsum nicht möglich ist, stellt sich die Frage nach wirksamen Instrumenten. Bis vor wenigen Jahren wurden vor allem Staaten in der Verantwortung gesehen, die Einhaltung der Menschenrechte auf ihrem Staatsgebiet zu garantieren. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948) sowie der Sozialpakt und der Zivilpakt (beide 1966) wurden in diesem Geiste von den Vereinten Nationen verabschiedet. Seit einigen Jahren werden aber vermehrt auch extraterritoriale Pflichten der Staaten diskutiert, also die Verantwortung der Staaten, Menschenrechte auch außerhalb des Staatsgebiets zu schützen, wo ihre Handlungen oder Unterlassungen Menschenrechtsverletzungen zur Folge haben können.⁸

In diesem Zusammenhang hebt die internationale Zivilgesellschaft Menschenrechtsverletzungen hervor, die mit Wirtschaftstätigkeiten in Verbindung stehen. Hier kann es sich um Rechtsverstöße handeln, die z. B. Tochtergesellschaften transnationaler Konzerne begehen oder auch unabhängige Zulieferbetriebe von Importeuren. Diese Problematik nehmen die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in den Blick, die der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen 2011 verabschiedete. Diese Leitprinzipien fußen auf drei Säulen:⁹

Deutsche Unternehmen sind über ihre Geschäftsbeziehungen in Menschenrechtsverletzungen verwickelt.

- Die **Pflicht des Staates** zum Schutz der Menschenrechte: Staaten sollen verhindern, dass ihre eigenen Institutionen oder Unternehmen mit Sitz auf ihrem Hoheitsgebiet Menschenrechte im In- oder Ausland verletzen.
- Die **Verantwortung des Unternehmens** zur Achtung der Menschenrechte: Unternehmen sollen ihre gesamten Geschäftsfelder (also auch ihre Lieferketten und Investitionen) auf menschenrechtliche Folgen und Risiken untersuchen, diese beheben und über die Maßnahmen berichten. Diese Methodik wird als menschenrechtliche Sorgfalt bezeichnet.
- Der **Zugang von Opfern zu Abhilfe**: Staaten sollen dafür sorgen, dass die Opfer von Menschenrechtsverletzungen Zugang zu Abhilfemaßnahmen und Gerichten haben.

Einige Staaten haben Nationale Aktionspläne entwickelt, um die Leitprinzipien umzusetzen. Die Bundesregierung hat ihren Aktionsplan 2016 verabschiedet. Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren, dass die Bundesregierung sich selbst kaum Pflichten auferlegt und lediglich Erwartungen an die Unternehmen bezüglich ihrer menschenrechtlichen Sorgfalt formuliert, die sie freiwillig umsetzen können.¹⁰ Der Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung stellt aber immerhin in Aussicht, dass die Bundesregierung Unternehmen zur Umsetzung

gesetzlich verpflichten will, wenn nicht mindestens die Hälfte der Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeiter*innen die Erwartungen erfüllen.

Die beiden Fallstudien beleuchten, wie bei der Rohstoffproduktion für die deutsche Industrie Menschenrechte verletzt werden. Dazu sollen im Folgenden zunächst zentrale Menschenrechte sowie die ihnen zugrunde liegenden Abkommen kurz vorgestellt werden, die für die vorliegende Studie besonders relevant sind.¹¹ Im Anschluss wird anhand der Fallstudien belegt, wie diese grundlegenden Rechte in den Lieferketten deutscher Unternehmen systematisch verletzt werden. Die Studie liefert somit Argumente, warum die Unternehmen gesetzlich auf menschenrechtliche Sorgfalt verpflichtet werden müssen.

Das Recht auf Gesundheit

Das Recht auf Gesundheit geht aus Artikel 25 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung hervor:

Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet (...).¹²

Artikel 12 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 wird noch konkreter:

- (1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf das für ihn unverzichtbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit an.*
- (2) Die von den Vertragsstaaten zu unternehmenden Schritte zur vollen Verwirklichung dieses Rechts umfassen alle erforderlichen Maßnahmen.¹³*

Das Menschenrecht auf Wasser

2010 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Recht auf Wasser in der Resolution 64/292 anerkannt. Die Resolution verweist u. a. auf die Artikel 11 und 12 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Die Resolution wurde von 122 Mitgliedsstaaten angenommen, 41 Staaten lehnten sie aber mit der Begründung ab, dass das Recht nicht klar aus den internationalen Abkommen hervorgeht.¹⁴

Das Menschenrecht auf Nahrung

Das Recht auf Nahrung ist ebenfalls in verschiedenen internationalen Abkommen geregelt, beispielsweise in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948.¹⁵ Auch der Sozialpakt regelt in Artikel 11 das Recht auf Nahrung. Darin heißt es:

- (1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen.*
- (2) In Anerkennung des grundlegenden Rechts eines jeden, vor Hunger geschützt zu sein, werden die Vertragsstaaten einzeln und im Wege internationaler Zusammenarbeit die erforderlichen Maßnahmen [...] durchführen.¹⁶*

Teilhabe und Information sind Menschenrechte

Seit einigen Jahren wird in vielen Ländern, in denen großen Mengen an Rohstoffen abgebaut werden, das Recht betroffener Menschen auf Information und Teilhabe diskutiert. Es geht aus Artikel 19 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte von 1966 hervor.¹⁷ Zivilgesellschaftliche Organisationen erachten die Ausübung dieses Rechts als zentral, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern oder zu bekämpfen und den Bürger*innen die Möglichkeit zu geben, auf die politischen Entscheidungen einzuwirken, die sie betreffen.¹⁸ Nur wenn die Menschen über die Aktivitäten der Unternehmen Bescheid wissen und auf ihre Entscheidungen Einfluss haben, können sie ihre Rechte und Interessen geltend machen. Ansonsten sind sie nicht nur den Handlungen der Unternehmen ausgeliefert, sie wissen noch nicht einmal, welche Umwelt- und Gesundheitsfolgen deren Projekte jetzt und in Zukunft haben. Mit dieser Erkenntnis im Hintergrund forderte die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung von 1992 in Prinzip 10 der sogenannten Río-Erklärung:

Umweltfragen sind am besten auf entsprechender Ebene unter Beteiligung aller betroffenen Bürger zu behandeln. Auf nationaler Ebene erhält jeder Einzelne angemessenen Zugang zu den im Besitz öffentlicher Stellen befindlichen Informationen über die Umwelt, einschließlich Informationen über Gefahrstoffe und gefährliche Tätigkeiten in ihren Gemeinden, sowie die Gelegenheit zur Teilhabe an Entscheidungsprozessen.¹⁹

Vierzehn lateinamerikanische und karibische Staaten, darunter auch Mexiko und Guatemala, haben 2018 dieses Prinzip im Abkommen von Escazú verankert. Das Abkommen soll in den kommenden Jahren in den Unterzeichnerstaaten, darunter auch Mexiko, umgesetzt werden.

Die Rechte indigener Gemeinschaften

Die Konvention 169 der ILO, die von Deutschland bisher noch nicht ratifiziert wurde, ist dem Schutz indigener Bevölkerungen gewidmet. Die Konvention erkennt unter anderem die Landrechte indigener Gemeinschaften an und sieht den Schutz ihrer natürlichen Ressourcen sowie ihrer Gesundheit vor. In der Konvention ist zudem die Möglichkeit zur politischen Partizipation festgeschrieben. Sie sieht die freie und informierte vorherige Befragung von indigenen Gemeinschaften vor der Durchführung von Großprojekten vor.²⁰

Ohne verlässliche Informationen können Gemeinden ihre Rechte und die Umwelt nicht schützen.

- 1 Vgl. zu diesem Kapitel: Brand / Wissen (2017).
- 2 Gudynas, Eduardo (2013): Extracciones, extractivismo y extrahecciones, in: CLAES, S. 14: <http://ambiental.net/wp-content/uploads/2015/12/GudynasApropiacionExtractivismoExtraheccionesOdeD2013.pdf> (Eigene Übersetzung).
- 3 Vgl. Gudynas, Eduardo (2012): Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika, in: Rosa Luxemburg Stiftung (Hg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika, S. 49: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Der_Neue_Extraktivismus.pdf.
- 4 Gudynas führt für die gewaltsame Aneignung den Begriff der „extrahección“ ein, der eine extreme Form des „extractivismo“ darstellt. Er kann mit „Entreißung“ übersetzt werden: „Die „Entreißung“ ist die Aneignung der natürlichen Ressourcen mit Gewalt, wobei mit dem Rahmen der Menschenrechte und der Natur gebrochen wird.“ Vgl. Gudynas, Eduardo (2013), S. 11 (Eigene Übersetzung).
- 5 Vgl. Schmid, Elisabeth (2014): Die Frage nach dem guten Leben. Buen Vivir in Ecuador und Entwicklung als Freiheit im kritischen Vergleich, Bremen, S. 63.
- 6 Vgl. ebd., S. 64.
- 7 Ebd., S. 11.
- 8 Ein Kreis internationaler Menschenrechtsexperten leitet z. B. in den Maastrichter Prinzipien extraterritoriale Staatenpflichten aus dem bestehenden Völkerrecht ab. Vgl. CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung: Extraterritoriale Staatenpflichten: <https://www.cora-netz.de/themen/ungp/etos/#>
- 9 Vgl. Vereinte Nationen (2011): Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte: https://www.globalcompact.de/wAssets/docs/Menschenrechte/Publikationen/leitprinzipien_fuer_wirtschaft_und_menschenrechte.pdf.
- 10 Z. B.: CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung (2017): Kein Mut zu mehr Verbindlichkeit. Kommentar deutscher Nichtregierungsorganisationen zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung: https://www.cora-netz.de/wp-content/uploads/2017/03/2017-02-06_CorA-ForumMR-VENRO_NAP-Kommentar_%c3%bcberarb.pdf.
- 11 Die hier vorgestellten Menschenrechte und ihnen zugrunde liegenden Abkommen sind nicht erschöpfend beschrieben. Insbesondere die acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und das Recht auf existenzsichernde Löhne sind Menschenrechte, die von Unternehmen zwingend eingehalten werden müssen. Diese standen im Kontext der Fallstudien jedoch nicht im Fokus und werden daher hier nicht gesondert vorgestellt.
- 12 Allgemeine Menschenrechtserklärung, Artikel 25 (1).
- 13 Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, S. 5: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICESCR/icescr_de.pdf.
- 14 Vgl. UN-Menschenrechtsabkommen: Recht auf sauberes Wasser: <https://www.menschenrechtsabkommen.de/recht-auf-sauberes-wasser-1122/>.
- 15 Vgl. bpb (2014): Menschenrecht auf Nahrung.
- 16 Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICESCR/icescr_de.pdf.
- 17 “(2) Jedermann hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift und oder Druck, durch Kunstwerke oder andere Mittel nach eigener Wahl sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.“
- 18 Vgl. Acción Ciudadan et al (2018): Informe regional de transparencia y acceso a la información en industrias extractivas en América Latina, S. 11: http://www.dpflf.org/sites/default/files/475_-_informe_regional_transparencia_dpflf_13_dic_d.pdf.
- 19 Vgl. Lamberti, Julieta (2018): Análisis del Fideicomiso Río Sonora. Simulando la remediación privada en un Estado capturad, S. 17: <https://www.colaboratorio.org/wp-content/uploads/2018/07/analisis-FRS.pdf>.
- 20 Vgl. International Labour Organization (o.J.): C169 - Indigenous and Tribal Peoples Convention, 1989 (No. 169).

Die Fallstudien

Kupfer und Molybdän aus Mexiko: Wie giftiger Schlamm Menschenrechte begräbt

Die Fallstudie basiert auf Forschungsarbeiten der mexikanischen Organisation Empower, bei der die CIR die Studie in Auftrag gab. Einerseits griff die Organisation auf öffentlich zugängliche Dokumente und Berichte zurück. Andererseits führte sie im Rahmen von Feldbesuchen im Oktober und November 2018 zwanzig semistrukturierte Interviews auf der Grundlage von Fragebögen mit zwanzig Bewohner*innen der von einem Dambruch in der Mine Buena Vista del Cobre des Bergbaukonzerns Grupo México betroffenen Gemeinden Bacanuchi, Aconchi, La Estancia, Huepac, San Rafael und Guadalupe de Ures. Der Bruch eines Rückhaltebeckens führte dazu, dass sich massenhaft giftiger Bergbauschlamm in die Flüsse Sonora und Bacanuchi ergoss. 16 der befragten Personen beteiligen sich an der Protestbewegung „Komitees vom Sonora-Fluss“.

Außerdem führte die Organisation sechs narrative Interviews mit Bewohner*innen der Gemeinde. Schließlich führte die Organisation acht zusätzliche Experteninterviews mit Personen, die sich beruflich mit den Folgen des Dambruchs befassen.

Die deutschen Unternehmen Aurubis AG und Thyssenkrupp importieren Kupfererz- bzw. Molybdänkonzentrat, das mit hoher Wahrscheinlichkeit zumindest teilweise aus der Mine Buena Vista del Cobre stammt. In der Fallstudie werden die Wege der Erze nachvollzogen. Die Daten über die Handelsbeziehungen stammen aus der Handelsdatenbank Panjiva und aus öffentlich zugänglichen Quellen.

Bedeutung der Massenrohstoffe und Wege nach Deutschland

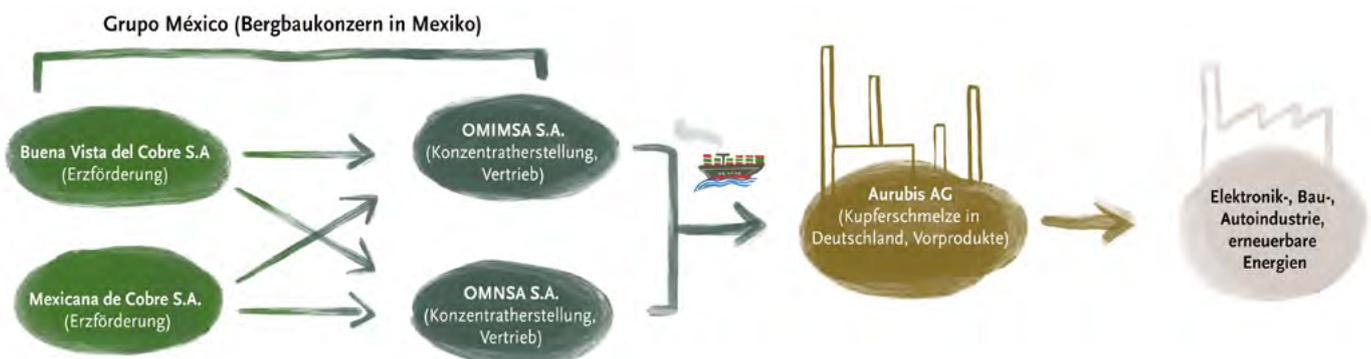
Kupfer bestimmt auf vielfältige Weise unseren Alltag. Laut Daten der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM) von 2018 werden in Deutschland 57 Prozent der verarbeiteten Kupfermenge in der Kabel- und Elektroindustrie, 15 Prozent in der Baubranche, 9 Prozent in der Automobilindustrie und 8 Prozent in der Maschinenbaubranche verwendet.¹ Ohne Kupfer gäbe es viele Gebäude, wie wir sie kennen, nicht, noch wäre Versorgung mit elektrischem Strom möglich. Besonders wichtig ist Kupfer für die Elektrobranche. Das leitfähige Buntmetall wird für alle möglichen Produkte von Smartphones, Laptops, Tablets über Waschmaschinen bis hin zu Küchengeräten benötigt (siehe Abbildung 1). Auch die Bahn könnte ohne enorme Mengen an Kupferdraht nichts und niemanden transportieren.

Elektroautos benötigen dreimal so viel Kupfer wie konventionelle PKWs.

In Zukunft könnte Kupfer für die Mobilität sogar noch wichtiger werden, denn Elektroautos benötigen ungefähr dreimal so viel Kupfer wie Autos

mit Verbrennungsmotor.² Mittlerweile stammt das verarbeitete Kupfer nicht mehr ausschließlich aus Minen: Laut WVM betrug die Recyclingrate 2017 ca. 40,5 Prozent.³ Die deutsche Industrie ist aber nicht nur ein wichtiger Kupfer-Verbraucher. Deutschland ist auch ein wichtiger Kupferproduktionsstandort, d. h. Unternehmen importieren Erze und Konzentrate und stellen daraus reines Metall her. Mit einer Raffinadeproduktion von 694.400 Tonnen belegte Deutschland 2017 weltweit Rang 8 (3 Prozent der

Abbildung 5: Aurubis ist der größte deutsche Importeur von Kupfererz und bezieht den Rohstoff u. a. von Grupo México.



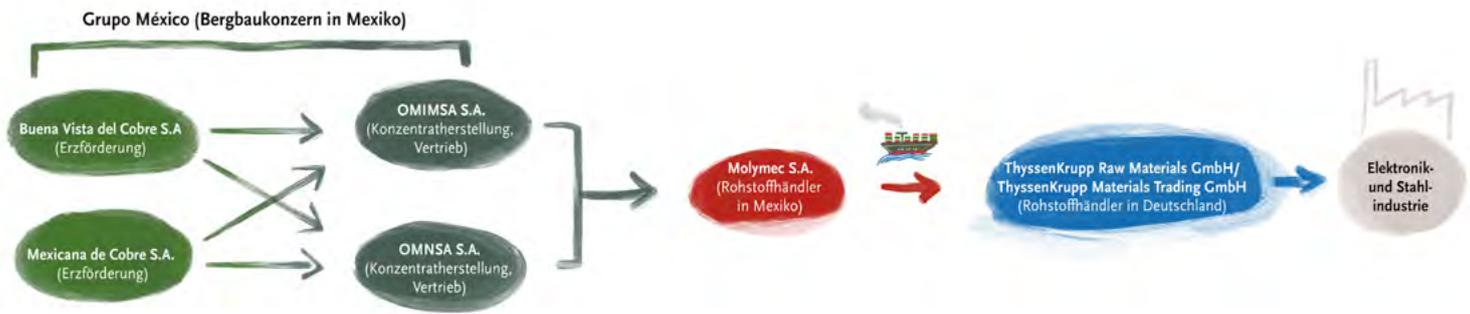


Abbildung 6: Grupo México ist ein Zulieferer von ThyssenKrupp, dem größten deutschen Importeur von Molybdän.

weltweiten Gesamtproduktion). Größter deutscher und europäischer Produzent ist die Aurubis AG mit Hauptsitz in Hamburg.⁴ Molybdän ist ein weniger bekanntes Metall. Es ist aber aufgrund seines hohen Schmelzpunktes in vielen Produkten verarbeitet, wie z. B. in manchen Stahlsorten, Fahrrädern, Photovoltaikanlagen, Röntgentechnik und Elektroöfen.

Lieferbeziehungen nach Deutschland – Aurubis und ThyssenKrupp wichtige Importeure

Woher stammen das Kupfer und das Molybdän? Deutsche Unternehmen importieren in großem Maßstab Fertigprodukte, die Kupfer enthalten. Deutschland importiert aber auch jährlich Kupfererz bzw. -konzentrat in enormen Mengen. Laut den Außenhandelsdaten des Statistischen Bundesamts stammten 2017 die größten Mengen an Kupfererz und -konzentrat aus: Brasilien (im Wert von ca. 481 Millionen Euro), Peru (ca. 452 Millionen Euro), Chile (392 Millionen Euro), Australien (ca. 216 Millionen Euro), Kanada (ca. 150 Millionen Euro) und Mexiko (ca. 94 Millionen Euro). Insgesamt importierte Deutschland 2017 über 1,25 Millionen Tonnen Kupfererz und -konzentrat im Wert von über 1,97 Milliarden Euro.⁵ Der wichtigste Importeur von Kupfererz ist die Aurubis AG mit Sitz in Hamburg. Das Unternehmen importiert Kupferkonzentrat (konzentriertes Erz), verhüttet und raffiniert das Kupfer und stellt daraus Vorprodukte wie Kathoden (50 bis 80 kg schweres Kupferquadrat) her. Zu den Kunden von Aurubis zählen u. a. die Elektroindustrie, die Chemieindustrie, Zulieferer für die Branchen Erneuerbare Energien sowie die Bau- und Automobilindustrie (siehe Abbildung 5).⁶

2017 importierte Deutschland 1,25 Millionen Tonnen Kupfer im Wert von über 1,97 Milliarden Euro.

Nach Deutschland importiertes Molybdänerz und -konzentrat stammte 2017 vor allem aus Chile (im Wert von ca. 21 Millionen Euro), Mexiko (ca. 21 Millionen Euro) und den Niederlanden (ca. 17 Millionen Euro). Die gesamte importierte Menge betrug 6.888,9 Tonnen. Der wichtigste Importeur ist ThyssenKrupp Materials Trading GmbH, die Rohstoffhandelssparte des Stahl- und Industriekonzerns.

Die Tabellen 1 -3 zeigen, dass die Importe von Kupferkonzentrat und Molybdänkonzentrat und die Mineralimporte insgesamt von Mexiko nach Deutschland in den letzten Jahren gestiegen sind.

Einfuhr von „Erzen, Schlacken und Aschen“ von Mexiko nach Deutschland

Jahr	Gewicht in Tonnen	Wert in Tsd. Euro
2009	166,3	1.150
2013	4001,3	28.610
2014	5140	24.841
2015	17.405,3	47.140
2016	117.329,4	201.929
2017	132.778,7	237.034

Quelle: Destatis Genesis

Einfuhr von Kupfererz und -konzentrate von Mexiko nach Deutschland

Jahr	Gewicht in Tonnen	Wert in Tsd. Euro
2014	533,6	2.126
2015	10.381,3	13.383
2016	65.416,3	55.102
2017	85.928,3	93.591

Quelle: Destatis Genesis

Einfuhr von Molybdänerz und -konzentrate von Mexiko nach Deutschland

Jahr	Gewicht in Tonnen	Wert in Tsd. Euro
2014	0	0
2015	136,0	899
2016	487,0	3.781
2017	2.140,0	20.775

Quelle: Destatis Genesis

Der Bergbausektor in Mexiko

Mexiko ist seit der Kolonialzeit ein bedeutender Produzent von mineralischen Rohstoffen. In den letzten Jahren hat die Produktion deutlich zugenommen. Das Land

rangierte 2015 in den ersten zehn Rängen für den Abbau von 16 unterschiedlichen Materialien wie Silber, Gold, Kupfer, Molybdän, Kadmium und Zink.⁷ Der Bergbausektor steht mit einer Vielzahl von Umweltproblemen sowie Land- und Wassernutzungskonflikten im Zusammenhang. Illegal bewaffnete und kriminelle Gruppen wie Drogenkartelle finanzieren sich teilweise durch Einnahmen aus dem Bergbau.

Auswirkungen der Rohstoffproduktion

Das Leben vor der Bergbaukatastrophe

In der Umgebung der Stadt Cananea begann der Abbau von Kupfererz etwa um 1760, also noch während der spanischen Kolonialherrschaft. Das Unternehmen Grupo México ist seit 1968 in der Region aktiv und betreibt seit 1986 das Bergbauprojekt Buena Vista del Cobre. Bei dem Projekt handelte es sich 2016 um die siebtgrößte Kupfermine weltweit.⁸

Grupo México

Es ist nicht übertrieben, Grupo México als Megakonzerne zu bezeichnen. Der Konzern verzeichnete 2018 einen Umsatz von über 10 Milliarden US-Dollar und ist in den Bereichen Infrastruktur, Transport, Immobilien und Bergbau tätig. Bergbau bildet den Kern des Unternehmens. 2017 machte dieser Sektor 77,2 Prozent des Umsatzes aus. Grupo México zeichnet sich durch eine extrem komplexe und undurchsichtige Unternehmens- und Besitzstruktur aus. Alleine im Bergbaubereich gehören mindestens 22 Tochterunternehmen zu dem Konzern. Den größten Einfluss auf den Konzern hat die Oligarchen-Familie Larrea, die 2014 ca. 44 Prozent der Aktien besaß.

Der Bundesstaat Sonora ist gleichzeitig eine der wichtigsten Agrarregionen des Landes. Sowohl die Landwirtschaft als auch die Viehwirtschaft spielen eine große Rolle. Die Landwirtschaft in Sonora ist immer noch stark von kleinen Produzent*innen geprägt. Somit stehen sich in Sonora zwei unterschiedliche Wirtschaftssektoren gegenüber: Eine Landwirtschaft, die einer Vielzahl von Bauern und Bäuerinnen ihr Einkommen garantiert und die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgt, und der Bergbausektor, der nur wenigen Menschen aus der Region Arbeit gibt und dessen Gewinne in die undurchsichtigen Strukturen eines transnationalen Konzerns fließen.

Am 6. August 2014 brach der Damm eines Rückhaltebeckens und der dort gelagerte giftige Schlamm ergoss sich in die Flüsse Bacanuchi und Sonora. Das Ereignis war eine Zäsur für die Bewohner*innen der Umgebung der Mine: Die Menschen unterscheiden zwischen einem Davor und Danach, wenn sie von ihren Lebensbedingungen sprechen. Vor dem Ereignis pflegten sie Gewohnheiten und Traditionen, die heute aufgrund der veränderten Umwelt nicht mehr möglich sind.

Guillermina aus Ures schildert im Interview, wie sie vor der Bergbaukatastrophe von dem Fluss lebte:

Früher wanderte ich drei oder vier Kilometer den Fluss mit dem Sack über den Schultern entlang und sammelte Brunnenkresse und Gemüse am Ufer des Flusses. Aber seit dem Bergbaunglück machen wir das nicht mehr. Wir können das ja nicht mehr verkaufen und die Leute vergiften. Der Fluss ist immer noch kontaminiert. Mich macht das sehr traurig, weil wir davon lebten und damit Geld verdienten.⁹

Die Menschen ernährten sich von den wild wachsenden Pflanzen in der Umgebung des Flusses und betrieben Feld- und Viehwirtschaft. Ihr Einkommen bezogen sie aus dem Verkauf der Produkte am Straßenrand in Cananea oder in Hermosillo, der Hauptstadt des Bundesstaates Sonora.

Der Fluss und die landwirtschaftliche Produktion sicherten nicht nur die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Einkommen der Familien, sondern hielten auch den sozialen Zusammenhalt aufrecht. Nach den Ernten kochten die Familien oft große Mengen an Speisen und luden die Nachbarn und sogar Menschen aus den Nachbarländern ein. Die Menschen nannten das „olladas“ – frei übersetzt „Topffeste“. Diese Feste stärkten die sozialen Beziehungen in den Siedlungen und der Gemeinden untereinander. Die Anthropologin Giovanna Micarelli hebt die Bedeutung von Nahrungsmitteln für Gemeinschaften hervor:

Die Produktion, Zubereitung und der Austausch der Lebensmittel sind nicht bloße soziale Interaktionen, sie stellen die Gesellschaft selbst her und sie legen die Qualität der Beziehungen mit der sozialen und der natürlichen Umgebung fest.¹⁰

Den Zusammenhalt festigte auch der Fluss als solcher, denn er war für die Menschen Erholungsraum und Ort der Begegnung. Viele Menschen trafen sich in ihrer Freizeit am Flussufer, Kinder und Erwachsene badeten in ihm. Der Fluss stand im Zentrum des „Guten Lebens“ (Buen Vivir) der Menschen, denn er prägte sowohl ihre Beziehungen zur Natur als auch die sozialen Beziehungen untereinander (siehe Kapitel 2).

Heute blicken viele Menschen wehmütig auf ihre Vergangenheit zurück. Die besten Zeiten scheinen vorbei zu sein, die Zukunft können sie sich nicht positiv vorstellen. Vielmehr haben sie Angst vor einem neuen „Bergbaunglück“.

Die Bergbaukatastrophe

Da das Gestein in vielen Minen oft nur geringe Mengen an Kupfererz enthält (ca. 1 Prozent), muss es gemahlen und mit Chemikalien wie Schwefelsäure versetzt werden, damit Metall und umgebendes Material voneinander getrennt werden. Dieser Prozess ist relativ ineffizient, weshalb in den Rückständen sowohl Schwefelsäure als auch Metalle zurückbleiben. Die schlammigen Abfälle werden in großen Becken gesammelt.¹¹

In den fünf Jahren vor dem Bruch des Rückhaltebeckens gab es Hinweise, dass der mit Kupfersulfat versetzte Bergbauschlamm massenhaft aus dem Becken ausbrechen könnte. Laut zivilgesellschaftlichen Organisationen trat in diesem Zeitraum fünf Mal Schlamm aus. Die Tochter-



Abbildung 7: Der giftige Bergbauschlamm floss zunächst in den Fluss Bacanuchi. Foto: Empower

unternehmen von Grupo México hätten also ausreichend Zeit gehabt, um die Anlagen zu verstärken und die Sicherheitsvorkehrungen zu verbessern. Am 6. August 2014 traten schließlich 40.000 Kubikmeter Kupfersulfat aus. Der Grund für den Dammbbruch war eine fehlende Turbine. Da der Konzern aus Kostengründen nie ein erforderliches Notfallbecken einrichtete, floss der Schlamm ungehindert in die Flüsse Tinajas (17,6 Kilometer lang), Bacanuchi (64 Kilometer lang) und Sonora (190 Kilometer lang).

Sieben Gemeinden mit 20.048 Bewohner*innen verloren den Zugang zu sauberem Wasser, 322 Brunnen mussten geschlossen werden.

Das Unternehmen verfolgte eine intransparente Informationspolitik: Es informierte erst 48 Stunden, nachdem der Unfall festgestellt worden war, die staatlichen Institutionen. Erst sechs Tage später gab das Unternehmen die Katastrophe offiziell bekannt. Der damalige Umweltsekretär José Guerra Abud bezeichnete den Vorfall als die schlimmste Katastrophe der Bergbauindustrie in Mexiko. In der Folge flammten auch die Proteste der Gewerkschaften wieder auf, die zahlreiche Arbeitsrechtsverletzungen in der Mine anklagten.¹²

Umweltverschmutzung verletzt Menschenrechte

Die Ernährungsgewohnheiten haben sich seit dem Dammbbruch verändert. Viele Menschen haben Angst,

die Kresse, das Gemüse, die Pfirsiche oder die Erdnüsse, die an den Ufern des Flusses wild wachsen, zu essen. Sie gehen davon aus, dass die Früchte, die in der Nähe des Flusses wachsen, immer noch kontaminiert sind. Zu dieser Einschätzung kommt auch eine Studie der Nationalen Universität (UNAM), die Schwermetalle wie Arsen, Cadmium und Blei in den Früchten, im Gemüse und in der Milch der Nutztiere, die sich an den Ufern aufhalten, feststellte.¹³ Die Konzentrationen überschreiten deutlich die Grenzwerte der mexikanischen Gesetzgebung. Um nicht von den kontaminierten Produkten krank zu werden, kaufen die Menschen heute mehr industriell hergestellte Lebensmittel, die vor allem aus Kohlenhydraten bestehen und insgesamt wenig nahrhaft sind.

Es veränderten sich nicht nur die Ernährungsgewohnheiten sondern auch die wirtschaftliche Situation der Menschen. Vor der Bergbaukatastrophe war die Feld- und Viehwirtschaft das Rückgrat der lokalen Wirtschaft. Die Landwirte produzierten, teilweise auf kommunalem Land, eine Vielzahl von Produkten wie z. B. Knoblauch, Kartoffeln, Mais, Kürbis, Nüsse, Melonen, Gurken und Zuckerrohr. Viele Feldfrüchte wurden nach dem Dammbbruch auf den Feldern gelassen. So wurden auch keine Samen geerntet, die zum Teil für die nächste Aussaat verwendet werden, ein traditioneller Kreislauf wurde unterbrochen. Die Produktion von Gemüse in Gewächshäusern ging drastisch zurück. Isidro, Mitbesitzer eines Kommunalgrundstücks, fasst die Situation zusammen:

Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Dammbbruch

- Verschmutzung des Fluss- und Grundwassers (Recht auf Wasser: abgeleitet aus Artikel 11 und 12, Sozialpakt)
- Starke Einschränkung der Produktion von Nahrungsmitteln (Recht auf Nahrung: abgeleitet aus Artikel 11, Sozialpakt)
- Erkrankung zahlreicher Menschen (Recht auf Gesundheit: Artikel 25, Allgemeine Menschenrechtserklärung; Artikel 12, Sozialpakt)
- Mangelhafte Wiedergutmachung durch die beteiligten Unternehmen, vor allem der strukturellen und kollektiven Folgen des Dammbbruchs (UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, Prinzip 22)
- Keine Partizipation sowie mangelhafte Vermittlung von Informationen durch Grupo México an die Gemeinden (Prinzip 10, Río-Erklärung)



Abbildung 8: Die landwirtschaftliche Produktion ist nach der Bergbaukatastrophe zurückgegangen. Foto: Empower

Vor dem Dambruch brachte ich meine Produkte nach Cananea. Die Menschen kauften dort Maiskolben und Kartoffeln. Und wir säten mit Vertrauen Mais und andere Samen aus, weil das Wasser nicht verschmutzt war. Jetzt gibt es diese Produktion nicht mehr. Es hat sich viel verändert, weil die Gärten mit Obstbäumen ausgetrocknet sind.

Viele Menschen verkauften die gesammelten Produkte und landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Milch, Käse, Gemüse oder Chilischoten am Straßenrand, in Hermosillo, der Hauptstadt des Bundesstaats Sonora, oder in der Stadt Cananea. Einige verkaufen dort, mangels alternativer Einkommensmöglichkeiten, immer noch die Produkte, wobei sie ihre Herkunft verschweigen. Es gibt aber kaum noch Abnehmer*innen, da die Menschen in den Städten Angst haben, von den Produkten krank zu werden. Viele Bäuer*innen entschieden sich, nicht mehr Nahrungsmittel für den menschlichen Konsum, sondern Futtermittel für die Viehwirtschaft zu produzieren.

Die Umweltkatastrophe hat also dramatische Auswirkungen für die Landbesitzer*innen und Nutzer*innen von Kommunalland, den sogenannten *ejidos*. In der Folge verloren auch viele Tagelöhner*innen, die von den Bäuer*innen bar oder in Naturalien bezahlt wurden, ihre Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten

Wie stark die Menschen von Umweltproblemen betroffen sind, hängt von ihrer Lebensweise ab. Die zwanzig für die Studie interviewten Menschen bestätigten alle, dass sie und ihre Familien von der Umwelt und den natürlichen Ressourcen, die sie umgeben, abhängig sind. „Der Fluss gibt uns Leben, er gibt uns zu trinken, für uns die Felder und die Tiere“, fasst Paquita aus Bacanuchi zusammen.

Der soziale Zusammenhalt bröckelt

Der Niedergang der Landwirtschaft veränderte auch die sozialen Beziehungen. Da keine Überschüsse mehr produziert werden, können die Menschen ihre Feste („*olladas*“) nicht mehr feiern. Die Bewohner*innen verschiedener Dörfer tauschten vor der Bergbaukatastrophe sogar ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf solidarische Weise untereinander aus, wie Francisca García Enríquez aus Aconchi erzählt:

In dieser Region haben wir viel ausgetauscht, was in den einzelnen Dörfern produziert wurde. Wir bauten Mais an und brachten ihn in andere Gemeinden, wo wir dafür Kartoffeln und Süßkartoffeln erhielten. Das können wir wegen der Unsicherheit in Bezug auf die Verschmutzung des Wassers nicht mehr machen.¹⁴

Herstellung, Zubereitung und Verteilung von Nahrungsmitteln sind im Tal der Flüsse Sonora und Bacanuchi nicht mehr die Knotenpunkte der Gesellschaft, wie sie Giovanna Micarelli noch beschreibt. Kulturelle Praktiken und Traditionen gehen auf diese Weise verloren.

Auch die Flüsse Sonora und Bacanuchi sind keine Begegnungsorte mehr. Die Menschen wollen nicht in dem kontaminierten Wasser baden und die Früchte essen, die am Ufer wachsen. Die Menschen verlieren ihre natürliche Beziehung zur Umwelt, weil sie ihr nach der Umweltkatastrophe mit Misstrauen und Angst gegenüberstehen. Dadurch geht auch der soziale Austausch zwischen den Menschen teilweise verloren.

Schädlich für den sozialen Zusammenhalt sind auch die Streitigkeiten innerhalb der Gemeinden, die in der Folge der Wiedergutmachungsleistungen des Unternehmens ausgebrochen sind. Die Tochterunternehmen von Grupo México, die das Bergbauprojekt Buena Vista del Cobre betreiben, zahlten in eine Treuhandschaft ca. 2 Milliar-



Abbildung 9: Seit der Bergbaukatastrophe hat sich für die Gemeinden Vieles verändert. Foto: Empower

den mexikanische Pesos (am 14.03.2019 ca. 91.573.000 Euro) ein. Mit dem Geld wurden einerseits individuelle Entschädigungszahlungen, andererseits Maßnahmen für die Gemeinden wie die Bereitstellung von Wassertanks finanziert. Besonders die Entschädigungen für Einzelpersonen führten aber zu Konflikten, weil die Summen stark voneinander abwichen und diese Unterschiede für die Opfer nicht immer nachvollziehbar waren. Der Blick in eine Datenbank, zu der Empower Zugang hatte, verrät, dass manche Menschen im Juni 2015 nur ca. 15.000 mexikanische Pesos (am 14.03.2019 ca. 687 Euro), andere dagegen 100.000 mexikanische Pesos (am 14.03.2019 ca. 4.581 Euro) erhielten.

Der Journalist Guillermo Noriega vermutet in einem Interview, dass die Unternehmen und die staatlichen Behörden die Gemeinden mit den Entschädigungszahlungen absichtlich spalten wollten:

Die Treuhandschaft wurde zu einem Konfliktgegenstand. Die Autoritäten wissen, dass sie die Gemeinden spalten, wenn sie für ein soziales Problem Geld geben. Dieses Geld wurde zu einem Skalpell, das die Leute voneinander trennte.¹⁵

Wassermangel

Seit der Bergbaukatastrophe ist die Versorgung mit Trinkwasser, ein Menschenrecht, für die betroffenen Menschen erheblich beeinträchtigt. Die Nationale Universität (UNAM) stellte 2015 im Rahmen einer Studie fest, dass die Sedimente des Río Bacanuchi hohe Konzentrationen von Metallen wie Eisen, Aluminium, Kupfer, Magnesium und Arsen enthielten.¹⁶

Vor der Katastrophe tranken die Menschen das Wasser aus der Leitung. Erkrankungen nach der Katastrophe führten dazu, dass die Menschen dem Leitungswasser misstrauen und heute Wasser in Plastikflaschen kaufen. Für große Korbflaschen zahlen sie zwischen 18 und 25 mexikanische Pesos, was eine erhebliche finanzielle Belastung für sie darstellt. Im Interview mit Empower schildert Socorro aus Ures die Situation:

Von dem Leitungswasser bekam meine Enkelin Beulen am Körper.

Wir gehen nach Ures und kaufen Wasser in Korbflaschen, weil wir Angst haben, das Wasser aus der Leitung zu trinken. Wir haben meine Enkelin immer mit Flaschenwasser gebadet, weil das gereinigt ist. Von dem Leitungswasser bekam sie kleine Beulen am ganzen Körper.

Der Mangel an sauberem Trinkwasser löste bei vielen Menschen Stress- und Angstreaktionen aus. Ein Zitat von Maribel aus Bacanuchi steht stellvertretend für die weit verbreitete Angst vor dem verschmutzten Wasser:

Seit dem [Dammbruch] haben wir mit der Angst gelebt. Das Leben hat sich für uns total verändert. Man wäscht sich und hat dabei Angst, dass das Wasser vergiftet ist. Weil es Gift ist. Man bekommt Juckreiz und die Augen werden rot.¹⁷

Das Unternehmen hatte nach der Katastrophe den Bau von 36 Wasseraufbereitungsanlagen versprochen, bisher wurde aber keine einzige fertiggestellt.

Rohstoffe, die der Gesundheit schaden

Im August 2016, zwei Jahre nach der Bergbaukatastrophe, stellte die im Rahmen der Treuhandschaft eingerichtete improvisierte Einheit zur Überwachung von Krankheiten und Umwelt (UVEAS) bei 381 Bewohner*innen der betroffenen Gemeinden hohe Konzentrationen von Metallen in Blut und Urin sowie Haut-, Nieren-, Herz- und Gefäß- und Augenkrankheiten fest.

Antonio, ein pensionierter Lehrer, beschreibt im Interview mit Empower die Erkrankungen und die Schwierigkeiten, das Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen:

Nach dem Dammbruch sah man hier viele kranke Menschen. Sie hatten Beulen auf der Haut oder ihnen fielen die Haare aus. Das passierte zum Beispiel meiner Frau. Aber wir können nicht beweisen, dass das am Wasser liegt. Zum Beispiel haben in der Nähe der Wassermühle von Camú viele Kinder Hautprobleme, weil der Damm, wo sich die Schwermetalle der Mine ansammeln, nur zwei Kilometer entfernt ist.

Laut dem Toxikologen Antonio Romo von der Universität von Sonora können durch Schwermetalle verursachte Vergiftungen schwerwiegende gesundheitliche Folgen haben. Diese Folgen hat er bei den Mitgliedern der betroffenen Gemeinden festgestellt:

Wenn die Konzentration der Metalle hoch ist, kann sie Reaktionen hervorrufen, wie sie ein junger Mann aufwies, der übermäßig viel Magnesium im Blut hatte. Er hatte Gleichgewichtsprobleme beim Gehen, Beulen auf der Haut und die Symptome einer Depression. Das sind die Auswirkungen, die dieses Metall hat. (...) Bei der chronischen Vergiftung sind die Folgen schleichender, aber die Schäden treten dort auf, wo sich die Substanzen ansammeln, in den Nieren, in der Leber, im Gehirn und in den Knochen. Alles wird nach und nach beschädigt.¹⁸



Abbildung 10: Maribel zeigt die Symptome der Hautkrankheiten an Händen und Füßen. Foto: María Fernanda Wrey (PODER)

Die häufigsten Krankheiten in der Folge der Bergbaukatastrophe sind Magen-Darm- und Hautkrankheiten. Einige erkrankten aber auch an Depressionen aufgrund hoher Magnesiumkonzentrationen im Blut. Viele Ärzt*innen gehen davon aus, dass die Menschen durch den Konsum von verschmutztem Wasser und von Nahrungsmitteln, die durch das Wasser belastet sind, krank wurden. Ein häufiges Phänomen: Wenn durch Aktivitäten von Unternehmen die Umwelt verschmutzt wird, besteht die Schwierigkeit für die Opfer darin, einen Zusammenhang zwischen den Krankheiten und den Aktivitäten der Unternehmen nachzuweisen – so auch in Sonora. Auch wenn die zahlreichen Erkrankungen der Anwohner nach der Bergbaukatastrophe den Zusammenhang offensichtlich erscheinen lassen, ist es schwierig, ihn vor Gericht nachzuweisen.

Die Treuhandschaft zahlte insgesamt 7.805.010 mexikanische Pesos (am 14.03.2019 357.365,43 Euro) an 358 Personen aus, deren Blut hohe Metallkonzentrationen aufwies und die an Bindehautentzündungen, Dermatitis und inneren Krankheiten litten. Von den 381 Personen wurden 22 noch gar nicht in Bezug auf die gesundheitlichen Folgen entschädigt. Die Komitees vom Sonora-Fluss kritisierten außerdem, dass die Treuhandschaft bereits 2017 eingestellt wurde und alle Menschen, die in Zukunft durch das kontaminierte Wasser erkranken, keine Entschädigung erhalten werden.

Eines der größten Versagen der Wiedergutmachung der Treuhandschaft besteht aber darin, dass ein versprochenes Krankenhaus immer noch nicht in Betrieb genommen wurde. Das Gebäude steht aktuell leer, weil das Betreiberunternehmen der Mine Buena Vista del Cobre S. A. nicht ausreichend Geld in die Treuhandschaft eingezahlt hat.¹⁹ Auf diese Weise können die erkrankten Menschen nicht dauerhaft und kostenlos versorgt werden.

Der Mutterkonzern Grupo México und seine Tochtergesellschaften verletzen das Recht der Anwohner auf Gesundheit nicht nur aufgrund der nachlässigen Sicherheitspolitik in der Mine, die zum Dambruch führte. Sie missachten es auch weiterhin, indem sie den Opfern eine ausreichende Entschädigung und Gesundheitsversorgung

vorenthalten und sie mit den Krankheiten alleine lassen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auf ihre nachlässige Unternehmenspolitik zurückzuführen sind.

Teilhabe und Information

In Sonora ist das Vorgehen der staatlichen Institutionen und der Unternehmen weit von einer transparenten und partizipativen Politik entfernt. Von den zwanzig befragten Personen gibt keine einzige an, brauchbare Information über die Bergbauaktivitäten in der Region und deren Risiken erhalten zu haben, weder von den staatlichen Institutionen noch vom Unternehmen Grupo México. Die Bewohner*innen wurden vom Unternehmen weder über die Auswirkungen und Risiken des Bergbauprojekts informiert, noch wurden sie konsultiert, ob sie mit dem Projekt einverstanden waren.

Sie erwähnen in den Interviews immer wieder den eklatanten Mangel an Informationen nach der Bergbaukatastrophe. Den Bewohner*innen zufolge ergriff das Unternehmen keinerlei Maßnahmen, um sie über das herannahende vergiftete Wasser zu informieren. Es waren vielmehr die Dorfbewohner*innen, die jeweils die Menschen in den Dörfern flussabwärts warnten.

Für die Opfer ist es von enormer Bedeutung, über glaubwürdige Informationen in Bezug auf die Langzeitfolgen der Umweltkatastrophe zu verfügen. Die Unternehmen und staatlichen Organisationen lassen sie aber auch darüber weitgehend in Unkenntnis. Die Treuhandschaft gab zwar eine Studie über die ökologischen Auswirkungen bei der Nationalen Universität (UNAM) in Auftrag. Sie veröffentlichte die Dokumente aber erst nach einem langen Rechtsstreit mit der Organisation PODER²⁰ und den Komitees vom Sonora-Fluss, als sie vom Nationalen Institut für Transparenz und Zugang zu Informationen dazu gezwungen wurde. Der Mangel an Informationen stellt für die Bewohner*innen ein Gesundheitsrisiko dar. „Es ist nicht möglich, das Recht auf Information vom Recht auf Gesundheit und dem Recht auf Abhilfe zu trennen“, stellt der Sonderberichterstatter für toxische Substanzen der Vereinten Nationen, Baskut Tuncak, bei seinem Besuch in Mexiko im Mai 2018 fest.²¹



Abbildung 11: Zahlreiche Kinder leiden wie dieser Junge an Hautkrankheiten. Foto: María Fernanda Wrey (PODER)



Abbildung 12: Die betroffenen Gemeinden organisieren sich, um ihre Rechte einzufordern. Foto: Empower

Die Bewohner*innen kritisieren auch, dass sie sich nicht an den Entscheidungen und der Arbeit der Treuhandschaft beteiligen können. Für sie ist es grotesk, dass die Treuhandschaft, die die Opfer entschädigen soll, die betroffenen Menschen weder formal an den Entscheidungen beteiligt, noch sich von ihnen kontrollieren lässt. Als besonders respektlos empfanden die Opfer die Schließung der Treuhandschaft: Sie stellte ihre Arbeit im Februar 2017 ein, ohne die Opfer zu informieren; sie erfuhren erst sechs Monate später aus einem journalistischen Bericht davon. Ihrer Meinung nach war die Entschädigungsarbeit bei weitem nicht abgeschlossen.

Die Tochterunternehmen von Grupo México führen die Politik der Intransparenz auch in Bezug auf die Expansion der Mine und den Ausbau der Anlagen fort. Besonders die Pläne des Unternehmens, ein neues Becken für giftige Bergbaurückstände einzurichten, bereitet den Menschen Angst. María Elena aus Bacanuchi dazu im Interview:

Wir haben Angst wegen des neuen Damms, den das Unternehmen gerade baut.

Die Mine beachtet uns nicht. Sie sagt uns nicht, was sie machen wird. Wir haben Angst wegen des neuen Damms, den das Unternehmen gerade baut. Er ist riesig und wenn es ein Problem damit gibt, würde das das Dorf dem Erdboden gleichmachen. Das wäre ein lebenslanger Schaden, weil wir nur einige Kilometer entfernt sind. Für uns ist es wichtig, an Treffen mit anderen Gemeinden teilzunehmen und uns zu organisieren, um darauf aufmerksam zu machen, dass das, was das Unternehmen macht, Auswirkungen für uns alle hat.

Konflikt und Widerstand

Der Konflikt zwischen den betroffenen Gemeinden auf der einen Seite sowie dem Unternehmen und der Zentralregierung auf der anderen Seite bezieht sich vor allem auf die Entschädigung der Bevölkerung und die Sanierung der Schäden.

Aufgrund des öffentlichen Drucks zwang die Bundesregierung Grupo México, eine Treuhandschaft für die Entschädigung der Bevölkerung einzurichten. Das Unternehmen zahlte ca. 2 Milliarden mexikanische Pesos in die Treuhandschaft ein, die vor allem für individuelle Entschädigungszahlungen verwendet wurden. Viele Familien beklagen sich darüber, dass die individuellen Entschädigungszahlungen zu niedrig waren, um die materiellen Verluste, die ihnen in der Folge des Dammbbruchs entstanden, zu kompensieren.²²

Die Komitees vom Sonora-Fluss kritisierten darüber hinaus, dass die Arbeit der Treuhandschaft eingestellt wurde, ohne dass zentrale kollektive Entschädigungsmaßnahmen umgesetzt wurden. Sie fordern Grupo México auf, vor allem folgende Maßnahmen umzusetzen, die die Tochtergesellschaften von Grupo México und die Treuhandschaft der Bevölkerung versprochen hatten:

- Ein Zentrum zur Überwachung der Krankheiten und Umweltschäden soll eingerichtet werden.
- 36 Wasseraufbereitungsanlagen sollen installiert werden, um die Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser zu versorgen.
- 63 Trinkwasserbrunnen sollen gebaut und instand gehalten werden.

Mit dem Bau des Gesundheitszentrums hat das Unternehmen zwar begonnen, nach einiger Zeit die Arbeiten aber eingestellt. Aktuell wird das Gebäude nicht genutzt. Von den 36 versprochenen Wasseraufbereitungsanlagen hat die Treuhandschaft lediglich eine zur Verfügung gestellt.

Da das Unternehmen zentrale Abhilfe- und Entschädigungsmaßnahmen nicht umgesetzt hat, verletzt es weiterhin grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf Gesundheit. Für die betroffenen Gemeinden wiegt die unterlassene Abhilfe besonders schwer, da es starke Hinweise gibt, dass die Treuhandschaft Gelder zweckentfremdet hat. Die Treuhandschaft beauftragte Tochtergesellschaft

ten von Grupo México, um die Menschen nach der Katastrophe mit Wasser zu versorgen.²³ Außerdem verwendete die Treuhandschaft fast 1,8 Millionen US-Dollar für eine Marketing-Kampagne über die Entschädigungsarbeit. Die Summe ist in etwa viermal so hoch wie die Gesamtsumme der individuellen Zahlungen an die erkrankten Menschen. Unter anderem wurden mit dem Geld Spots produziert, die das Engagement des Unternehmens bei den Entschädigungsarbeiten zeigten. Die Spots wurden in Kinos des Unternehmens Cinemex gezeigt, das Germán Larrera, dem Geschäftsführer von Grupo México, gehört.

Die betroffenen Bewohner*innen der sieben Dörfer haben die Komitees vom Sonora-Fluss gegründet, um ihre Forderungen nach außen zu äußern und sich kollektiv für ihre Verwirklichung einzusetzen. Mario, ein Lehrer in Rente, beschreibt die Forderungen und die Motivation der Komitees:

„Wir fordern, dass das Unternehmen das Schlechte, was es uns angetan hat, zu 100 Prozent behebt. Das ist: sauberes Trinkwasser ohne Schwermetalle, Gesundheitsversorgung, was die Kliniken und die Wasseraufbereitungsanlagen beinhaltet. Die Sanierung der Umwelt, die auch betroffen ist: das Wasser, die Tiere, die Wasser vom Fluss trinken. (...) Als Erwachsene kämpfen wir für die Generationen, die nach uns kommen: für die Kinder, die jungen Leute, für die Mütter, die schwanger sind.“

Zunächst bezogen sich die Forderungen vor allem auf die Sanierung der Schäden und die Entschädigung der Bevölkerung. Seit einiger Zeit verfolgen die Komitees aber auch das Ziel, zukünftige Katastrophen zu verhindern. Sie kämpfen gegen den Bau eines neuen Beckens in der Mine Buena Vista del Cobre, das mit giftigem Bergbauschlamm befüllt werden soll. Die Bewohner*innen befürchten, dass sich eine zweite Katastrophe ereignen und die Dörfer endgültig unbewohnbar machen könnte. „Wir werden nicht

Abbildung 13: Der Abbau von Mineralien hat häufig gravierende Auswirkungen für Mensch und Natur.



erlauben, dass das Bergbauunternehmen unserem Leben ein Ende setzt oder unsere Heimat zerstört“, ist für Alejandra aus Bacanuchi klar.

Die Komitees kämpfen für diese Ziele vor allem, indem sie ihre Rechte gegenüber den staatlichen Institutionen und den Unternehmen vor Gericht einfordern. Dabei werden sie von der mexikanischen NGO PODER rechtlich beraten und vor Gericht vertreten. Im Oktober 2018 haben sie einen wichtigen Etappensieg vor dem Obersten Gerichtshof (Suprema Corte de la Justicia de la Nación) erkämpft. Das Gericht stellte im September 2018 fest, dass das Unternehmen Buena Vista del Cobre S.A. im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Beckens das Recht der Gemeinden auf informierte Teilhabe in Bezug auf Angelegenheiten, die ihr Recht auf eine saubere Umwelt betreffen könnten, verletzt hat. Es fordert die staatlichen Institutionen auf, die Sorgen und Vorschläge der Bevölkerung anzuhören und sie bei den Präventionsmaßnahmen zu berücksichtigen. Die Organisation PODER erwartete nun von den Institutionen, dass sie den Prozess nach den besten internationalen Standards ausrichten und den Bau des Beckens einstellen, wenn die Gemeinden das fordern.²⁴

Lieferbeziehungen von Thyssenkrupp und Aurubis

Molybdänerz für Thyssenkrupp

Die Thyssenkrupp-Tochtergesellschaften Thyssenkrupp Materials Trading GmbH und Thyssenkrupp Raw Materials GmbH erhielten laut Daten des Handelsdatenunternehmens Panjiva von Januar 2017 bis Juli 2018 fünfzehn Lieferungen Molybdänkonzentrat im Wert von 19.683.819 US-Dollar von dem Unternehmen Molymex S.A. mit Sitz in Mexiko. Die Handelsdaten von Panjiva sind nicht öffentlich, sondern nur für registrierte Nutzer*innen zugänglich. Der Konzern Grupo México beliefert Molymex mit Molybdänkonzentrat. Die Lieferungen erfolgen durch Tochterunternehmen, die Teil der undurchsichtigen Konzernstruktur von Grupo México sind. Das Betreiber-Unternehmen von Buena Vista del Cobre, OMIMSA

S. A., sowie das Betreiberunternehmen der Mine La Cananea, OMNSA S. A., sind einen Liefervertrag mit Molymex eingegangen, laut dem sie mindestens 80 Prozent der Molybdän-Produktion an Molymex liefern müssen.^{25, 26}

Die CIR informierte Thyssenkrupp über diese Erkenntnisse am 21. März 2018 und bat das Unternehmen um eine Stellungnahme. Das Unternehmen antwortete am 8. April. Wir geben die Stellungnahme im Folgenden gekürzt wieder:²⁷

„Nachhaltigkeit ist fest im Konzernleitbild und der Konzernstruktur verankert“, so Thyssenkrupp. Mit dem offiziellen Beitritt zum Global Compact der Vereinten Nationen (UNGC) im November 2011 habe das Unternehmen dieses Bekenntnis unterstrichen. Thyssenkrupp erwarte von seinen Lieferanten, dass sie die nationalen Gesetze und den Thyssenkrupp Supplier Code of Conduct, der Arbeitnehmer*innen- und Menschenrechte, Umweltschutz, Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit sowie das Verhalten im geschäftlichen Umgang beinhaltet, einhalten. Thyssenkrupp lässt dazu laut eigenen Angaben auf der Basis einer regelmäßigen Risikoanalyse Nachhaltigkeitsaudits von einem Prüfungsunternehmen bei ausgewählten Lieferanten durchführen. In den letzten fünf Jahren seien über 600 Audits durchgeführt worden.

Laut Thyssenkrupp beziehe Thyssenkrupp Materials Trading seit 2015 von dem chilenischen Unternehmen Molymet Molybdän. Molymet, das den Thyssenkrupp Supplier Code of Conduct unterschrieben habe, kaufe weltweit Molybdän ein und lasse das Erz von seiner Tochter Molymex S. A. in Mexiko aufbereiten. Im Jahr 2017 habe Thyssenkrupp Molymex umfassend auditieren lassen. „Das Auditergebnis war in allen Bereichen sehr gut“, so Thyssenkrupp.

Schließlich gibt Thyssenkrupp an, Erkenntnisse von Dritten natürlich zu berücksichtigen. Wenn die CIR belastbare Informationen zu Gesetzesverstößen bei den Lieferanten habe, so sei Thyssenkrupp dankbar, wenn die CIR sie dem Unternehmen zukommen lasse.

Deutsche Unternehmen und Grupo México

Die deutsche Wirtschaft steht nicht nur über die Lieferketten von Unternehmen wie Thyssenkrupp und Aurubis mit Grupo México bzw. des Bergbauprojekts Buena Vista del Cobre in Verbindung.

Siemens stellt für die Mine ein Strom- und Steuerungsnetz zur Verfügung. Unter dem zynischen Motto „Ein zuverlässiges Stromnetz kann Berge versetzen“ und mit Panoramafotos, die den offenen Tagebau fast schon als ein Naturwunder wie den Grand Canyon erscheinen lassen, preist das Unternehmen die Zusammenarbeit mit der Mine als Referenz an.

Die Deutsche Bank investiert über verschiedene Fonds ihrer Tochtergesellschaft Deutsche Asset Management (DWS) in das Bergbauunternehmen Grupo México (Stand Oktober 2018). Damit fließt das Geld von institutionellen und privaten Anleger*innen in die Bergbauprojekte des Konzerns.

Laut den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sind nicht nur Unternehmen, die Rohstoffe oder Produkte importieren, verpflichtet, sich für die Einhaltung der Menschenrechte in der Lieferkette einzusetzen. Alle Unternehmen müssen ihre Geschäftsbeziehungen auf menschenrechtliche Folgen und Risiken überprüfen. Dazu zählen also auch Banken wie die Deutsche Bank und Lieferanten von Steuerungstechnik wie Siemens.

Thyssenkrupp: Kommentar der CIR

Thyssenkrupp beruft sich zunächst darauf, Molybdän-erz aus Mexiko zu beziehen, aber kein Kupfererz. In der Mine Buena Vista del Cobre wird aber neben Kupfererz auch Molybdän-erz abgebaut. Es ist wahrscheinlich, dass dieses Erz zumindest teilweise an Thyssenkrupp geliefert wurde.

Außerdem hebt Thyssenkrupp hervor, dass Molymex Molybdän-erz weltweit beziehe. Weder die Tatsache, dass Thyssenkrupp das Erz nicht direkt aus der Mine bezieht, sondern über den Zwischenhändler Molymex, noch dass dieser aus vielen Minen Erze bezieht, entlässt Thyssenkrupp aus der Perspektive der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte aus der Verantwortung, seine Lieferanten auf menschenrechtliche Risiken zu untersuchen. Thyssenkrupp gibt zwar in der Stellungnahme an, die Lieferanten in einer Risikoanalyse zu prüfen. Ob das Unternehmen dabei auch auf die menschenrechtlichen Probleme in Sonora gestoßen ist, geht aus dem Schreiben aber nicht hervor. Es bleibt auch unklar, ob Thyssenkrupp Konsequenzen aus den Menschenrechtsverletzungen für die Kommunikation mit Molymex S.A. gezogen hat.

Schließlich betont Thyssenkrupp, dass es 2017 ein Audit bei Molymex durchführen ließ. Das Unternehmen geht aber weder auf den Gegenstand noch die Methodik der Kontrolle ein. Erst im Februar 2019 zeigte der Fall Brumadinho in Brasilien, dass kommerzielle Audits oft nicht einmal bei klar abgegrenzten, technischen Prüfgegenständen verlässliche Ergebnisse hervorbringen: TÜV Süd hatte einen Damm des Bergbaukonzerns Vale im Bundesstaat Minas Gerais im Jahr 2018 physische und hydraulische Sicherheit attestiert.²⁸ Am 25. Januar 2019 brach der Abraumdamm. Die giftige Bergbauschlamm-Lawine kostete über 200 Menschen das Leben. Dieser Fall macht deutlich, dass ein kommerzielles Audit keine eigene Risikoanalyse ersetzen kann. Audits können in zwar in öffentlich zugänglichen Risikoanalysen einfließen, dafür müssten aber sowohl die geprüften Kriterien als auch konkrete Ergebnisse transparent gemacht werden.

Insgesamt zeigen die Importe von Thyssenkrupp und der Umgang mit menschenrechtlichen Risiken, dass gerade große Konzerne mit komplexeren Lieferketten, in denen Händler zwischengeschaltet sind, durch ein Gesetz auf eine umfangreiche Risikoanalyse und auf Transparenz verpflichtet werden müssen.

Auf die Aufforderung von Thyssenkrupp, dem Unternehmen konkrete Informationen über Gesetzesverstöße bei Lieferanten zukommen zu lassen, kann hier nur entgegnet werden: Menschenrechtliche Sorgfalt im Sinne der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, bedeutet, angemessene Maßnahmen gegen Risiken und tatsächliche Menschenrechtsverletzungen in der gesamten Lieferkette zu ergreifen, nicht bloß in Bezug auf direkte Lieferanten.

Kupfererz für Aurubis

Die Aurubis AG hat von Juni 2016 bis Dezember 2018 laut Daten des Handelsdatenunternehmens Panjiva siebzehn Lieferungen Kupferkonzentrat von den Unternehmen Operadora de Minas de Nacozari S.A. (OMNSA)

und Operadora de Minas e Instalaciones Mineras S.A. (OMIMSA) im Wert 228.616.351 US-Dollar (14.03.2019 ca. 202.261.000 Euro) bezogen. Beide Unternehmen sind Tochtergesellschaften des Konzerns Grupo México und vertreiben mit hoher Wahrscheinlichkeit Kupfererz aus der größten Kupfermine Mexikos Buena Vista del Cobre.²⁹ Die Lieferungen der beiden Tochterunternehmen stellten im Zeitraum zwischen September 2016 und September 2018 ca. 9 Prozent der Kupfererz-Exporte der Tochterunternehmen von Grupo México nach monetärem Wert dar.

Die CIR informierte Aurubis am 21. März 2019 über die Recherchen zu den Menschenrechtsverletzungen. Das Unternehmen schickte am 23. April 2019 seine Stellungnahme. Im Folgenden wird die Stellungnahme des Unternehmens gekürzt wiedergegeben:³⁰

Stellungnahme von Aurubis

Als Akteur im weltweiten Kupfergeschäft sieht Aurubis die Aufgabe, Umwelt- und Sozialstandards in der Lieferkette zu stärken.

Aurubis gibt an, aus Vertrags- und Wettbewerbsgründen keine Stellung zu den Recherchen in Bezug auf konkrete Lieferbeziehungen nehmen zu können. Das Unternehmen legt aber offen, aus welchen Ländern es welche Mengen an Kupferkonzentrat bezieht. In Bezug auf Mexiko verweist Aurubis auf die geringe importierte Menge: Im Geschäftsjahr machten die Importe laut eigenen Angaben nur drei Prozent der Bezugsmenge aus. Diese Menge mache auch nur rund drei Prozent der in Mexiko produzierten Mengen an Kupferkonzentrat aus. Aurubis zieht daraus den Schluss: „Unser Einflussbereich ist begrenzt; die Verantwortung kann in erster Linie nur in den Händen des jeweiligen Staates und der Minenunternehmen vor Ort liegen.“

Aurubis sei sich aber dennoch bewusst, „dass wir Verantwortung übernehmen können und müssen“. Laut Aurubis überprüfen die Rohstoffeinkäufer die Minen auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards, in dem sie in ständigem Kontakt zu den Lieferanten stehen. Außerdem besichtige Aurubis die Minen, in Mexiko zuletzt 2018, bei denen auch die genannten Kriterien untersucht werden. Zum anderen wende Aurubis ein Business Partner Screening an, mit dem die Lieferanten unter anderem auf soziale und ökologische Kriterien untersucht werden. Im Mittelpunkt stehen hier laut Aurubis Themenbereiche wie Compliance, Korruption, Menschenrechtsverletzungen und Umweltaspekte. Bei Verdacht auf Verstöße werden „die bestehenden Missstände (...) angesprochen und entsprechende Abhilfemaßnahmen gefordert“.

Abschließend betont Aurubis, dass eine verantwortungsvolle Rohstoffgewinnung nicht im deutschen Alleingang erreicht werden könne. Die Politik müsse für international gleiche Bedingungen sorgen. Der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) könne nur ein Baustein sein. Aurubis habe sich an der Entwicklung des NAP eingebracht und werde auch den Monitoring-Prozess unterstützen.

Aurubis: Kommentar der CIR

Die Stellungnahme von Aurubis verdeutlicht zwei grundsätzliche Probleme mit freiwilliger Unternehmensverantwortung.

Erstens verweist Aurubis auf den geringen Einfluss, den das Unternehmen auf die menschenrechtliche Situation bei der Produktion habe, da es nur eine geringe Menge aus Mexiko beziehe. Aurubis verweist vor allem auf die Verantwortung der Regierungen und der Unternehmen in den Produktionsländern. In Kapitel 2 wurde aber gezeigt, dass verschiedene Akteure wie Regierungen, Bergbauunternehmen und importierende Unternehmen ein Interesse am extraktiven Wirtschaftsmodell im Globalen Süden haben. Sicher ist: Ohne die Nachfrage von Unternehmen wie Aurubis ist Extraktivismus nicht denkbar. Die Unternehmen haben also einen Einfluss auf die Produktionsbedingungen. Sie sollten deshalb gesetzlich darauf verpflichtet werden, ihre Einflussmöglichkeiten soweit wie möglich zu nutzen.

Mit ca. 9 Prozent des monetären Werts der Kupfererzexporte der Tochterunternehmen von Grupo México von September 2016 bis September 2018 ist der Wert ausreichend groß, um die Einhaltung der Menschenrechte anzumahnen. Grundsätzlich erscheint es widersprüchlich, dass Aurubis einerseits angibt, sich der menschenrechtlichen Verantwortung zu stellen wollen, bei konkreten Fällen aber auf den zu geringen Einfluss zu verweisen.

Zweitens zeigt die Stellungnahme von Aurubis, dass das Unternehmen zwar Maßnahmen zur Lieferkettenkontrolle wie ein Screening der Lieferanten und Besuche in den Minen anwendet. Die Erkenntnisse und Konsequenzen, die Aurubis aus den Prüfungen zieht, sind aber nicht öffentlich zugänglich. Hatte Aurubis Kenntnis von Menschenrechtsverletzungen durch Grupo México? Hat es Abhilfemaßnahmen eingefordert? Waren diese Forderungen erfolgreich? Falls nein, was sind die Konsequenzen für die Lieferbeziehungen? All diese Fragen in Bezug auf den konkreten Fall bleiben in der Stellungnahme offen. Sorgfaltsmaßen sind kein Selbstzweck. Sie müssen dazu dienen, Risiken zu identifizieren und wirksame Maßnahmen zur Behebung anzustoßen. Um sicherzustellen, dass Unternehmen das tatsächlich machen, müssen sie gesetzlich verpflichtet werden, öffentlich über ihre Sorgfaltsmaßnahmen zu berichten. Ohne diese Transparenz kann Unternehmensverantwortung nicht wirksam sein.

- 1 BGR (2018): Rohstoffsituation Deutschland 2017, S. 46: https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/rohsit-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- 2 Vgl. Züger, Pascal: Diese Metalle profitieren vom Elektrotrend. 03.08.2017: <https://www.cash.ch/news/top-news/rohstoffe-diese-metalle-profitieren-vom-elektroauto-trend-1090550>.
- 3 Vgl. BGR (2018), S. 46.
- 4 Vgl. BGR (2018), S. 46.
- 5 Die Importdaten wurden bei Destatis Genesis (www.genesis.destatis.de) am 30.04.2019 abgerufen. Folgende Kategorie wurde abgerufen: WA26030000 Kupfererze und ihre Konzentrate.
- 6 Vgl. Aurubis: Aurubis mit gutem Ergebnis auf Kurs: <https://www.aurubis.com/de/public-relations/pressemitteilungen-news/news/2017/15.05.2017---aurubis-mit-gutem-ergebnis-auf-kurs>.
- 7 Vgl. Servicio Geológico Mexicano (2016): Anuario estadístico de la minería mexicana 2015, S. 5.
- 8 Outlet minero: Buena Vista del Cobre es la séptima mina más grande del mundo, 11.08.2017: <http://outletminero.org/buonavista-del-cobre-es-la-septima-mina-de-cobre-del-mundo/>.

- 9 Empower: Interview mit Guillermina aus Ures, Oktober 2018.
- 10 Vgl. Micarelli, Giovanna (2018): „Soberanía alimentaria y otras soberanías: el valor de los bienes comunes“, *Revista Colombiana de Antropología* Juli –Dezember 2018, S. 130.: <https://revistas.icanh.gov.co/index.php/rca/article/view/464>.
- 11 Immer wieder berichten Anwohner*innen von großen Minen, beobachtet zu haben, wie die Betreiberunternehmen die Rückhaltebecken von Zeit zu Zeit teilweise entleeren und die Abfälle in Flüsse schütten. (Empower: Interview mit Martina Aguirre, Mai 2019)
- 12 Vgl. Cohen, Miriam Alfie (2015): *Conflictos socio-ambientales: la minería en Wirikuta y Cananea*, Cotidiano 191, S. 105-106 (97-108): <http://www.elcotidianoenlinea.com.mx/pdf/19111.pdf>.
- 13 Vgl. UNAM (2016): *Diagnóstico ambiental en la cuenca del Río de Sonora afectada por el derrame del represo "TINAJAS 1" de la mina Buena Vista del Cobre*, Cananea, Sonora, S. 52.
- 14 Gallegos Zorayada: "Los afectados por el derrame de ácido en el río Sonora demandan al Gobierno mexicano", *El País*, 03.08.2017: https://elpais.com/internacional/2017/08/03/mexico/1501712046_113059.html.
- 15 Empower: Interview mit dem Journalisten Guillermo Noriega am 05.12.2018.
- 16 Vgl. Laboratorio Nacional de Geoquímica y Minerología, UNAM (2016): *Diagnóstico ambiental en la cuenca del Río Sonora afectada por el derrame del represo "TINAJAS 1" de la mina Buena Vista del Cobre*, S. 4: <http://www.fideicomisariosonora.gob.mx/docs/Estudios%20y%20Proyectos/INFORME%20FINANCIAMIENTO%20UNAM.pdf>.
- 17 Empower: Interview mit Maribel, Mai 2019.
- 18 Empower: Interview mit Dr. Antonio Romo, 14.11.2018.
- 19 Lamberti, Julieta (2018): *Análisis del Fideicomiso Río Sonora. Simulando la remediación privada en un Estado capturado*, S. 13.
- 20 Die Nichtregierungsorganisation PODER unterstützt die betroffenen Gemeinden in ihrem Kampf für eine Wiedergutmachung der Schäden und gegen die Expansion der Mine.
- 21 PODER: Grupo México tiene derecho a la impunidad: <https://www.projectpoder.org/es/2018/05/grupo-mexico-has-the-right-to-impunity-in-the-case-of-rio-sonora-says-baskut-tuncak-united-nations-special-rapporteur-on-toxic-substances/>.
- 22 Gallegos, Zorayda: "A dos años de un derrame tóxico en México, los afectados acusan desatención", *El País*, 07.08.2016: https://elpais.com/internacional/2016/08/07/mexico/1470529050_064928.html.
- 23 Expansión política: Organizaciones acusan irregularidades en el río Sonora, 10.05.2018: <https://adnpolitico.com/mexico/2018/05/10/organizaciones-acusan-irregularidades-en-el-fideicomiso-rio-sonora>.
- 24 Vgl. PODER: „Por primera vez en México se reconoce participación de comunidades no-indígenas en temas medioambientales“, 04.10.2018: <https://www.projectpoder.org/es/2018/10/por-primera-vez-en-mexico-se-reconoce-participacion/>
- 25 Vgl. Grupo México: Informe Anual 2016, S. 36: [http://www.gmexico.com/site/images/documentos/Informe%20Anual%20GM%202016%20\(Abr%202017\).pdf](http://www.gmexico.com/site/images/documentos/Informe%20Anual%20GM%202016%20(Abr%202017).pdf).
- 26 Nach Empower vorliegenden Informationen vertreiben beide Tochterunternehmen potentiell Molybdänerz aus allen Bergbauprojekten von Grupo México. Das an Thyssenkrupp gelieferte Konzentrat stammt also nicht nur, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit auch aus der Mine Buena Vista del Cobre.
- 27 Die komplette Stellungnahme des Unternehmens ist hier abrufbar: https://www.ci-romero.de/wp-content/uploads/2019/09/Stellungnahmen_Thyssenkrupp_Aurubis.pdf
- 28 Spiegel online: Tödliche Schlammlawine in Brasilien, 23.02.2019: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/brasilien-tuev-sued-mitarbeiter-sollen-dutzende-daemme-zertifiziert-haben-a-1254815.html>.
- 29 Nach der Organisation Empower vorliegenden Informationen kann das von den beiden Tochterunternehmen exportierte Kupfererzkonzentrat potentiell aus allen Bergbauprojekten von Grupo México stammen. Es ist aber äußerst wahrscheinlich, dass das Erz zumindest teilweise aus dem größten Kupferbergbauprojekt Buena Vista del Cobre stammt. OMIMSA stellt das Konzentrat zudem auf dem Gelände der Buena-Vista-Mine her.
- 30 Die komplette Stellungnahme des Unternehmens ist hier abrufbar: https://www.ci-romero.de/wp-content/uploads/2019/09/Stellungnahmen_Thyssenkrupp_Aurubis.pdf

Palmöl aus Guatemala: Menschen- und Umweltrechtsverletzungen für den Klimaschutz

Bedeutung des Massenrohstoffs und Wege nach Deutschland

Palmöl als Alltagsprodukt

Die imperiale Lebensweise durchdringt unseren Konsum und damit unseren Alltag auf vielen Ebenen. Viele Produkte, für die andernorts Menschen- und Umweltrechte verletzt werden, finden sich in unseren Waren des alltäglichen Gebrauchs wieder, ohne dass wir das wissen. Palmöl stellt hierfür ein eindrückliches Beispiel dar. Es ist Bestandteil zahlreicher Produkte, in denen es viele Verbraucher*innen wohl nicht vermuten würden. Zudem „versteckt“ sich Palmöl häufig in den Produktinformationen hinter anderen Begriffen. So werden auf der Seite www.umweltblick.de 141 verschiedene Inhaltsstoffe aus Haushaltsprodukten, Reinigungsmitteln und Kosmetika aufgelistet, die auch aus Palmöl hergestellt werden können, wie Sodium Lauryl Sulfoacetate oder Cetyl Palmitate.¹ Das macht es selbst für Verbraucher*innen schwierig, die sehr genau auf die Inhaltsstoffe von Waren achten wollen.

In Deutschland wird fast die Hälfte des Palmöls für Biokraftstoffe sowie die Erzeugung von Wärme und Strom verwendet.

Von den 1.244.160 Tonnen Palm- bzw. Palmkernöl, die im Jahr 2017 nach Deutschland importiert und hier verarbeitet wurden, flossen laut Meo Carbon Solutions, einer Unternehmensberatung im Bereich Nachhaltigkeit und regenerative Energien, fast die Hälfte (46,7 Prozent) in die energetische Nutzung, wurden also für Biokraftstoffe sowie die Erzeugung von Wärme und Strom verwendet.² Der Einsatz von Biomasse ist Teil der Energiewende und somit auch des Klimaschutzstrategie der Bundesregierung.³ Neben der energetischen Nutzung werden Palm- und Palmkernöl vor allem in Le-

bensmitteln verwendet. Etwa 22,2 Prozent werden für Waren wie Margarinen und Brotaufstriche, Backwaren, Süßwaren oder Convenience-Produkte wie Tiefkühlpizzen verwendet. Jeweils circa ein Zehntel wird zudem für Futtermittel (11,9 Prozent; sowohl für Nutz- als auch für Haustiere) sowie im Bereich Chemie/Pharmazie genutzt (10,7 Prozent). Die restlichen etwa 8,3 Prozent werden für Wasch-, Pflege- und Reinigungsmittel und Kosmetikprodukte verwendet. Diese vielseitigen Einsatzmöglichkeiten sind neben dem niedrigen Preis weitere Gründe für die hohe und weltweit steigende Nachfrage nach Palmöl bzw. Palmkernöl (siehe Abbildung 14).⁴

Extraktivismus: Palmölexporte aus Guatemala nach Deutschland

Etwa 1.637.600 Tonnen Palm- bzw. Palmkernöl wurden im Jahr 2017 von Deutschland direkt sowie weitere 772.516 indirekt, also über End- und Zwischenprodukte importiert.⁵ Direkt exportiert wurden davon wiederum 396.700 Tonnen, während weitere 769.256 Tonnen durch End- und Zwischenprodukte ins Ausland gingen. Die Ölpalme wächst in Äquatornähe, weshalb Palmöl aus den Ländern des Südens stammt. Indirekt wird es vor allem über die Niederlande eingeführt, die in den Statistiken als größtes Lieferland für Deutschland geführt werden. Lässt man Länder, über die indirekt importiert wird, außen vor, so gehören neben den größten Produzentenländern Indonesien und Malaysia auch die mittelamerikanischen Länder Honduras und Guatemala zu den wichtigsten Lieferländern Deutschlands (siehe Abbildung 15).

Abbildung 14: Der Flächenverbrauch für die Palmölproduktion ist in den letzten 16 Jahren um mehr 150 Prozent gestiegen.



Abbildung 15: Wichtige Im- und Exporteure von Palmöl

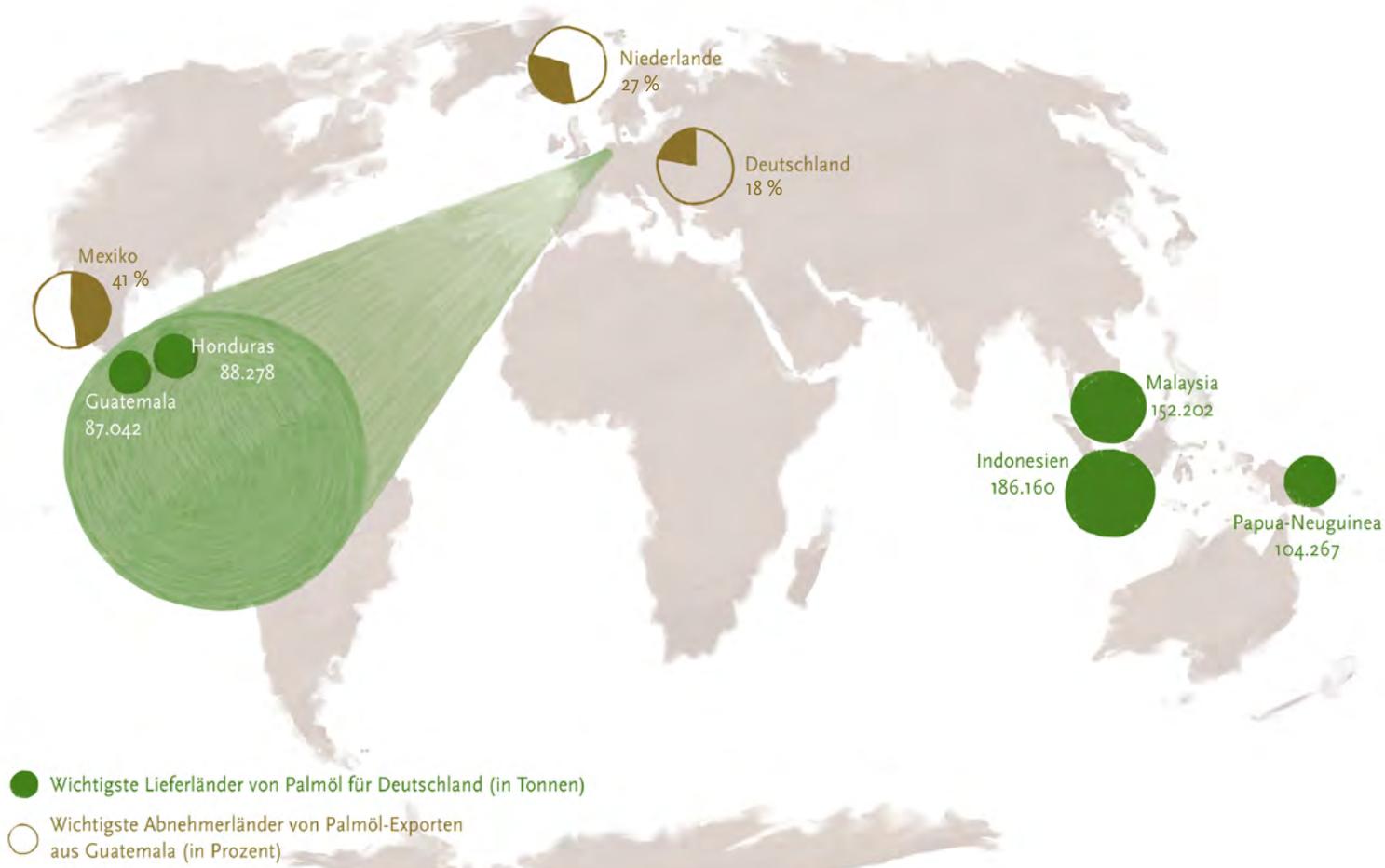
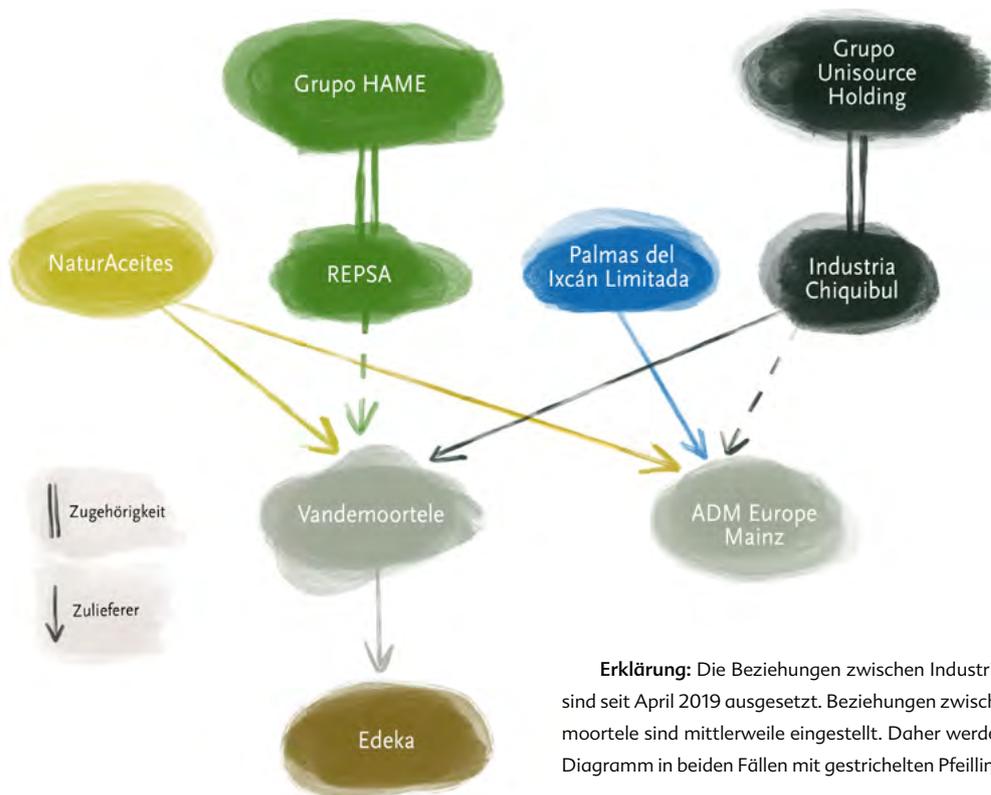


Abbildung 16: Die in der Studie behandelten Palmölproduzenten sind Zulieferer verschiedener deutscher Unternehmen





Der Palmölsektor in Guatemala ...

Etwa seit den 1990er-Jahren wird Palmöl in Guatemala angebaut.⁶ Mittlerweile arbeiten insgesamt 16 Unternehmen in Guatemala an der Kultivierung der Ölpalmen bzw. der Extraktion des Palmöls. Zu diesen Unternehmen gehören REPSA, Naturaceites, Industrias Chiquibul (Alta Verapaz und Petén) und Palmas de Ixcán, die in dieser Studie genauer unter die Lupe genommen werden. Sie alle haben oder hatten in jüngster Vergangenheit Lieferbeziehungen mit deutschen Unternehmen.

Das Unternehmen Reforestadora de Palma de Peten (REPSA) ist Teil der Grupo Hame und gehört damit der Familie Molina, zu deren Besitz im Jahr 2016 mindestens 46.000 Hektar oder 30 Prozent der Anbaufläche von Ölpalmen gehörten. Die Fläche von REPSA liegt in Sayaxché, Petén. Nach verschiedenen Skandalen (siehe dazu auch Seite 28) haben Unternehmen wie Cargill, Wilmar und Nestlé entschieden, die geschäftlichen Beziehungen mit REPSA auszusetzen.⁷

Naturaceites, das der Familie Maegli-Müeller gehört, besitzt nach eigenen Angaben Plantagen in Alta Verapaz (Fray Bartolomé de las Casas), Izabal (El Estor) und Petén (San Luis). Andere Quellen führen darüber hinaus Plantagen in Panzós, Raxuhá und Chahal (ebenfalls Alta Verapaz) sowie in Livingston (ebenfalls Izabal) an.⁸ Zudem verfügt das Unternehmen über drei Ölmühlen (in Fray Bartolomé de las Casas, El Estor, Panzós) sowie eine Raffinerie.

Industrias Chiquibul gehört zur transnationalen Unisource Holding. Neben der Produktion und Verarbeitung von Palmöl handelt die Unternehmensgruppe unter anderem auch mit Kaffee und Zucker. Die Palmölplantagen befinden sich in Chisec und Raxuhá (Departamento Alta Verapaz) sowie in Sayaxché (Petén). Zudem verfügt das Unternehmen über eine Ölmühle.

Palmas de Ixcán verfügt über Plantagen in Ixcán (Departamento Quiché), Chisec (Alta Verapaz) und Sayaxché (Petén) sowie über eine Ölmühle in Chisec.

... und Lieferbeziehungen nach Deutschland

Zu den Abnehmern der genannten guatemalteckischen Unternehmen gehören oder gehörten in Deutschland unter anderem die ADM Mainz GmbH und Vandemoortele, das seinerseits wiederum zu den Zulieferern von Edeka gehört (siehe Abbildung 16). Die Unternehmen sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden:

Die **ADM Mainz GmbH** ist Teil der Archer Daniels Midland Company, die ihren Sitz in Chicago, USA, hat. Die Archer Daniels Midland Company gehört neben Bunge, Cargill und Louis Dreyfus zu den vier großen Konzernen, die den Handel mit den wich-

tigsten Agrarrohstoffen (u. a. Sojabohnen, Mais, Palmöl und Zucker) beherrschen und einen Umsatz von etwa 350 Milliarden US-Dollar erzielen.^{9,10}

Neben dem Handel mit Agrarrohstoffen übernimmt ADM auch immer mehr Verarbeitungsschritte, beispielsweise von Ölsaaten zu Agrodiesel und Tierfutter.^{11,12} In der Verarbeitungsanlage in Mainz, in der im Jahr 2016 132 Mitarbeiter*innen beschäftigt waren, werden Sojabohnen, Rüb- und Palmöl unter anderem zu Biodiesel und Öl verarbeitet.¹³ Die ADM Mainz GmbH bezieht laut eigenen Angaben das Palmöl von Ölraffinerien aus Europa, wobei der Rohstoff unter anderem von Ölmühlen in Guatemala und Honduras stammt. In Guatemala oder zählten die Unternehmen REPSA (das zur Grupo Olmeca gehört), Naturaceites, Palmas del Ixcán und Industria Chiquibul (Grupo Unisource Holding) zu den Zulieferern.

Die **Vandemoortele Deutschland GmbH** mit Sitz in Herford gehört zur belgischen Vandemoortele Gruppe. Das Unternehmen produziert neben Margarinen, Fetten und Ölen zum Braten bzw. Kochen auch Tiefkühl-Backwaren wie Brötchen, Croissants, Donuts oder Kuchen. Abnehmer dieser Produkte sind neben dem Außer-Haus-Markt (bspw. Catering) und dem Bäckereifachhandwerk auch der Lebensmitteleinzelhandel. Dabei produziert das Unternehmen nicht nur Markenprodukte, sondern fungiert auch als Hersteller für die Eigenmarken von Supermärkten.¹⁴ So hat die Edeka beispielsweise palmöhlhaltigen Käsekuchen sowie Mini-Donuts im Sortiment, die von Vandemoortele hergestellt werden.^{15,16}

Vandemoortele bezog im Jahr 2018 unter anderem Palmöl von 17 Ölmühlen in Guatemala, die zusammen 14 Prozent des Palmöls produzieren, das Vandemoortele bezieht. In Guatemala zählen oder zählten unter anderem REPSA, Industria Chiquibul und Naturaceites zu den Zulieferern von Vandemoortele. Das Unternehmen zählt etwa 100 Mitarbeiter*innen.

Nach der Übernahme der deutschen Spar-Märkte und des Netto Marken-Discounts ist Edeka seit Anfang 2006 der größte deutsche Lebensmitteleinzelhändler. Mit über 11.000 Filialen hat die Gruppe die größte Marktdichte in Deutschland. Der Edeka-Verband zählt außerdem mit insgesamt über 350.000 Mitarbeiter*innen zu den größten Arbeitgebern. Die Basis der Edeka bilden die in sieben regionalen Genossenschaften zusammengeschlossenen 4.000 selbstständigen Edeka-Kaufleute. Die Regionalgesellschaften beliefern die Edeka-Einzelhändler sowie die Regiemärkte in der Region. Die Zentrale in Hamburg bündelt das nationale Warengeschäft einschließlich der Eigenmarken, der Steuerung von Marketing und nationaler Werbung.

Auswirkungen der Rohstoffproduktion

Ergebnisse der Studie: Konflikt und Widerstand

Die nun folgende Studie wurde von der Christlichen Initiative Romero bei der guatemaltekischen Partnerorganisation Madreselva in Auftrag gegeben und von Simona Yagenova sowie Geisselle Vanessa Sánchez Monge durchgeführt.¹⁷ Während der Untersuchung wurden unter anderem Arbeiter*innen von Palmölplantagen, Mitglieder von betroffenen Gemeinden, ein Anwalt sowie Vertreter*innen von Bauernvereinigungen interviewt. Die Interviews fanden in den Munizipien Sayaxché (Departamento El Petén), Chisec und Raxruhá (Alta Verapaz) sowie in El Estor (Izabal) statt. Charakteristisch für diese Munizipien ist der hohe Anteil von Bewohner*innen aus indigenen Gemeinden. So handelt es sich in Sayaxché bei über 70 Prozent der Bewohner*innen um Indigene, die hauptsächlich zur Gemeinde der Q'eqchi gehören. In Chisec und Raxruhá sind über 90 bzw. 82 Prozent der Bewohner*innen ebenfalls den Q'eqchi zuzurechnen. In El Estor wurden die Interviews mit Bewohner*innen der Q'eqchi-Gemeinden San Pablo I und Semococh geführt. Ergänzt wurden die Ergebnisse der Interviews durch eine Literaturstudie.

Seit dem Beginn in den 1990er-Jahren hat der Anbau von Palmöl in Guatemala nach und nach andere wirtschaftliche Bereiche ersetzt, beispielsweise die Produktion von Baumwolle sowie die Viehzucht. Seit dem Jahr 2002 hat sich das Wachstum des Palmölsektors stark beschleunigt, was dazu führte, dass 2010 bereits auf einer Fläche von 93.000 Hektar Ölpalmen kultiviert wurden.¹⁸ Laut Gremial de Palmicultores de Guatemala (Grepalma) werden Ölpalmen inzwischen sogar auf einer Fläche von 165.510 Hektar angebaut, was etwa 2,2 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche Guatemalas entspricht. Die mittlerweile insgesamt 16 Unternehmen, die in Guatemala an der Kultivierung der Ölpalmen bzw. der

Extraktion des Palmöls arbeiten, deuten darauf hin, dass es sich um ein lukratives Geschäft handelt.

Die noch relativ junge Geschichte des Palmölanbaus in Guatemala ist geprägt von Konflikten zwischen Gemeinden und Arbeiter*innen auf der einen und den Unternehmen auf der anderen Seite. Immer wieder leisten die betroffenen Menschen und Gemeinden Widerstand gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur sowie die Verdrängung anderer Nutzungsformen, durch die die Unternehmen versuchen, ihre Profite zu maximieren. Konflikt und Widerstand sollen im Folgenden anhand verschiedener Konfliktlinien dargestellt werden.

Landraub – oder wie die Unternehmen an ihre Flächen kommen

Die zunehmende Expansion und der damit einhergehende Verdrängungsprozess führen immer wieder zu – teils langjährigen – Konflikten zwischen den Unternehmen sowie den Gemeinden. Häufig sind diese nicht bereit, ihren Boden an die Unternehmen abzugeben. Vor diesem Hintergrund versuchen die Unternehmen oft, den Widerstand der Gemeinden zu brechen und an die für ihre Expansion notwendigen Flächen zu kommen.¹⁹

1996 wurden der Gemeinde Sechaj, Raxruhá, Alta Verapaz, vom Nationalen Institut für Agrartransformation (INTA) etwa 4.287 Hektar Boden übertragen. Kurz nach der endgültigen Vergabe der Fläche an die Gemeinde begann der Versuch der Palmölunternehmen, sich das Land anzueignen. So wurde von einer Gruppe von Anwälten ein schrittweiser Prozess vorangetrieben, bei dem Verträge über die Schenkung von Land simuliert wurden. Dabei nutzten sie die Unwissenheit der ersten Besitzer*innen der Parzellen in Bezug auf ihre Rechte, um das Land für einen Bruchteil des realen Preises zu erwerben. Davon profitierte insbesondere das Unternehmen Industria Chiquibul, das heute die Flächen mit Ölpalmenplantagen besetzt, die die Gemeinde vollständig umgeben.

In Carolina, Chisec, Alta Verapaz hat sich das Unternehmen Industria Chiquibul auf illegale Weise von einem der Besitzer*innen 25 Manzanas – umgerechnet etwa 17,5 Hektar – gekauft, die eigentlich im Gemeindebesitz waren. Gemeindevertreter*innen haben daraufhin Beschwerde beim Secretaria de Asuntos Agrarios (Sekretariat für

Druck, illegaler Kauf, falsche Versprechungen – Palmölunternehmen wenden verschiedenen Strategien an, um an Land zu kommen.



Abbildung 17: Der monokulturelle Anbau von Ölpalmen findet in Guatemala im großen Maßstab statt. Foto: MadreSelva

Agrarangelegenheiten) eingelegt. In Raxruhá, ebenfalls Alta Verapaz, sieht sich das Unternehmen dem Widerstand einer Gruppe von 20 Familien gegenüber, die sich gegen den Verkauf ihrer Ländereien wehren. Sie werden deswegen von Industria Chiquibul unter Druck gesetzt, Zwischenhändler des Unternehmens versuchen immer wieder, die Familien dazu zu bringen, ihren Grundbesitz zu verkaufen. So forderte das Unternehmen in einem Fall von einem Produzenten die Zahlung von über 10.000 Euro (90.000 Quetzal), da es ihn für ein Feuer verantwortlich macht, das auf seinem Grundstück ausbrach und bis zum Gebiet des Unternehmens vorrückte, wofür dieser aber die Verantwortung von sich weist.

In San Pablo I haben die Mitglieder der Gemeinde angegeben, dass sich Naturaceites bereits vor 15 Jahren eine Fläche von knapp 90 Hektar angeeignet hat. Der daraus entstandene Konflikt hält bis heute an. Laut den Gemeindegliedern versucht das Unternehmen, die Gemeinde zu spalten, um sie davon abzuhalten, die Fläche wieder zurückzufordern. Auch in Semococh hat das Unternehmen laut Gemeindegliedern etwa 112 Hektar (2 caballerías y media) eines Gebietes besetzt, das nach Aussage der Gemeindegliedern ihnen gehört, was durch das Grundbuch (Registro de Información Catastral) bestätigt werde. Zudem wurde die Gemeinde durch die Palmölplantagen des Unternehmens geteilt. Ein Teil der Gemeinde lebt heute eingeschlossen von den Plantagen. Um die Gemeinde zu besuchen, muss eine Kontrollstelle des Unternehmens passiert werden.

Ein ähnlicher Konflikt ist in Raxruhá, Alta Verapaz, entstanden. Auch hier ist das Grundstück eines Anwohners, auf dem es auch eine Wasserquelle gibt, von Palmölplantagen des Unternehmens Chiquibul umgeben. Um auf seine Parzelle zu gelangen, muss er das Unternehmen um Erlaubnis bitten, das sich den Gemeindegeweg für seine privaten Zwecke angeeignet hat. Problematisch ist zudem, dass sich die Büffel, die für die Arbeit auf den Plantagen eingesetzt werden, frei bewegen können und dabei die Flächen der Familien zerstören, die noch Grundbesitz und hier Mais und Bohnen anbauen.

Auch falsche Versprechungen gehören zu den Strategien der Unternehmen, um an Land zu gelangen. Dies beschreibt ein Gemeindeglied aus Sechaj, Raxruhá, Alta Verapaz: „Die, die ihre Grundstücke verkauft haben, haben nichts mehr. Ihnen wurde Arbeit vom Unternehmen angeboten, aber das Unternehmen hat sich daran nicht gehalten und hier gibt es keine Arbeit.“

Auch haben die Palmölunternehmen dem Bericht an die Interamerikanische Menschenrechtskommission (Comisión Interamericana de Derechos Humanos, kurz CIDH) zufolge erkannt, dass es für sie sehr hilfreich ist, die Gemeindevertreter*innen auf ihrer Seite zu haben. So bieten die Unternehmen diesen beispielweise einen Arbeitsplatz beim Unternehmen oder soziale Projekte für die Gemeinden an.

Palmöl und das Recht auf Wasser sowie auf eine angemessene Ernährung

Im Jahr 2015 wurde der Fluss La Pasión durch das Unternehmen REPSA kontaminiert, indem eine Mischung

2015 wurde fast der gesamte Fischbestand des Fluss La Pasión ausgelöscht, weil REPSA Chemikalien und Abfälle in den Fluss geleitet hatte.

aus dem Insektizid Malathion und Abfällen in den Fluss gelangte. In der Folge wurden fast der gesamte Fischbestand und damit auch die Lebensgrundlage von

tausenden ansässigen Familien zerstört, die vom Fischfang leben und über anderthalb Jahre lang diesem nicht mehr nachgehen konnten. Kurz nachdem das Unternehmen wegen des Ökozids des Flusses angeklagt worden war, wurde der Menschenrechtsverteidiger Rigoberto Lima Choc, auf dessen Initiative die Klage beruhte, ermordet.²⁰ Bis heute ist das Strafverfahren gegen das Unternehmen nicht vorangeschritten, sodass auch eine Entschädigung der betroffenen Gemeinden und Familien noch aussteht.

Bei der Kontamination des La Pasión handelt es sich nicht um einen Einzelfall. So erklärt Rosa* aus Alta Verapaz:

Im Munizip Chisec hat man die Auswirkungen der Palmölplantagen stark gespürt aufgrund der Kontamination der Flüsse und der Zerstörung der Umwelt, vor allem durch Industria Chiquibul und Palmas de Ixcán, die über große Flächen verfügen. Die Kontamination durch den Einsatz von Insektiziden und Pestiziden sowie die Abfälle ist groß [...]. Die Auswirkungen der Kontamination hat man schon in den Flüssen Limón, Jute, Chiribiscal, Candelaria und Chixoy gespürt. Der Fluss El Jute wurde im Jahr 2013 vergiftet, der Fluss La Pasión 2015, der Fluss San Román 2017. [...] Wir haben das Abholzen von Bäumen und die Kontamination der Flüsse angeklagt, aber es ist nichts passiert. Es gibt keine Ergebnisse. Es werden immer die Gemeinden beschuldigt, nicht die Unternehmen.

Durch den intensiven Plantagenanbau wird der Zugang der Menschen zu den lokalen Wasserressourcen auch auf weitere Arten beeinträchtigt. Häufig leiten Unternehmen zur Versorgung der Plantagen die Flüsse um, die zusätzliche Entnahme für die Bewässerung der Plantagen führt zu Wassermangel. José Antonio* ist Besitzer einer Finca in Las Playitas, Chisec, Alta Verapaz, auf der er unter anderem Mais, Bohnen und Tomaten anbaut. Er beklagt die negativen Folgen der Geschäftstätigkeit von Palmas de Ixcán:

Vor neun Jahren haben die Probleme mit den Palmölunternehmen angefangen wegen der Auswirkungen, die die Tätigkeiten auf die Flüsse haben. Später haben sie einen Graben angelegt, der den Fluss umleitet [...] Es gab tausende tote Fische und Schildkröten. Es gab kein Wasser mehr und wir fingen an, uns zu beschweren. Das Umleiten des El Jute [von 2014 – 2016] hat alle in Las Playitas betroffen. [...] 2016 haben wir erreicht, dass sie den Fluss wieder zurücklenkten, obwohl sie ihn kontaminiert zurückgaben. Ich fordere Schadensersatz für die entstandenen Schäden.

* anonymisiert



Abbildung 18: José Antonio* zeigt die Auswirkungen der Palmölplantagen auf die Wasserressourcen, die auf seiner Finca gelegen sind. Foto: MadreSelva

Im Caserío Quimalá, im Municipio Chisec, hat das Unternehmen Industrias Chiquibul, das dort im Jahr 2012 seinen Betrieb aufnahm, durch einen Graben ebenfalls das Wasser eines Flusses – des Chixoy – auf seine Plantagen umgeleitet.

Eine Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik macht des Weiteren am Beispiel Indonesien darauf aufmerksam, dass sich durch den Anbau der Ölpalmen die lokalen Wasserkreisläufe verändern. Besonders problematisch ist die Wasserknappheit in den betroffenen Regionen, aufgrund des hohen Wasserbedarfs der Ölpflanze und dem damit einhergehenden Wasserverbrauch der Plantagen. So trocknen sowohl der Rio del Pato als auch die Brunnen in der Gemeinde Sayaxché durch die Aktivitäten der Palmölunternehmen aus, wie die Arbeiter*in eines Palmunternehmens bestätigt: „Es sind die Palmölunternehmen. [...] Wir, die bei dem Unternehmen arbeiten, sehen das ganze Wasser, dass sie sammeln und das an die Palmpflanzen geht. Das Wasser aus den Brunnen und den Flüssen wird von der Palmpflanze aufgesaugt [...] und alles trocknet aus.“ Eine Bewohner*in aus Santa Rosa, Petén, berichtet: „Die Brunnen trocknen in den meisten Gemeinden aus. [...] Als es keine Palmpflanzen gab, füllten sich die Brunnen, aber jetzt nicht mehr.“ Hinzu kommt, dass das verbliebene Wasser häufig nicht mehr klar, sondern gelb und verschmutzt ist.

Überschwemmungen führten 2018 im Municipio Chisec dazu, dass die gesamte Ernte einer Fläche von 90 Hektar verloren ging.

Auch in Semococh und San Pablo I, El Estor, spüren die Menschen den Wassermangel: Infolge der Tätigkeiten von Naturceites trocknet hier der Rio Machaquila aus,

was ein Fischsterben zur Folge hat. Die Frauen müssen zudem weitere Strecken zurücklegen, um ihre Wäsche zu waschen. Außerdem müssen sie auf Leitungswasser zurückgreifen, für das sie bezahlen müssen. Dies stellt eine zusätzliche Belastung für die Haushalte dar. Ähnliches berichten die Bewohner*innen aus Raxruhá, Alta Verapaz: Auch hier trocknen die Brunnen und Flüsse aus, die zum Waschen genutzt wurden. Das Wasser in den Brunnen ist zudem kontaminiert.

Ebenfalls im Zusammenhang mit den Plantagen kommt es immer häufiger zu Überschwemmungen. Sie werden unter anderem durch Entwässerungsgräben der Plantagen sowie die Degradation²¹ der Böden verursacht.²² Die Überschwemmungen verursachen Ernteaufälle bei vielen Nutzpflanzen, was die Versorgung der Familien mit Grundnahrungsmitteln gefährdet. Dies war beispielsweise im Januar 2018 der Fall, als die gesamte Ernte einer Fläche von 90 Hektar im Municipio Chisec verloren ging. Für die Menschen hatte dies gravierende Auswirkungen. Manche nehmen Kredite auf für den Anbau, die sie dann aufgrund des Ernteverlustes nicht zurückzahlen können. Betroffen waren die Gemeinden Mercedes I, Mercedes II, San Francisco Las Mercedes und Caserío Quimalá. Sie forderten von Industria Chiquibul, den Entwässerungsgräben zu schließen sowie Entschädigungszahlungen zu leisten. Das Unternehmen negiert allerdings die Verantwortung für die Vorfälle.

Die starke Expansion des Anbaus von Ölpalmen in den letzten Jahrzehnten hat zudem zu Konflikten mit anderen Formen der Flächennutzung geführt. So stellt ein 2015 verfasster Bericht an die Interamerikanische Menschenrechtskommission CIDH fest, dass durch den Anbau von Palmöl auf 23 Prozent der Fläche im nördlichen Querstreifen (Franja Transversal del Norte, FTN) die Kultivierung von Grundnahrungsmitteln verdrängt wurde. Zwischen 2005 und 2010 wurden dort über 50.000 Hektar (72.439 Manzanas) an neuen Palmölplantagen angelegt. Wenig überraschend hat dieser Verdrängungsprozess dem Bericht zufolge eine Lebensmittelknappheit in der Regi-



Abbildung 19: Kontaminiertes Wasser in Raxruhá, Alta Verapaz. Foto: MadreSelva

* anonymisiert

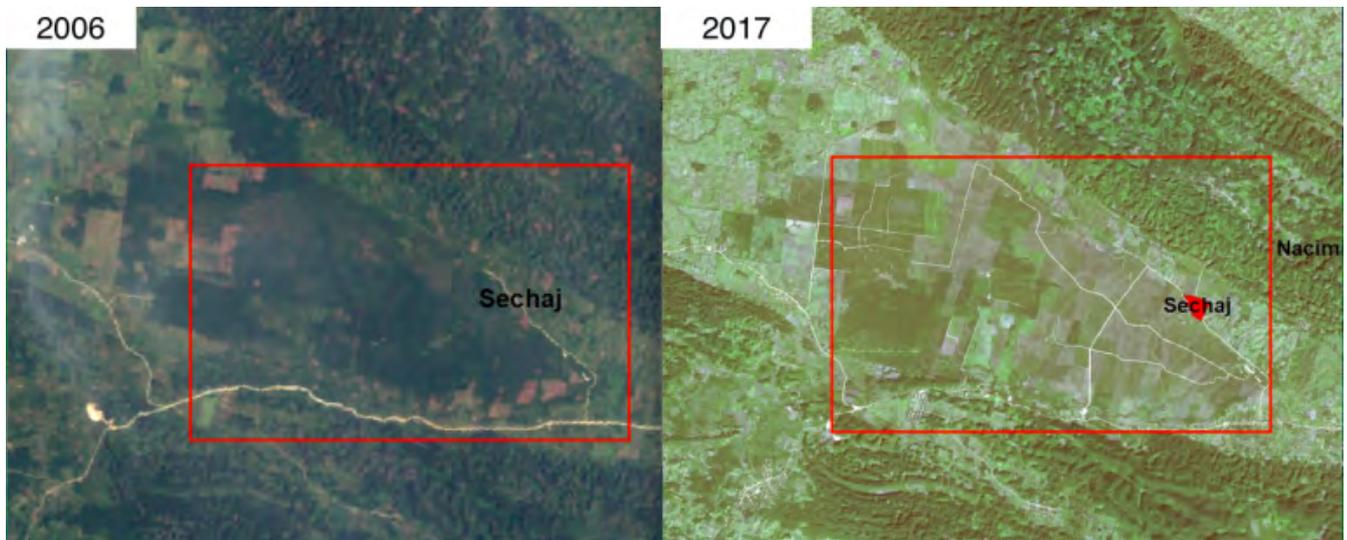


Abbildung 20: Vergleich von zwei Satellitenbildern von einem Gebiet, auf dem aktuell von Industria Chiquibul Ölpalmen kultiviert werden (2006 und 2017). Quelle: Centro de Estudios Conservacionistas (CECON)

on verursacht. Der Bericht legt zudem dar, dass auch in Sayaxché der Mangel an Boden und Lebensmitteln ein ernsthaftes Problem darstellt, das aus der Expansion der Palmölplantagen resultierte. Hier werden laut Grupo Hame, zu der auch das Unternehmen REPSA gehört, auf einer Fläche von etwa 56.000 Hektar Palmöl kultiviert.²³

Palmöl und das Menschenrecht auf Gesundheit

Die Palmölplantagen sowie die Ölmühlen beeinträchtigen die Gesundheit der Menschen aus den nahegelegenen Gemeinden. In der Gemeinde Chapayal, Petén liegt eine Plantage des Unternehmens REPSA. Hier haben die gesundheitlichen Beschwerden insbesondere bei Kindern zugenommen. Sie klagen über Kopfschmerzen, Hautkrankheiten und Durchfall. Darüber hinaus wird das Leben in der Gemeinde von den schlechten Gerüchen beeinträchtigt, die von den Plantagen und Anlagen ausgehen.

Ähnlich stellt sich die Situation der Menschen aus dem Munizip Chisec dar, wo die Tätigkeiten des Unternehmens Industria Chiquibul die Gesundheit der Menschen beeinflusst. Auch hier beeinträchtigen üble Gerüche, die die Extractora verbreitet, auch aufgrund ihrer gesundheitsschädlichen Wirkung das Leben. Die Bewohner*innen berichten zudem von großen Insekten, die Krankheiten sowohl durch Stiche verbreiten, als auch dadurch, dass sie sich auf das Essen setzen. Diese Probleme begannen in der Gemeinde, als die Ölmühle mit ihren Tätigkeiten begann.

In der Gemeinde Semococh, El Estor, Izabal, in deren Nähe das Unternehmen Naturaceites aktiv ist, treten bei Kindern häufig Hautkrankheiten auf, ebenso Stiche, Würmer und Ausschläge. Auch der Einsatz von Chemikalien auf den Plantagen beeinflusst das Leben in den Gemeinden negativ.²⁴ So müssen die Bewohner*innen dreimal jährlich, während des Einsatzes von Chemikalien gegen Schädlinge auf den Plantagen, in ihren Häusern bleiben. Dennoch klagen sie anschließend über Juckreiz und Ausschläge.

Umweltzerstörung verletzt Menschenrechte: Die Entwaldung der Gemeinden

Das Zentrum für Naturschutzstudien (Centro de Estu-

dios Conservacionistas) der Universität San Carlos hat durch die Analyse von Satellitenbildern festgestellt, dass zwischen 2006 und 2017 von 1670 km² Naturwäldern, die auch auf den Gebieten von Chisec, Raxruhá und Sayaché liegen, gut 10 Prozent (164 Quadratkilometer) abgeholzt und fast vollständig durch Palmölplantagen ersetzt wurden, die dem Unternehmen Chiquibul gehören. Das Gebiet erstreckt sich auch teilweise auf das Munizip Chisec. Mehrere Gemeinden, in denen die Naturwälder noch nicht vollständig abgeholzt wurden, befinden sich seit 2016 im Konflikt mit dem Unternehmen und wehren sich gegen die Abholzung von Gebieten, die bereits verkauft wurden.

Zu welchen Mitteln die Unternehmen teilweise greifen, um Palmölplantagen errichten zu können, zeigt das Beispiel der Comunidad Carolina, in Chisec, Alta Verapaz, wo das Land in Gemeindebesitz ist. 2012 hat das Unternehmen Industria Chiquibul einem Gemeindeglied auf illegale Weise Land abgekauft und begonnen, dort Ölpalmen zu kultivieren, was die Gemeinde ablehnte. 2017 haben bewaffnete Mitarbeiter*innen des Unternehmens das Gemeindereservat in der Region vollständig abgeholzt. Anschließend wollte das Unternehmen auch dort Ölpalmen anbauen. Die Gemeindeversammlung lehnte dies ab. Laut Gemeindevertreter*innen wurde im Anschluss ein Kompromiss erzielt, demzufolge das Unternehmen nach der letzten Ernte im Jahr 2018 die Produktion – auch auf den 2012 illegal gekauften Grundstücken – einstellt und das Gebiet wieder an die Gemeinde übergibt. Während der Untersuchung im Januar waren allerdings noch immer Ölpalmen auf dem Gemeindegebiet zu finden, obwohl die letzte Ernte bereits abgeschlossen war.

Die negativen Konsequenzen des großflächigen Abholzens der Wälder sind vielfältig. Zunächst ist hier der Wert der Natur selbst zu nennen, ohne diesen anhand ihrer Ökosystemdienstleistungen oder gar ihres ökonomischen Wertes zu bemessen. Darüber hinaus lassen sich aber auch sozio-ökologische Probleme feststellen. In Raxruhá, Alta Verapaz beispielsweise haben die Gemeinden aufgrund der Entwaldung durch die Palmölunternehmen keinen Zugang mehr zu Brennholz, das eine wichtige Energiequelle darstellt. Zudem ist die Entwaldung und

Brandrodung, die beim Anlegen von Palmölplantagen oft vorher durchgeführt werden, auch eine Ursache für die Degradation der Böden. Diese wiederum ist laut einer Studie des Deutschen Institutes für Entwicklungspolitik (DIE) ein wesentlicher Faktor für die Überschwemmungen, die sich in den Gemeinden beobachten lassen und die ganze Ernten zerstören (siehe oben). Gleichzeitig trägt die Entwaldung zur Wasserknappheit bei, da durch die degradierten Böden mehr Wasser abfließt, was die Grundwasserneubildung reduziert.²⁵ Nicht zuletzt beeinflusst die Abholzung auch das Klima in den Gemeinden: Bewohner*innen von San Pablo I berichten von der zunehmenden Hitze und den trockenen Böden, die auf die Entwaldung sowie den exzessiven Gebrauch von Wasser zurückzuführen sind.²⁶

Arbeitsbedingungen auf den Ölpalmplantagen

Oft sind die Palmölunternehmen die einzigen Arbeitgeber, die den Menschen in den Gemeinden bleiben und damit eine alternativlose Quelle der Existenzsicherung, insbesondere wenn die Subsistenzwirtschaft in den Gemeinden stark beeinträchtigt wird. So arbeiten in der Gemeinde Sechaj, Raxruhá, Alta Verapaz, die meisten Personen mittlerweile für das Unternehmen Industria Chiquibul, da sie keinen Boden mehr besitzen oder pachten können, um Grundnahrungsmittel anzubauen.

Dabei ist es keine Selbstverständlichkeit, dass die Unternehmen Mitglieder von den anliegenden Gemeinden anstellen, auch wenn sie dies häufig versprechen (siehe Kapitel **Landraub**). So arbeiteten für das Unternehmen Naturaceite in der Gemeinde San Pablo I, El Estor, im Jahr 2018 und 2019 jeweils nur 15 Personen aus der Gemeinde. Arbeiter*innen von REPSA berichten ebenfalls, dass die lokale Bevölkerung entlassen und Menschen aus anderen Regionen eingestellt werden.

Darüber hinaus gelten die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen als sehr schlecht. Die Gespräche mit Arbeiter*innen in den untersuchten Gebieten bestätigen diesen Eindruck. So haben sich Arbeiter*innen des Unternehmens REPSA aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen zusammengeschlossen und am 03.12.2018 ein Kommuniqué veröffentlicht. Die Arbeiter*innen berichten darin über Misshandlungen, Einschüchterungen und Drohungen, über Betrug und sogar über Menschenhandel innerhalb des Unternehmens, ungerechtfertigte Entlassungen sowie die Ausübung von starkem Druck gegenüber den Arbeiter*innen. Sie klagen zudem die Verfolgung und das Ausspionieren von Arbeiter*innen (konkret vom 26. bis 30. November 2018) sowie von Arbeitervvertreter*innen bei ihrer Arbeit an. So erstellten Funktionäre des Unternehmens Audio-Aufnahmen von einem der Treffen (konkret am 17. November 2018). Die Arbeiter*innen forderten die Entlassung der verantwortlichen Personen und formulierten elf Forderungen an das Unternehmen, die Aufschluss über die

**Misshandlungen,
Einschüchterungen,
Drohungen, Betrug,
Menschenhandel,
Entlassungen – die
Arbeitsbedingungen bei
den Palmölunternehmen
gelten als sehr schlecht.**

Zustände auf den Plantagen geben. Dazu gehören:

- Die Nachzahlung von ausstehenden Boni wie dem 14. Monatsgehalt (*Bono 14*) in der Zeit von Juli 2017 bis Juni 2018 sowie der Abzüge, die von monatlichen Zuschlägen (*Bonificación Incentivo Mensual*) und dem bezahlten Sonntag (*Pago del séptimo día*) gemacht wurden. Diese Zahlungen stehen den Arbeiter*innen nach guatemaltekischem Recht zu.
- Die Abschaffung der Akkordlöhne beim Ernten der Frucht und das Zahlen von Tageslöhnen entsprechend der gesetzlichen Regelung.²⁷
- Die Anstellung von mehr Arbeitskräften aus den ortsansässigen Gemeinden.
- Die Bereitstellung einer angemessenen medizinischen Versorgung, unter anderem durch
 - ▶ die Anstellung von genügend Ärzt*innen und die Schaffung von genügend medizinischen Versorgungszentren an jeder Arbeitsstelle,
 - ▶ die Ausstattung dieser Zentren sowie der Erste-Hilfe-Koffer mit Medikamenten, die den auftretenden Krankheiten und Verletzungen angemessen sind,
 - ▶ die Ausstattung der Arbeitsstellen mit einem Ambulanzfahrzeug sowie die sofortige Überstellung eines Betroffenen an ein Gesundheitszentrum ohne bürokratische Formalitäten.
- Die strikte Anwendung des Artikels 10 des Arbeitsrechts gegen den Einsatz von Repressalien gegen die Arbeiter*innen wegen der Ausübungen ihrer geschützten Rechte.
- Keine Entlassungen zu Beginn des Jahres 2019.

Zu Beginn des Jahres 2019 wurden vier Personen, die zwischen 8 und 16 Jahren für REPSA gearbeitet hatten, nicht wieder eingestellt. Sie hatten zuvor als Vertreter*innen der Arbeiter*innen auf den vier Plantagen von REPSA fungiert und hatten sich in fünf Dialogrunden für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingesetzt. Konkret ging es dabei unter anderem um Arbeitsunfälle, Missbrauch und die Bezahlung. Gegen ihre Entlassung haben die Arbeiter*innen im Februar Beschwerde beim Arbeitsministerium eingelegt. Die Arbeitervvertreter*innen hatten zudem trotz ihrer langen Unternehmenszugehörigkeit nie einen schriftlichen Arbeitsvertrag.

Gegenüber dem Unternehmen Industria Chiquibul haben 2017 sieben Arbeiter*innen aus Sayaxché, Petén, Beschwerde beim Arbeitsministerium eingereicht. Hintergrund waren ausstehende Leistungen wie das Weihnachtsgeld und das 14. Monatsgehalt sowie Gehaltsanpassungen, die das Unternehmen den Arbeiter*innen

schuldig ist. 2017 haben die Arbeiter*innen gekündigt, da die Anforderungen an ihre Arbeitsleistung erhöht wurden, ohne dass das Gehalt dementsprechend angepasst wurde. Sie erheben weitere Vorwürfe gegen das Unternehmen:

- Die Arbeiter*innen erhielten keine schriftlichen Arbeitsverträge.
- Die Arbeiter*innen erhielten eine Bezahlung unterhalb des Mindestlohnes. Anstelle der zu Beginn gesetzlich vorgeschriebenen 78,72 Quetzal verdienten sie nur 60 Quetzal (etwa 7 Euro pro Tag). Ihr Gehalt wurde nie angehoben.
- Es wurde nicht in die Sozialversicherung (IGSS) eingezahlt.²⁸
- Es fehlten Sanitäreinrichtungen für Frauen, sodass diese 10 Minuten benötigten, um zur nächsten sanitären Anlage zu gelangen.

Die Arbeiter*innen werden von einem Anwalt vertreten, der in einem Interview von zwei weiteren Fällen gegen das Unternehmen berichtet, bei denen ähnliche Arbeitsrechtsverletzungen vorliegen:

*Wir haben einen weiteren [Fall], der zur Anhörung geht, von fünf Frauen aus der Gemeinde Caribe Robert Tzul, und der dritte Fall ist die Präsentation eines Forderungskataloges, weil seit dem vergangenen Jahr eine Gruppe von 70 Arbeiter*innen für Industria Chiquibul arbeitet, ihnen aber nie die Unterstützungszahlungen (prestaciones laborales) gezahlt wurden. [...] Was wir in allen Fällen gesehen haben, sind fehlende Gesundheitsdienstleistungen, [...], sie haben keine medizinische Klinik, sie erhalten [...] weder Weihnachtsgeld noch den Bono 14. Schwangere Frauen werden ohne die Zahlung von pre- oder postnatalen Leistungen entlassen.*

Arbeiter*innen von Industria Chiquibul aus Carolina, Chisec, berichten zudem, dass Arbeiter*innen, die krankheitsbedingt länger als einen Tag fehlen, entlassen werden. Zudem wurden die Arbeiter*innen bei Arbeitsunfällen unter der Androhung von Entlassungen dazu gedrängt, in den Gesundheitszentren nicht anzugeben, dass sie für das Unternehmen arbeiten.

Arbeiter*innen von REPSA, Industria Chiquibul und Naturaceites berichten zudem, dass die Arbeit auf den Plantagen Pilzinfektionen, Juckreiz und Ausschlag verursacht. Des Weiteren ist von Dornenstichen, Schnitten, giftigen Schlangenbissen sowie Vergiftungen durch den Einsatz von Pestiziden und Chemikalien die Rede. Arbeiter*innen sprechen von 2–3 von 10 Personen, die täglich einen Unfall erleiden.

Teilhabe und Information der indigenen Gemeinden

Auf Teilhabe und Information der indigenen Gemeinden wird von den Unternehmen kein Wert gelegt. Das machen bereits die Strategien deutlich, mithilfe derer die

Unternehmen sich das Land der Gemeinden aneignen (vgl. Kapitel **Landraub – oder wie die Unternehmen an ihre Flächen kommen**). Sowohl ein Bericht der Sonderberichterstatterin über die Rechte der indigenen Völker in Guatemala, als auch ein Bericht der Interamerikanischen Menschenrechtskommission über die Situation der Menschenrechte in Guatemala bestätigen diesen Eindruck.

Im Jahr 2018 hat die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen in ihrem Bericht zunächst festgestellt, dass durch den Anbau und die Expansion von Monokulturen wie Palmöl die Rechte der indigenen Gemeinden verletzt werden. Außerdem macht sie darauf aufmerksam, dass die politische Teilhabe der indigenen Gemeinden in Guatemala nicht ausreichend umgesetzt wird.²⁹ Bei einem Großteil der Maßnahmen und Programme, die scheinbar der Entwicklung in den Gemeinden dienen sollen, wird die Vorstellung der Gemeinden von Entwicklung nicht respektiert.³⁰

Auch die Interamerikanische Kommission machte in ihrem Bericht über die Situation der Menschenrechte in Guatemala darauf aufmerksam, dass die Gewalt, der sich die indigenen Gemeinden gegenübersehen, eng mit

Durch den Anbau und die Expansion von Monokulturen wie Palmöl werden die Rechte indigener Gemeinden in Guatemala verletzt. Gleichzeitig wird ihre politische Teilhabe nicht ausreichend umgesetzt.

der Diskriminierung und Exklusion der Gemeinden verbunden ist. Diese wiederum äußert sich unter anderem in der mangelnden Teilhabe an Entscheidungsfindungen sowie dem fehlenden Zugang zur Justiz.³¹ Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Interamerikanische Kommission, dass vor der Vergabe von Konzessionen, Lizenzen oder der Erlaubnis für die Nutzung natürlicher Ressourcen, die die Gebiete indigener Gemeinden betreffen, eine freie und informierte Konsultation gemäß internationaler Standards stattfindet.³²

Lieferbeziehungen von Vandemoortele, ADM und Edeka

Die CIR informierte die drei genannten Unternehmen am 04.06.2019 über die Ergebnisse der Untersuchungen und bat um eine Stellungnahme. Die Stellungnahmen werden im Folgenden gekürzt wiedergegeben.³³

Stellungnahme ADM

ADM antwortete am 07.06.2019 (gekürzte Übersetzung aus dem Englischen): „ADM verpflichtet sich dazu, eine transparente und rückverfolgbare Lieferkette zu errichten, die Wälder und Menschen weltweit schützt [...]“

ADM hat klare Standards hinsichtlich des Bezugs von Palmöl gesetzt, wie in unserer „Human rights policy“³⁴ und unserer „No deforestation policy“ dargelegt wird. Zusätzlich haben wir einen „Sustainability Tracker“ implementiert, mit dem wir unsere Stakeholder über den Fortschritt bei der Erreichung unserer Politiken informieren und Transparenz in unseren Lieferketten herstellen.

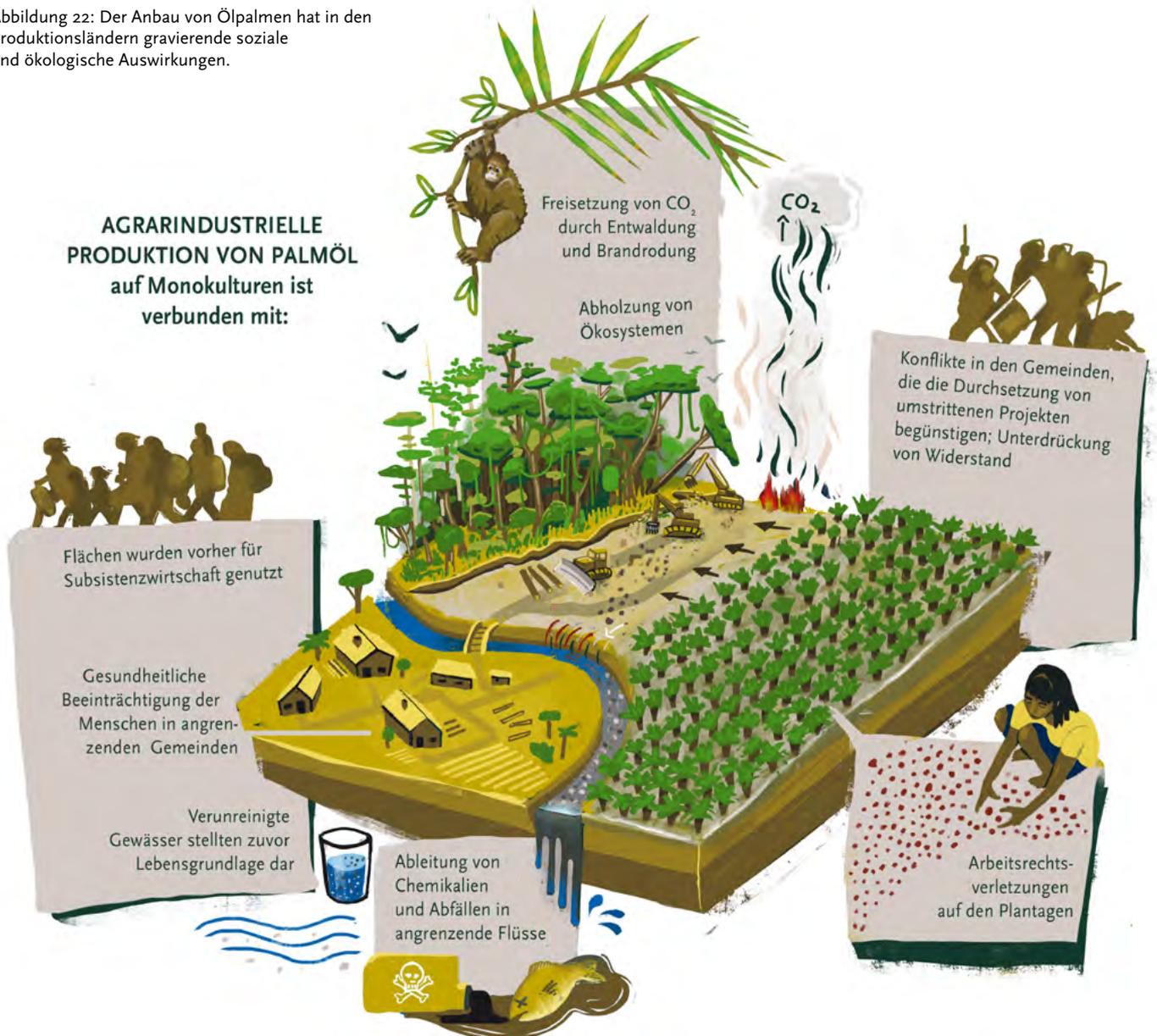


Abbildung 21: In Alta Verapaz gibt es Widerstand gegen die Palmölunternehmen, u. a. mit Hinweis auf die ILO-Konvention 169.
Foto: MadreSelva

ADM hängt von Zusammenarbeit und Unterstützung ab, um unsere Beschaffungspolitik zu implementieren. Wir nehmen alle Vorwürfe zu Missständen [...] sehr ernst und untersuchen diese entsprechend unseres „Grievances and Resolutions Protocol“.³⁵ Wenn Beschwerden in ADMs Lieferkette bestätigt werden, handeln wir [...].

Hinsichtlich der Unternehmen, die in der Studie genannt werden, haben wir [...] Folgendes herausgefunden: [...] In der Vergangenheit hat ADM indirekt Palmöl von REPSA bezogen. Im Dezember 2017 haben ADM und alle unserer Zulieferer die Geschäfte mit REPSA ausgesetzt [...]. [In Bezug auf Industrias Chiquibul] hat ADM offiziell von seinen Zulieferern eine Untersuchung sowie Maßnahmen gefordert. Seit April 2019 sind die Lieferbeziehungen mit Industrias Chiquibul ausgesetzt. Naturaceites war nicht Gegenstand eines Beschwerdeverfahrens.³⁶

Abbildung 22: Der Anbau von Ölpalmen hat in den Produktionsländern gravierende soziale und ökologische Auswirkungen.



ADM: Kommentar der CIR

ADM weist eine hohe Transparenz hinsichtlich seiner Lieferkette auf. So können die Namen der Zulieferer der ADM Mainz GmbH nach Ländern geordnet auf der Homepage des Unternehmens eingesehen werden.

Die Ziele hinsichtlich einer nachhaltigen Palmöllieferkette werden von ADM in der „Human rights policy“ sowie „No deforestation policy“ aufgeführt. Diese umfassen wichtige Aspekte, wie die Entwaldung oder grundlegende Arbeitsrechte. Allerdings fehlen auch wichtige Aspekte, beispielsweise hinsichtlich der Vertreibung ansässiger Gemeinden oder des Umgangs mit Wasser und Abwässern.

Positiv ist, dass das Unternehmen einen Beschwerdemechanismus eingerichtet hat und dass die eingereichten Beschwerden öffentlich gemacht werden. Unklar ist allerdings, inwiefern auch betroffene Gemeinden oder Personen direkt von diesem Beschwerdemechanismus Gebrauch machen können bzw. über diesen überhaupt Bescheid wissen. Zudem macht ADM keine Angaben hinsichtlich einer vorausgehenden bzw. fortlaufenden Risikoanalyse in Bezug auf mögliche Zulieferer, durch die etwaige Probleme bereits im Vorhinein erkannt und angegangen werden könnten. Diese Risikoanalyse ist jedoch zentraler Bestandteil, um als Unternehmen glaubwürdig MR-Verletzungen zu verhindern. Die ADM Mainz GmbH macht zudem keine Angaben darüber, ob sie die Einhaltung von Menschenrechten in ihrer Lieferkette durch dritte überprüfen lässt.

Die Lieferbeziehungen auszusetzen, kann eine wirkungsvolle Maßnahme darstellen, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Diese sollte allerdings erst dann ergriffen werden, wenn das auftraggebende Unternehmen keine Möglichkeit sieht, bei den Lieferanten Menschenrechtsverletzungen zu beheben. Inwiefern von den Zulieferern von ADM solche Maßnahmen ergriffen wurden, geht aus dem Schreiben nicht hervor. Zudem macht das Unternehmen keine Angaben dazu, wie in Zukunft Menschen- und Umweltrechtsverletzungen bei Zulieferern ausgeschlossen werden sollen. Auch macht das Unternehmen keine Angaben dazu, ob oder wie die Betroffenen für die entstandenen Schäden entschädigt werden sollen.

Stellungnahme Vandemoortele

Das Unternehmen antwortete am 12.06.2019: „Vandemoortele fühlt sich bereits seit 2009 der nachhaltigen Gewinnung von Palmöl verpflichtet. Im Jahr 2014 haben wir unsere Satzung zum Bezug von Palmöl veröffentlicht, welche ambitionierte Ziele bezüglich der Gewinnung von Palmöl ohne Entwaldung und Ausbeutung einschließt [...]. Letzte Woche haben wir unseren „Sustainable palm oil progress report 2018“ veröffentlicht. Hierin ist dargestellt, welche Fortschritte wir in 2018 entsprechend unserer Satzung gemacht haben und welche Ziele wir für 2019 und darüber hinaus anstreben.“

In 2014 sind wir der Earthworm Foundation beigetreten [...]. Zusammen mit Earthworm und unseren Zulieferern möchten wir vor Ort etwas bewirken, indem wir klare Ziele setzen und konkrete Maßnahmen umsetzen.“

Vandemoortele bringt sich bei verschiedenen Initiativen mit ein, welche sich für die Transformation des europäischen Marktes hin zu nachhaltigem Palmöl einsetzen [...]. Wir und unsere Zulieferer für Palmöl kennen die Aspekte, die Sie bezüglich REPSA und Industria Chiquibul nennen. Bislang liegen uns zu Naturaceites jedoch keine Informationen zu speziellen Problemstellungen vor.

Einige Themen haben wir bereits in turnusmäßigen Folgetreffen mit unseren Zulieferern diskutiert. Da wesentliche Meilensteine, die zwischen unseren Zulieferern und REPSA vereinbart waren, nicht erreicht wurden, haben all unsere direkten Zulieferer für Palmöl die Zusammenarbeit mit REPSA eingestellt. Mit Industria Chiquibul werden wir uns weiter intensiv beschäftigen. Wir versichern, dass wir die Situation weiterhin verfolgen werden.“ Das Unternehmen verweist zudem auf seinen Nachhaltigkeitsbericht.

Vandemoortele: Kommentar der CIR

Vandemoortele weist eine gewisse Transparenz hinsichtlich seiner Palmöllieferkette auf. So legt das Unternehmen in seinem Nachhaltigkeitsbericht die Länder sowie die Anzahl der Ölmühlen pro Land offen, von denen es Palmöl bezieht. Auch werden die Anteile der jeweiligen Länder an der Gesamtmenge an Palmöl angeführt, das Vandemoortele bezieht. Anders als bei anderen Unternehmen der Branche, beispielweise ADM, macht das Unternehmen aber keine genaueren Angaben über die Zulieferer.

Die Satzung zum Bezug von Palmöl von Vandemoortele zielt auf die Verbesserung wichtiger Bereiche der Palmölproduktion ab, insbesondere hinsichtlich der Flächen, die für die Kultivierung von Ölpalmen genutzt werden sollen. Gleichzeitig bleiben viele –insbesondere soziale – Probleme unberücksichtigt. Zwar wird die vollständige Respektierung von Menschenrechten als Kriterium für den Bezug von Palmöl benannt. Es werden aber keine konkreten Kriterien, beispielweise in Bezug auf die Vertreibung ansässiger Gemeinden, Arbeitsrechte oder den Umgang mit Wasser benannt.

Unklar bleibt außerdem, wie die angestrebten Verbesserungen bei den Zulieferern konkret überprüft werden. So ist im Nachhaltigkeitsbericht über das Jahr 2018 die Rede davon, dass die Zulieferer einen Online-Fragebogen ausfüllen müssen, in dem sie unter anderem über Fortschritte und Missstände informieren. Die Glaubwürdigkeit einer solchen Selbstausskunft der Zulieferer muss als geringer eingeschätzt werden als beispielsweise eine Überprüfung durch unabhängige Dritte.

Vandemoortele ist außerdem Mitglied des RSPO. Beim RSPO handelt es sich zwar offiziell um eine Multistakeholder-Initiative, in der auch andere Interessengruppen, wie NGOs, vertreten sind. Diese sind beim RSPO gegenüber den Unternehmen aber stark unterrepräsentiert. Gewerkschaften fehlen vollständig. Die CIR hält den RSPO nicht für eine ausreichend glaubwürdige Kontrollinstanz, der die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards garantiert.

Zu einer vorausgehenden bzw. fortlaufenden Risiko-

analyse in Bezug auf mögliche Zulieferer macht Vandemoortele ebenfalls keine Angaben. Offen bleibt zudem, welche Maßnahmen ergriffen werden, wenn Missstände bei Zulieferern festgestellt werden. Trotz der schwerwiegenden Vorwürfe gegen Industria Chiquibul geht aus dem Schreiben nicht hervor, wie in Zukunft Menschen- und Umweltrechtsverletzungen ausgeschlossen werden sollen. Auch bleibt unklar, ob gegebenenfalls weiterhin über indirekte Zulieferer Palmöl von REPSA bezogen wird. Um Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden, müssen auch zwischengeschaltete Händler überprüft werden. Wie ADM macht auch Vandemoortele keine Angaben dazu, ob oder wie die Betroffenen für die entstandenen Schäden entschädigt werden sollen.

Stellungnahme Edeka

Edeka antwortete am 17.06.2019: „Wir haben Vandemoortele um Stellungnahme [...] gebeten. In der Stellungnahme wird aufgezeigt, dass die Firma eine Palmöl-Nachhaltigkeitsstrategie entsprechend der RSPO-Kriterien verfolgt. Ergebnisse werden unter anderem in einem jährlichen Bericht veröffentlicht. Durch regelmäßige Monitorings aufgedeckter Verbesserungsbedarf ist dem Unternehmen [Vandemoortele] bekannt und hat bereits zu Konsequenzen geführt. Bitte haben Sie aber Verständnis dafür, dass wir zu den von Ihnen konkret erhobenen Vorwürfen selbst keine Stellung nehmen können [...]“

Edeka erklärt weiter, dass es „bereits vor Jahren die Problematik des wachsenden Palmölanbaus erkannt“ habe und sich dafür einsetzt, „dass Palmöl nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ökologisch und sozial verträglich erzeugt wird [...]. EDEKA hat schon seit Ende 2013 Palmöl in EDEKA-Eigenmarken-Produkten auf nachhaltigere, RSPO-zertifizierte Ware umgestellt und entwickelt dieses Niveau weiter“. Außerdem fordere Edeka zum Beispiel, dass „keine Rodung von Primärwäldern und ökologisch wertvollen Waldflächen für Plantagen“ erfolgen dürfe, so wie den Schutz von Wasser, Boden und Luft.

Edeka weiter: „Grundstandards wie ILO setzen wir voraus [...]. EDEKA [unterstützt] als Mitglied der Business Social Compliance Initiative (BSCI) alle Initiativen der BSCI, die Verbesserungen der Arbeitssituation und die Einhaltung von Arbeits- und Menschenrechten und gesetzlichen Vorgaben zum Ziel haben. Unser erklärtes Ziel ist es, zukünftig in risikobehafteten Warengruppen nur noch durch BSCI oder vergleichbare Organisationen bzw. Standards abgesicherte Produkte zu akzeptieren. [...]

2017 hat EDEKA das Themenfeld „Beschaffungsmanagement kritischer Agrarrohstoffe“ in seine Arbeit zur Nachhaltigkeit aufgenommen. Ziel ist es [...] ganze Lieferketten langfristig und systematisch nachhaltiger zu gestalten. Grundlage ist ein Webtool, das potenzielle ökologische und soziale Beschaffungsrisiken sowie Handlungsoptionen und Möglichkeiten der Risikominderung durch nachhaltigere Beschaffungsmaßnahmen aufzeigt.“

Edeka: Kommentar der CIR

Die Transparenz der Edeka hinsichtlich der Herkunft des Palmöls ist gering. Im Vergleich zu ADM und Vandemoortele macht die Edeka keine Angaben über Ursprungsländer oder palmölproduzierende Unternehmen in ihrer Lieferkette.

Die ILO-Kriterien sind ein wichtiger Standard insbesondere im Hinblick auf Arbeitsrechte. Die von Edeka genannten „ökologischen“ Anforderungen an die Palmölproduktion für Eigenmarken beziehen sich zudem auf wichtige Probleme. Ob der Schutz von Wasser auch den Zugang der Gemeinden zu Wasser beinhaltet, bleibt allerdings unklar. Ebenso wie die Frage, welche Wälder als ökologisch wertvoll anzusehen sind. Soziale Probleme, wie die Vertreibung ansässiger Gemeinden, werden nicht explizit genannt.

Wie genau die Einhaltung der Kriterien sichergestellt werden soll, geht aus dem Schreiben nicht hervor. Edeka verweist auf ihre Mitgliedschaft bei der BSCI sowie dem RSPO. Bei der BSCI handelt es sich allerdings um eine reine Unternehmensinitiative, deren Glaubwürdigkeit gering einzuschätzen ist. Auch der RSPO kann nicht als ausreichend glaubwürdiger Standard angesehen werden (vgl. Kommentar Vandemoortele).

Die Verweise auf diese Standards zeigen, dass die Edeka solche Initiativen nutzt, um das eigene Image zu schützen und Verantwortung auszulagern. Darauf lässt auch der Verweis auf den Zulieferer Vandemoortele schließen. Die Verantwortung für die Produktionsbedingungen wird in erster Linie hier gesucht, während sich Edeka selbst nicht in der Lage sieht, eine Stellungnahme zu den konkreten Vorwürfen abzugeben. Vor diesem Hintergrund ist das Ziel von Edeka zu begrüßen, die gesamte Lieferkette nachhaltiger zu gestalten. Dafür ist eine umfassende Risikoanalyse für die gesamte Palmöllieferkette ebenso notwendig wie ein geeigneter Beschwerdemechanismus.

Edeka macht schließlich keine Angaben zu etwaigen Entschädigungsleistungen für Personen und Gemeinden, die von den negativen Auswirkungen des Palmölanbaus betroffen sind.

- 1 Vgl. Umweltblick (o.J.): Deklarationen von Palmöl: <http://www.umweltblick.de/index.php/palmoel/deklarationen-von-palmoel/95-deklarationen-von-palmoel>.
- 2 Vgl. Vgl. Meo Carbon Solutions Team (2018): Der Palmölmarkt in Deutschland im Jahr 2017, S. 7.
- 3 Der Einsatz von Biokraftstoffen ist Teil der Energiewende, somit also auch Teil des Klimaschutzes der Bundesregierung (vgl. dazu <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/energiewende/biokraftstoff-614908>).
- 4 Vgl. DIE: Ölpalmbau in Indonesien verändert Wasserkreislauf: Mehr Dürren und Überflutungen, Analysen und Stellungnahmen 1/2017: <https://www.die-gdi.de/analysen-und-stellungnahmen/article/oelpalmbau-in-indonesien-veraendert-wasserkreislaufe-mehr-duerren-und-ueberflutungen>.
- 5 Vgl. Meo Carbon Solutions Team (2018): Der Palmölmarkt in Deutschland im Jahr 2017, S. 7 : https://www.forumpalmoel.org/imglib/Palmoelstudie%202017_Meo_FONAP_ho.pdf.
- 6 Vgl. La Biodiversidad (2018): Cara y cruz del modelo agroexportador en Guatemala: http://www.biodiversidadla.org/Documentos/Cara_y_cruz_del_modelo_agroexportador_en_Guatemala.
- 7 Vgl. Nómada (2018): Tres clientes (incluido Nestlé) castigan a Repsa por sobornar, contaminar y por DDHH: <https://nomada.gt/pais/entender-la-politica/tres-clientes-incluido-nestle-castigan-a-repsa-por-sobornar-contaminar-y-por-ddhh/>.
- 8 Vgl. Centro de medios independientes (2015): Palma africana y empresas se expanden aceleradamente a lo largo de la FTN: <https://cmiguate.org/palma-africana-y-empresas-se-expanden-aceleradamente-a-lo-largo-de-la-ftn/>.
- 9 Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung (2017): Konzernatlas Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie, S. 26.
- 10 Vgl. I.L.A Kollektiv (2017): Auf Kosten Anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert, S. 63.
- 11 Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung (2017): Konzernatlas Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie, S. 12.
- 12 Vgl. ebd., S. 26.
- 13 Vgl. ADM Mainz GmbH (2018): Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017: www.bundesanzeiger.de.
- 14 Vgl. Vandemoortele Deutschland GmbH (2018): Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017: www.bundesanzeiger.de.
- 15 Vgl. EDEKA: die Produktinformationen auf der Website des Edeka Food-Service: <http://edeka-foodservice.de/homepage.jsp?region=MI&id=00000003596270002>.
- 16 Vgl. ebd.
- 17 Simona Violetta Yagenova arbeitet an der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (FLACSO). Geisselle Vanessa Sánchez Monge arbeitet für ActionAid Guatemala.
- 18 Vgl. La Biodiversidad (2018).
- 19 Dass es sich dabei um wiederkehrende Muster handelt, zeigt eine Publikation von GRAIN unter dem Titel „Promise, Divide, Intimidate, Coerce“, in der 12 Strategien genannt werden, die Palmölunternehmen immer wieder anwenden, um sich Land anzueignen Vgl: Grain (2019): <https://www.grain.org/en/article/6171-booklet-12-tactics-palm-oil-companies-use-to-grab-community-land>.
- 20 Vgl. Oxfam International (2017): The toxic legacy of palm oil in Guatemala: <https://blogs.oxfam.org/en/blogs/17-04-05-toxic-legacy-palm-oil-guatemala>.
- 21 Als Degradation von Böden bezeichnet man vereinfacht den Verlust der Qualität der Böden bzw. deren Funktionsfähigkeit bis zur unwiderruflichen Zerstörung, in deren Folge die Böden nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden können.
- 22 Vgl. DIE(2017), S. 3.
- 23 vgl. La Biodiversidad (2018): Cara y cruz del modelo agroexportador en Guatemala.
- 24 Ähnliches berichten die Bewohner*innen aus Raxruhá, Alta Verapaz: Auch hier treten vermehrt Hautkrankheiten, Juckreiz und Würmer auf und die Anwohner leiden häufiger unter Husten und Grippe.
- 25 Vgl. Merten, J., A. Röhl, T. Guillaume, A. Meijide, S. Tarigan, H. Agusta, C. Dislich, C. Dittrich, H. Faust, D. Gunawan, J. Hein, . Hendrayanto, A. Knohl, Y. Kuzyakov, K. Wiegand, and D. Hölscher (2016): Water scarcity and oil palm expansion: social views and environmental processes. Ecology and Society 21(2):5: <https://www.ecologyandsociety.org/vol21/iss2/art5/>.
- 26 Vor dem Hintergrund der großflächigen Entwaldung durch Palmölunternehmen erscheint es geradezu zynisch, dass sich das Unternehmen Repsa (Reforestadora de Palmas del Petén S.A.) gewissermaßen als Wiederaufforstungsunternehmen bezeichnet.
- 27 Interviewte Arbeiter*innen berichten zudem davon, dass durch die Zahlung von Akkordlöhnen nicht immer die Mindestlöhne für ländliche Regionen erreicht werden, wenn die Arbeiter*innen nicht auf die festgelegten Mengen kommen. Zudem führt der hohe Druck zu Arbeitsunfällen.
- 28 Auch das Unternehmen Naturaceites versucht, die Zahlung der Sozialversicherung zu minimieren. So vergibt es häufig zwei bis viermonatige Verträge, was dazu führt, dass die Arbeiter*innen beim IGSS nur Anspruch auf eine medizinische Grundversorgung haben. In der Zeit, in der die Arbeiter*innen keinen Vertrag haben, haben sie auch keinen Zugang zum IGSS.
- 29 Vereinte Nationen (2018): Informe de la Relatora Especial sobre los derechos de los pueblos indígenas sobre su visita a Guatemala: <https://www.refworld.org/es/docid/5ba2c6e94.html>.
- 30 Vereinte Nationen (2018): Informe de la Relatora Especial sobre los derechos de los pueblos indígenas sobre su visita a Guatemala: <https://www.refworld.org/es/docid/5ba2c6e94.html>.
- 31 Vgl. CIDH, Situación de los Derechos Humanos en Guatemala, OEA/Ser.L/V/II.Doc. 208/17, 31 diciembre 2017, S. 195: <http://www.oas.org/es/cidh/informes/pdfs/guatemala2017-es.pdf>.
- 32 Vgl. ebd., S. 251.
- 33 Die kompletten Stellungnahmen der drei Unternehmen sind hier abrufbar: https://www.ci-romero.de/wp-content/uploads/2019/09/Stellungnahmen_Unternehmen_Palmöl.pdf
- 34 Etwa: „Keine Entwaldungs-Politik“.
- 35 Protokoll über Beschwerden und Lösungen.
- 36 Der Grund für das Aussetzen der Geschäftsbeziehungen waren Vorwürfe hinsichtlich Arbeitsrechtsverletzungen bei Industria Chiquibul in Guatemala. Vgl. ADM (o.J.): Grievance and resolution log: https://assets.adm.com/Sustainability/Grievance-and-Resolution-Log_72219.pdf.

Fazit

Warum ein Lieferkettengesetz notwendig ist

Sowohl die Bergbaukatastrophe in Mexiko als auch die Expansion der Palmölplantagen in Guatemala veränderten die Umwelt, die sozialen Beziehungen und damit das Leben der Menschen. Durch die „Brille“ des Buen Vivir mit seiner Betonung harmonischer Beziehungen der Menschen mit der Natur und zwischen den Menschen werden die Veränderungen besonders deutlich: Aufgrund der negativen Auswirkungen der Unternehmenstätigkeiten, wie der Kontamination von Wasser und Böden, können die Bewohner*innen ihren wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeiten nicht mehr wie gewohnt nachgehen. Garantierte die natürliche Umwelt den Menschen früher die Versorgung mit Lebensmitteln, sind sie heute gezwungen, Wasser und industriell hergestellte Lebensmittel zu kaufen. Der Anthropologe Luis Franco beschreibt die gestörten Mensch-Umwelt-Beziehungen in Mexiko:

Nach der Verschmutzung des Flusses veränderte sich zuerst die Art und Weise, wie die Menschen über die Umwelt nachdenken. Sie ist nichts mehr, was Deinem Körper und Deiner Gesundheit nützt. Sie wollen sich von ihr entkoppeln. Die Menschen meiden das Wasser und die Nahrungsmittel, die an den Flussufern wachsen. (...) Sie versuchen sich vom Fluss und den Nahrungsmitteln loszusagen.¹

Aussagen wie die von Jesús Ignacio Villa aus Ures zeugen von der Entfremdung der Menschen von ihrer natürlichen Umwelt:

Wir lebten früher natürlicherweise ohne Drucke: die Landwirtschaft war ausgedehnt. Die Milch und andere Produkte der Rinder konnten vertrauensvoll konsumiert werden. Jetzt haben wir den Schlamassel. Wir können jetzt nicht über diese natürlichen Dinge verfügen, die wir früher hatten. Es ist nicht mehr das Gleiche. Man hat nicht mehr die Sicherheit, dass man gesund ist.²

Auch die sozialen Beziehungen haben sich verändert. Die Menschen können ihre Traditionen wie den Tausch von Nahrungsmitteln zwischen den Dörfern nicht mehr wie gewohnt fortführen.

Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung ...

Die Rohstoffe Kupfer, Molybdän und Palmöl sind auf vielfältige Weise mit unserer imperialen Lebensweise verbunden. Einerseits sind sie in vielen Produkten – vom Smartphone über den Treibstoff bis hin zu sämtlichen Lebensmitteln – enthalten. Andererseits haben einzelne Konsument*innen nur einen begrenzten Einfluss auf die Produktionsbedingungen dieser Rohstoffe. Voraussetzung dafür wäre, dass Verbraucher*innen über die Produktionsbedingungen bzw. die Einhaltung von Menschen- und Umweltrechten entlang der Lieferkette genau Bescheid wissen. Die Probleme beginnen hier allerdings schon bei den Inhaltsstoffen der Produkte. So ist es bei vielen Waren nur mit hohem Aufwand überhaupt möglich, herauszufinden, ob diese Palmöl oder Kupfer enthalten – ganz zu schweigen von den Bedingungen, unter denen sie produziert werden. Darüber hinaus fehlt es zudem oft an sinnvollen Alternativen.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, das Unternehmehandeln im Vergleich zum individuellen Konsumverhalten stärker in den Fokus zu rücken. Konsument*innen unterstützen mit ihrem Kauf nur deshalb Menschen- und Umweltrechtsverletzungen, weil diese bereits zuvor von Unternehmen begangen wurden. Die Fallstudien zei-



Abbildung 23: „Wir können jetzt nicht über die natürlichen Dinge verfügen.“ Jesús Ignacio Villa aus Ures

gen, dass Verletzungen von fundamentalen Rechten, die sich beispielsweise aus dem Sozialpakt sowie aus den ILO-Konventionen ableiten, in den Lieferketten deutscher Unternehmen an der Tagesordnung sind. Zu diesen Rechten gehören:

- 1) Das Recht auf Gesundheit
- 2) Das auf sauberes Wasser
- 3) Das Recht auf Nahrung
- 4) Das Recht auf Information und Teilhabe
- 5) Die ILO- Konvention 169 zu den Rechten von indigenen Völkern, die unter anderem den Schutz der natürlichen Ressourcen ihres Landes, ihrer Gesundheit sowie die Möglichkeit zur politischen Partizipation vorsieht.
- 6) Die Arbeitsrechte der Menschen, die auf den Palmöl-Plantagen in Guatemala arbeiten: beispielsweise die Zahlung von gesetzlichen Mindestlöhnen und Bonusleistungen.

Zwar haben die Tochterunternehmen von Grupo México ebenso wie die Palmölunternehmen aus Guatemala diese Menschen- und Umweltrechtsverletzungen unmittelbar zu verantworten. Doch sie bauen die Rohstoffe nicht nur für sich selbst ab, sondern liefern sie massenhaft an Unternehmen wie Aurubis, Thyssenkrupp, die ADM Mainz GmbH oder Vandermoortele. Durch ihre Importe lagern diese Unternehmen die umweltbezogenen und menschenrechtlichen Folgen des Rohstoffabbaus in andere Länder aus (Externalisierung). Besonders drastisch sind die Folgen, wenn die Unternehmen von den Regierungen nicht ausreichend kontrolliert werden.

Um die Externalisierung von Kosten zu verhindern, müssen deutsche Unternehmen gesetzlich auf menschenrechtliche Sorgfalt verpflichtet werden.

Um diese Externalisierung und die damit einhergehenden gravierenden Rechtsverletzungen zu verhindern, müssen deutsche Unternehmen gesetzlich auf menschenrechtliche Sorgfalt verpflichtet werden. Sie haben eine Mitverantwortung dafür, dass ihre Rohstoffimporte nicht auf Kosten grundlegen-

der Menschenrechte gehen. Ein Gesetz würde zunächst diese Verantwortung deutscher Unternehmen anerkennen und sie verpflichten, sicherzustellen, dass sowohl Tochterunternehmen, als auch Unternehmen aus ihren Lieferketten Menschenrechte und Umweltstandards einhalten. Gemäß den UN-Leitprinzipien müssten Unternehmen geeignete Maßnahmen zur Prävention, Milderung und Wiedergutmachung von Menschenrechtsverletzungen ergreifen (Prinzipien 15 und 22).

Beide Fallstudien haben gezeigt, dass Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen eng miteinander verwoben sein können. So führen zum Beispiel verschmutzte Gewässer und Böden zu Krankheit und zu einer eingeschränkten Nahrungsmittelproduktion. Ein Sorgfaltspflichtengesetz muss deshalb Unternehmen verpflichten, in ihren Lieferketten auf die Einhaltung **sowohl**

von Menschen- als auch von Umweltrechten zu achten.

Um ihrer Verantwortung nachzukommen, müssten sich Unternehmen zunächst damit auseinandersetzen, welche sozialen und ökologischen Risiken entlang ihrer Lieferketten bestehen, und Maßnahmen ergreifen, um diese Risiken zu beheben. Eine solche **Risikoanalyse** müsste fortlaufend aktualisiert werden. So wäre beispielsweise für palmölimportierende Unternehmen eine vorausgehende Risikoanalyse unerlässlich gewesen. Diese hätte beispielsweise ergeben, dass durch die Tätigkeiten der guatemaltekischen Unternehmen das Recht auf Wasser der Menschen aus den umliegenden Gemeinden gefährdet war. Auf dieser Grundlage hätten die importierenden Unternehmen die entsprechenden Konsequenzen in Form von Präventionsmaßnahmen ergreifen müssen.

Viele Unternehmen verfügen zwar über Abteilungen, die die Lieferketten auf die Einhaltung von Menschenrechten und Nachhaltigkeitskriterien überprüfen. Das Problem an diesen freiwillig auferlegten Maßnahmen ist aber, dass weder die Erkenntnisse aus den Risikoanalysen noch die Konsequenzen, die Unternehmen daraus ziehen, offenliegen. Die Unternehmen verweisen auf ihren guten Willen, den sie durch ihre Nachhaltigkeitsmaßnahmen belegt wissen wollen. Wenn sie aber mit konkreten Menschenrechtsverletzungen konfrontiert werden, verweisen sie z. B. auf vertraglich abgesicherte Geschäftsgeheimnisse oder auf ihren eingeschränkten Einfluss aufgrund zu niedriger Liefermengen. Ein Gesetz zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten muss deshalb Unternehmen zu **Transparenz** verpflichten, sowohl hinsichtlich der Erkenntnisse ihrer Risikoanalysen als auch ihrer Gegenmaßnahmen.

Ein Gesetz muss die Unternehmen außerdem verpflichten, eine **Compliance-Stelle** einzurichten, die die Einhaltung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht überwacht. Diese muss außerdem bei strategischen Unternehmensentscheidungen einbezogen werden. Zusätzlich wäre die Compliance-Stelle für die Etablierung eines wirksamen **Beschwerdemechanismus** zuständig. Dieser würde beispielsweise den betroffenen Menschen in Mexiko und Guatemala die Möglichkeit eröffnen, Ansprüche auf Unterlassung sowie Schadensersatz geltend zu machen, also ihre im Sozialpakt verbrieften und in der Studie genannten Menschenrechte in Anspruch zu nehmen und bei Nichteinhaltung entschädigt zu werden.

Die Studie hat gezeigt, dass die im Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung formulierte Strategie, auf Freiwilligkeit zu setzen, gescheitert ist und es **verbindliche Regeln** braucht. Setzen sich die Unternehmen nicht für die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in ihren Lieferketten ein, sollten sie in bestimmten Fällen haften müssen. Konsequenzen für Unternehmen wären beispielsweise Geldbußen oder der Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge. So entstehen Anreize für Unternehmen, die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards zu gewährleisten.

Die Notwendigkeit einer veränderten Rohstoffpolitik

Die imperiale Lebensweise beruht darauf, dass die Industrie mehr oder weniger unbegrenzt auf Rohstoffe zugreifen kann. Zum Beispiel ist die deutsche Industrie der

drittgrößte Verbraucher von Kupfer.³ Die Verabschiedung eines Gesetzes für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen ist ein wichtiger Schritt, um gravierende Menschenrechtsverletzungen und Umweltfolgen beim Rohstoffabbau zu bekämpfen. Wenn Mineralien aber weiterhin in riesigen Tagebauen massenhaft abgebaut werden oder für Ölpalmpflanzungen Primärwald abgeholzt wird, sind soziale und umweltbezogene Folgen unvermeidbar. Die Antwort muss deshalb dauerhaft eine andere Rohstoffpolitik, eine „Rohstoffwende“ sein, deren Ziel es ist, den Rohstoffverbrauch absolut zu reduzieren. Es reicht nicht, die Effizienz des Rohstoffverbrauchs zu steigern, solange aufgrund einer steigenden Nachfrage nach Produkten der Bedarf an Primärrohstoffen, d. h. neu abgebauten Rohstoffen nicht abnimmt. Dabei ist es auch nicht zielführend, beispielsweise den Anbau von Ölpalmen durch andere Ölpflanzen zu ersetzen, da diese oft aufgrund geringerer Flächenerträge einen höheren Flächenverbrauch aufweisen. Die Bundesregierung muss vielmehr klare Ziele für eine Senkung des absoluten Rohstoffverbrauchs vorgeben. Die Zielvorgaben können z. B. durch wirtschaftliche Anreize für das Recycling von Metallen und die Nutzung von Sekundärrohstoffen, also recycelten Rohstoffen, erreicht werden. Eine weitere Möglichkeit, den absoluten Rohstoffabbau zu senken, wäre eine Abkehr vom gesetzlich festgeschriebenen Wachstumsparadigma.

Die Studie hat gezeigt, dass die imperiale Lebensweise nicht nur ausschließend ist, sondern die gravierendsten Folgen dieses Produktions- und Konsummodells auslöst.

Langfristig können nur verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten zusammen mit einer anspruchsvollen Politik der Verbrauchsreduktion dafür sorgen, dass die Menschenrechte der betroffenen Gemeinden geachtet werden und sie ein Gutes Leben führen können.

Der absolute Verbrauch von Rohstoffen mit schwerwiegenden Folgen für Mensch und Natur in den Ab- und Anbauregionen muss gesenkt werden!

1 Empower: Interview mit Luis Franco, Anthropologe und Mitarbeiter bei PODER, Oktober 2018.

2 Empower: Interview mit José Ignacio Villa aus Ures, Mai 2019.

3 Vgl. Weltsichten (2017): Die Wege des Kupfers: <https://www.welt-sichten.org/artikel/32717/lieferkette-verantwortung-kupfer>.

Literatur:

- Acción Ciudadan et al (2018):** Informe regional de transparencia y acceso a la información en industrias extractivas en América Latina: http://www.dplf.org/sites/default/files/475_-_informe_regional_transparencia_dpfl_13_dic_d.pdf. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- ADM Mainz GmbH (2018):** Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017: <https://www.bundesanzeiger.de>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Asociación Consumidores Orgánicos:** Prometer, dividir, intimidar, coaccionar: <https://consumidoresorganicos.org/2019/04/23/prometer-dividir-intimidar-y-coaccionar-12-tacticas-utilizadas-por-empresas-de-palma-aceitera-para-apropiarse-de-tierras-comunitarias/>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Aurubis:** Aurubis mit gutem Ergebnis auf Kurs: <https://www.aurubis.com/de/public-relations/pressemitteilungen--news/news/2017/15.05.2017---aurubis-mit-gutem-ergebnis-auf-kurs>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- BGR (2018):** Rohstoffsituation Deutschland 2017: https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/rohsit-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=3. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- bpb (2014):** Menschenrecht auf Nahrung: <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/welternahrung/178491/menschenrecht-auf-nahrung>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Brand, Ullrich / Wissen, Markus (2017):** Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München.
- Centro de medios independientes (2015):** Palma africana y empresas se expanden aceleradamente a lo largo de la FTN: <https://cmiguate.org/palma-africana-y-empresas-se-expanden-aceleradamente-a-lo-largo-de-la-ftn>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- CIDH:** Situación de los Derechos Humanos en Guatemala, OEA/Ser.L/V/II.Doc. 208/17,31 diciembre 2017: https://www.cora-netz.de/wp-content/uploads/2017/03/2017-02-06_CorA-ForumMR-VENRO_NAP-Kommentar_%C3%bcberarb.pdf. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- CIR (2017):** Keine Investitionen in Rohstoffgeschäft: <https://www.ci-romero.de/pressemitteilung-deutsche-bank-protest-uebergabe/>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung:** Extraterritoriale Staatenpflichten: <https://www.cora-netz.de/themen/ungp/etos/>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung (2017):** Kein Mut zu mehr Verbindlichkeit. Kommentar deutscher Nichtregierungsorganisationen zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung: https://www.cora-netz.de/wp-content/uploads/2017/03/2017-02-06_CorA-ForumMR-VENRO_NAP-Kommentar_%C3%bcberarb.pdf. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Die Bundesregierung:** Biokraftstoff: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/energiewende/biokraftstoff-614908>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- DIE:** Ölpalmanbau in Indonesien verändert Wasserkreislauf: Mehr Dürren und Überflutungen, Analysen und Stellungnahmen 1/2017: <https://www.die-gdi.de/analysen-und-stellungnahmen/article/oelpalmanbau-in-indonesien-veraendert-wasserkreislaufe-mehr-duerren-und-ueberflutungen/>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Edeka:** die Produktinformationen auf der Website des Edeka Food-Service: <http://edeka-foodservice.de> (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Expansión política:** Organizaciones acusan irregularidades en el río Sonora, 10.05.2018: <https://adnpolitico.com/mexico/2018/05/10/organizaciones-acusan-irregularidades-en-el-fideicomiso-rio-sonora>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Fritz, Thomas (2017):** Menschenrechte auf dem Abstellgleis. Die Neuverhandlung des EU-Handelsabkommens, FDCL, Misereor, Brot für die Welt https://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2017/05/FDCL_EUMEX_FTA_web.pdf. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Gallegos, Zorayda:** “A dos años de un derrame tóxico en México, los afectados acusan desatención”, El País, 07.08.2016: https://elpais.com/internacional/2016/08/07/mexico/1470529050_064928.html. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Gallegos Zorayada:** “Los afectados por el derrame de ácido en el río Sonora demandan al Gobierno mexicano”, El País, 03.08.2017: https://elpais.com/internacional/2017/08/03/mexico/1501712046_113059.html. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Gudynas, Eduardo (2012):** Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika, in: Rosa Luxemburg Stiftung (Hg.): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Der_Neue_Extraktivismus.pdf. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)

- 14.06.2019)
- Gudynas, Eduardo (2013):** Extracciones, extractivismo y extrahecciones, in: CLAES: <http://extractivismo.com/wp-content/uploads/2016/06/GudynasApropiacionExtractivismoExtraheccionesOdeD2013.pdf>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Global Witness (2018):** At what cost? Irresponsible business and the murder of land and environmental defenders in 2017: <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/at-what-cost/>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Heinrich-Böll-Stiftung (2017):** Konzernatlas Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie: <https://www.boell.de/de/2017/01/10/konzernatlas>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte:** https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICESCR/icescr_de.pdf. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- I.L.A Kollektiv (2017):** Auf Kosten Anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert, München.
- Lamberti, Julieta (2018):** Análisis del Fideicomiso Río Sonora. Simulando la remediación privada en un Estado capturad: <https://www.colaboratorio.org/wp-content/uploads/2018/07/analisis-FRS.pdf>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- La Biodiversidad (2018):** Cara y cruz del modelo agroexportador en Guatemala: http://www.biodiversidadla.org/Documentos/Cara_y_cruz_del_modelo_agroexportador_en_Guatemala. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Meo Carbon Solutions Team (2018):** Der Palmölmarkt in Deutschland im Jahr 2017: https://www.forumpalmoel.org/imglib/Palmoelstudie%202017_Meo_FONAP_ho.pdf. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Merten, J., A. Röhl, T. Guillaume, A. Meijide, S. Tarigan, H. Augusta, C. Dislich, C. Dittrich, H. Faust, D. Gunawan, J. Hein, . Hendrayanto, A. Knohl, Y. Kuzyakov, K. Wiegand, and D. Hölscher (2016):** Water scarcity and oil palm expansion: social views and environmental processes. *Ecology and Society* 21(2):5: <https://www.ecologyandsociety.org/vol21/iss2/art5/>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Micarelli, Giovanna (2018):** „Soberanía alimentaria y otras soberanías: el valor de los bienes comunes“, *Revista Colombiana de Antropología* Juli – Dezember 2018: <https://revistas.icanh.gov.co/index.php/rca/article/view/464>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Nómada (2018):** Tres clientes (incluido Nestlé) castigan a Repsa por sobornar, contaminar y por DDHH – Februar 2018: <https://nomada.gt/pais/entender-la-politica/tres-clientes-incluido-nestle-castigan-a-repsa-por-sobornar-contaminar-y-por-ddhh/>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- OECD (2019):** Global Material Resources Outlook to 2060. Economic drivers and environmental consequences: <https://www.oecd.org/environment/waste/highlights-global-material-resources-outlook-to-2060.pdf>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Opportimes:** Los principales clientes de Grupo México, 24.06.2018: <https://www.opportimes.com/los-principales-clientes-de-grupo-mexico-en-la-mineria/>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Oxfam International (2017):** The toxic legacy of palm oil in Guatemala: <https://blogs.oxfam.org/en/blogs/17-04-05-toxic-legacy-palm-oil-guatemala>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Schmid, Elisabeth (2014):** Die Frage nach dem guten Leben. Buen Vivir in Ecuador und Entwicklung als Freiheit im kritischen Vergleich, Bremen.
- Servicio Geológico Mexicano (2016):** Anuario estadístico de la minería mexicana 2015: https://www.sgm.gob.mx/productos/pdf/Anuario_2016_Edicion_2017.pdf. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Siemens:** Ein zuverlässiges Stromnetz kann Berge versetzen : <https://new.siemens.com/global/de/produkte/energie/referenzen/buenavista-del-cobre.html>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Spiegel online:** Tödliche Schlammlawine in Brasilien, 23.02.2019: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/brasilien-tuev-sued-mitarbeiter-sollen-dutzende-daemme-zertifiziert-haben-a-1254815.html>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- PODER:** Grupo México tiene derecho a la impunidad: <https://www.projectpoder.org/es/2018/05/grupo-mexico-has-the-right-to-impunity-in-the-case-of-rio-sonora-says-baskut-tuncak-united-nations-special-rapporteur-on-toxic-substances/>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- PODER:** „Por primera vez en México se reconoce participación de comunidades no-indígenas en temas medioambientales“, 04.10.2018: <https://www.projectpoder.org/es/2018/10/por-primera-vez-en-mexico-se-reconoce-participacion/>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Umweltblick (o.J.):** Deklarationen von Palmöl: <http://www.umweltblick.de/index.php/palmoel/deklarationen-von-palmoel/95-deklarationen-von-palmoel>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- UNAM (2016):** Diagnóstico ambiental en la cuenca del Río de Sonora afectada por el derrame del represo “TINAJAS 1” de la mina Buena Vista del Cobre, Cananea, Sonora: <http://www.fideicomisoriosonora.gob.mx/docs/Estudios%20y%20Proyectos/INFORME%20FINAL%20UNAM.pdf>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)

- UN-Menschenrechtsabkommen:** Recht auf sauberes Wasser: <https://www.menschenrechtsabkommen.de/recht-auf-sauberes-wasser-1122/>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Vereinte Nationen (2011):** Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte: https://www.globalcompact.de/wAssets/docs/Menschenrechte/Publikationen/leitprinzipien_fuer_wirtschaft_und_menschenrechte.pdf. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Vandemoortele Deutschland GmbH (2018):** Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2017: <https://www.bundesanzeiger.de>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Vereinte Nationen:** Allgemeine Menschenrechtserklärung, Artikel 25 (1).
- Vereinte Nationen (2018):** Vereinte Nationen (2018): Informe de la Relatora Especial sobre los derechos de los pueblos indígenas sobre su visita a Guatemala – August 2018: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G18/246/37/PDF/G1824637.pdf?OpenElement>
- Wulf, Andrea (2016):** Alexander von Humboldt und die Erfindung der Natur, München. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)
- Züger, Pascal:** Diese Metalle profitieren vom Elektrotrend. 03.08.2017: <https://www.cash.ch/news/top-news/rohstoffe-diese-metalle-profitieren-vom-elektroauto-trend-1090550>. (Zuletzt eingesehen am 14.06.2019)

Zitierte Interviews:

- Empower: Interview mit Luis Franco, Anthropologe und Mitarbeiter bei PODER, Oktober 2018.
- Empower: Interview mit José Ignacio Villa aus Ures, Mai 2019.
- Empower: Interview mit Martina Aguirre, Mai 2019
- Empower: Interview mit dem Journalisten Guillermo Noriega am 05.12.2018.
- Empower: Interview mit Maribel, Mai 2019.
- Empower: Interview mit Dr. Antonio Romo, 14.11.2018.
- Empower: Interview mit Guillermina aus Ures, Oktober 2018.
- Empower: Interview mit dem Journalisten Guillermo Noriega am 05.12.2018.

UNTERSTÜTZEN SIE UNSEREN EINSATZ

für verbindliche Unternehmensverantwortung und die Einhaltung von Menschenrechten in den Lieferketten deutscher Unternehmen. In enger Zusammenarbeit mit unseren Partner*innen in Produktionsländern für Rohstoffe, Textilien und Lebensmittel machen wir skrupellose Geschäftspraktiken deutscher Unternehmen öffentlich. Und fordern die Politik auf, endlich einen gesetzlichen Rahmen für Unternehmensverantwortung zu schaffen.

Mit Ihrer Spende können Sie dazu beitragen!

**Stichwort: Kampagnenarbeit Lieferketten
Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM**



Das DZI bescheinigt der CIR einen verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Christliche Initiative Romero

Die Christliche Initiative Romero (CIR) engagiert sich seit 1981 für ein gerechtes Wirtschaftssystem, in dem Menschen unter würdigen Bedingungen arbeiten können und Unternehmen sozial und ökologisch handeln. Wir unterstützen Basisorganisationen in Mittelamerika und machen Kampagnenarbeit in Deutschland. Damit setzen wir uns für ein solidarisches Miteinander weltweit ein und bauen eine Brücke zwischen unseren Partnerländern in Mittelamerika und Deutschland.

www.ci-romero.de



Die CIR in der Initiative Lieferkettengesetz

Die Initiative Lieferkettengesetz ist ein breites Bündnis, das von 17 zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen und von vielen weiteren unterstützt wird. Die Christliche Initiative Romero (CIR) gehört zu den Trägerorganisationen.

Wir treten ein für eine Welt, in der Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden — auch im Ausland. Daher fordern wir ein Lieferkettengesetz! Unternehmen, die Schäden an Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten verursachen oder in Kauf nehmen, müssen dafür haften. Skrupellose Geschäftspraktiken dürfen sich nicht länger lohnen.

www.lieferkettengesetz.de

